

6/2012

ÖGZ

ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE-ZEITUNG

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes



Österreichischer
Städtebund



WERT UND NUTZEN VON GRÜNRÄUMEN

Grünraum Stadt

Stadtgartendirektor
Rainer Weisgram
anlässlich 150 Jahre
Wiener Stadtgärten

GENERALSEKRETÄR



Urbanes Grün fördert Lebensqualität

Das erhöhte Bewusstsein für Gesundheit und Lebensqualität steigert die Nachfrage nach naturbezogenen Erholungsformen. Grün- und Freiflächen für Sport und Bewegung sind gefragt denn je. Für Städte und Gemeinden ergibt sich daraus die Notwendigkeit, siedlungsnah Freiflächen als wichtige Sport- und Bewegungsräume zu erkennen und entsprechend zu gestalten. Denn eines ist klar: wenn Sporttreibende ihre Aktivitäten nicht in der unmittelbaren Wohnumgebung ausüben können, dann beanspruchen sie natürliche Ressourcen – sie erzeugen Verkehr. Im Sinne eines verbesserten Stadtklimas und aufgewerteten Wohnumfeldes ist ein erhöhtes Verkehrsaufkommen von Erholungssuchenden kontraproduktiv.

Darin liegt nicht nur eine große Herausforderung, sondern auch gleichzeitig eine Chance für Städte. Attraktive Erholungsgebiete halten die Menschen in der Stadt, verbessern die Lebensqualität und leisten einen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge. In „grünen“ Städten und Gemeinden lebt und arbeitet es sich schöner.

Im Übrigen bin ich der Meinung: Österreich braucht starke Städte, Europa braucht starke Städte!



Dr. Thomas Weninger

Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes

- 2 *Generalsekretär Thomas Weninger*
Urbanes Grün fördert Lebensqualität
Editorial des Generalsekretärs des Österreichischen Städtebundes
- 3 *Bürgermeister Michael Häupl*
Städte brauchen durchdachte Zukunftsinvestitionen
Vorwort des Präsidenten des Österreichischen Städtebundes
- 4 *Interview mit Rainer Weisgram*
Betreten des Rasens ausdrücklich erlaubt!
- 6 *Aktuelle Meldungen*
Städtebund Aktuell & Kommunalnews
Kurzberichte aus den Bundesländern
- 14 *Martina Weiss*
Wert und Nutzen von Grünräumen
Soziale, ökologische und ökonomische Wirkungsweisen
- 15 *Hans Heider*
Sichere Bäume bei knappen Kassen?
Hochwertige Baumpflege schafft Sicherheit
- 16 *Eva Hofer*
Neue Gartentrends im urbanen Gebiet
Von der BürgerInnenbeteiligung bis zum Guerilla Gardening
- 18 *Christian Stadler*
Salzburg: Neue Spielbereiche für die Jugend
Jugendliche brauchen Strukturen im öffentlichen Raum
- 20 *Tatjana Fischer*
Wiener Kleingärten: Grünräume im Wandel
Der Kleingarten: Ein Hybrid aus Wohn- und Grünraum
- 21 *Edith Reinisch*
Innsbrucks Grüne Daumen
Von A, wie Anzucht bis Z, wie Zierpflanzen
- 22 *Heinz Blechl*
Eine neue Stadtgartenzentrale am Würthersee
Öffentliches Grün ist öffentliches Interesse
- 24 *Christian Rupp*
Radeln findet Stadt
Wien auf dem Weg zur Radhauptstadt
- 25 *Johannes Luxner*
Hoit, do is a Spoit!
Begrünung zwischen Protest und individueller Verschönerung
- 28 *Winfried Manns*
Kommunalwald in Deutschland
Vielfalt durch Selbstverantwortung und Selbstverwaltung

INHALT

- 30 *Gunther Nikodem*
Bäume – was darf der Nachbar?
Rechtsfolgen bei der Beeinträchtigung von NachbarInnen
- 32 *Andreas Januskovecz*
Waldstadt Wien
Die Pflege des Grünraums beeinflusst die Lebensqualität positiv
- 34 *Wolfgang Oberascher, Alexander Mairner*
Pflanzen rechnen ab
Kommunales Grünflächenmanagement und seine Kosten
- 36 *Johannes Luxner*
Mehr Grün ins Grau
Die Wirkung von vertikalen Begrünungsmaßnahmen
- 37 *Franz Joachim Chen*
Das Planungsleitbild der Wiener Stadtgärten
Strategische Zielvorstellungen für Neu- und Umgestaltung
- 41 *Franz Joachim Chen*
Das Straßengrünleitbild der Wiener Stadtgärten
Leitfaden für Alleen und Bepflanzungen im Straßenbereich
- 44 *ÖsterreicherInnen in EU-Institutionen*
Matthäus Buder
Experte in der Europäischen Kommission
- 45 *Europa*
Hohe Auszeichnung für Johannes Hahn
Der EU-Kommissar wurde für Verdienste um das Land Wien geehrt
- 46 *Magazin*
Eine erfolgreiche Bilanz!
Fünf Jahre Führungskräfte- und Personalmanagement der Landesgruppe NÖ des ÖStB
- 47 *Magazin*
Weitere Beiträge
Integration, Retrospektive Internationaler Frauentag u.a.
- 64 *Judikatur*
Hoheitsbetriebe mit privatwirtschaftlicher Tätigkeit
Finanzen

IMPRESSUM: ÖGZ Österreichische Gemeinde-Zeitung Ausgabe Nr. 6/2012 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993, Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag Gesellschaft m. b. H. & Co. KG, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Dr. Gabriele Ambros, Gerhard Miletich • Redaktion der Österreichischen Gemeindezeitung: Mag. Silvia Stefan-Gromen, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-7135 • Cover: Markus Wache • Reproduktion: Repromedia Druckges.m.b.H. Nfg. KG, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2012: 10 Ausgaben • Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache in allen Artikeln und Beiträgen. Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungs-wesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung • Einzelheft: EUR 4,50; Jahresabonnement: EUR 42; Abo-Bestellnummer: Tel. +43(0)1/740 32-466 • Anzeigen: Sascha Kovacs, s.kovacs@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1/740 32-573 • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

PRÄSIDENT



Städte brauchen durchdachte Zukunftsinvestitionen

Die BürgerInnen sind mit der Lebensqualität an ihrem Wohnort sowie mit den kommunalen Dienstleistungen sehr zufrieden: dies sind die Ergebnisse der aktuellen SORA-Umfrage „Städtebarometer 2012“, die unter mehr als 1.000 Befragten österreichweit erhoben wurden. Die Bevölkerung hat zu Recht großes Vertrauen in ihre Städte. Seien es die Trinkwasserversorgung, die Müllentsorgung oder die Gesundheitseinrichtungen – die Leistungen der Daseinsvorsorge bekommen ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt. Deshalb ist es wichtig, alles daran zu setzen, dieses umfangreiche Angebot aufrechtzuerhalten – es trägt zur sozialen Balance und zum Wirtschaftswachstum bei. Bei allen Bemühungen um den Stabilitätspakt dürfen wir nicht auf Wachstumsimpulse vergessen. Wir brauchen durchdachte Zukunftsinvestitionen und Strukturreformen. Um die Investitionstätigkeit aufrecht zu erhalten, müssen Städte und Gemeinden mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet sein. Eine Reform der Grundsteuer muss sein. Kommunen brauchen ein einfaches, transparentes System, das ihnen Planungssicherheit gibt. Nur so können Städte weiterhin als Innovationszentren und Laboratorien des Fortschritts fungieren.



Bürgermeister Dr. Michael Häupl

Präsident des Österreichischen Städtebundes



Betreten des Rasens ausdrücklich erlaubt!

Ingenieur Rainer Weisgram, geboren 1961 in Wien, ist seit 2005 Wiener Stadtgartendirektor. Wir fragten ihn, welche Bedeutung Gärten und Parks in einer Großstadt für die Menschen haben.

INFOS: www.park.wien.at, post@ma42.wien.gv.at, Tel. (01) 4000-8042

Das Gartenjahr schreitet voran, was blüht zur Zeit in Wiens Gärten und Parks?

Rainer Weisgram: Es sind die einjährigen Sommerblumen. 1,3 Millionen an der Zahl. Nach den Tulpen, bzw. Frühjahrsblühern ist dies der zweite Flor, der unsere Stadt bis Anfang Oktober erstrahlen lässt. Heuer werden gelbe Mädchenaugen (*Coreopsis*), weiße Präriekerzen (*Gaura*) und blaue Verbenen-Arten (*Eisenkraut*) unsere Leitpflanzen bilden. Wir geben so den Beeten quer durch unsere Stadt und dem Jahr 2012 einen Wiedererkennungswert und eine farbliche Einmaligkeit!

Wie viele Parks hat die Stadt. Reicht das aus, oder könnten es mehr sein?

Momentan sind es über 850! In Pflegefläche ausgedrückt: 20 Millionen Quadratmeter. Im Sinne der Arbeitsorganisation genug, im Sinne der Lebens- und Umweltqualität darf es immer mehr sein. Dieses „Mehr“ ergibt sich durch das Wachstum unserer Stadt. Die damit verbundenen Grünflächenzuwächse werden durch Stadtplanung und Flächenwidmung gelenkt. Im entsprechenden Verhältnis zur baulichen Entwicklung findet dadurch auch Grünraumentwicklung statt. In Wien sind eine Reihe von Stadtentwicklungsprojekten im Gange, die großzügige Freiraumgestaltungen mit sich bringen. Zum Beispiel Seestadt Aspern (10 Hektar), am Nordbahnhof (3 Hektar), Leon-Zelman-Park (3 Hektar), am Nordwestbahnhof (6 Hektar) und der Helmut-Zilk-Park (7 Hektar). Aber auch interessante innerstädtische Projekte wie ein Jugendpark am Neubaugürtel. Die Stadtverwaltung nimmt damit natürlich neue Herausforderungen auf sich.

Nach welchen Gesichtspunkten legen Sie Parks in Wien an?

Schon bei der Planung werden die zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer in moderierter Form in Bürgerbeteiligungsverfahren eingebunden. Aussehen und Inhalte einer zeitgemäßen Parkanlage haben wir in einem Parkleitbild definiert, das jeder Planung zugrunde liegt. Transparenz, Barrierefreiheit, Gender Mainstreaming, Bedarfsorientierung und trendige Bepflanzungs- und Parkeinrichtungen sind Grundvoraussetzungen. Auch den Aspekt der naturnahen Gestaltung berücksichtigen wir zunehmend.

Welche Aufgaben und Funktionen haben die Gärten zu erfüllen?

Sehr vielfältige – da müsste man sich lange Zeit nehmen, aber zusammengefasst steigern Parks- und Grünanlagen den Erholungs- und Freizeitwert unserer Stadt. Sie sind ein wichtiger Faktor der Lebensqualität. Sie fungieren als erweiterte Lebens-, Bewegungs- und Kommunikationsräume der Menschen, erfüllen auch eine wichtige soziale Funktion. Außerdem heben sie den Marktwert eines Standortes und wirken als Impuls für Ansiedelung. Sie erfüllen stadtklimatische, ökologische und stadtgestalterische Aufgaben; und sie nehmen auf den Menschen direkt Einfluss – in psychologischer, emotionaler, gesundheitsfördernder Weise; sie beeinflussen aktiv das Wohlbefinden.

Was kann man sich unter einem Generationenpark vorstellen?

Im Zuge des Gender-Mainstreaming in Parks gehen wir gezielt auf Bedürfnisse von Nutzergruppen ein. Zum Beispiel auf jene von Geschlechtern, aber auch

auf jene von Generationen. Ein Generationenpark berücksichtigt speziell die Bedürfnisse älterer Menschen. Sehr beliebt sind Parcours mit Stationen zum Bewegungs-, Konzentrations- und Gedächtnistraining. Seit 2007 folgen wir diesem Konzept. Inzwischen sind schon sechs Generationenparks, oft in Nähe von Wohnheimen entstanden, wo Seniorinnen und Senioren meist unter Moderation ihre körperliche und geistige Fitness trainieren. Interessanter Nebeneffekt ist, dass auch jüngeren Menschen und Kinder der Generationenparks gerne besuchen. Das bewirkt eine sehr positive Vernetzung der Generationen.

Von einem Dachgarten träumen wohl alle Stadtbewohner und -bewohnerinnen. Aber für viele bleibt es ein Traum. Wie funktioniert Dachbegrünung in einem normalen Mietshaus?

Dachgärten, Innenhofbegrünungen, Fassadenbegrünungen sind gute Beispiele dafür, wie nicht nur die Kommune, sondern auch jeder Einzelne etwas beitragen kann, um die Grünqualität in einer Stadt zu heben. Die Wiener Stadtgärten fördern solche Initiativen mit bis zu 2.200 Euro pro Vorhaben. Diese Förderung ist als Impuls zu verstehen und nicht als Investitionsbeteiligung. In einem Mietshaus muss zunächst ein mit Hausbesitzer oder Hausverwaltung akkordiertes und baubehördlich genehmigtes Projekt vorliegen. Dann kann man die Förderung beantragen. 146 Dächer wurden seit 2003 gefördert.

In der Barockzeit gab es den geometrisch angelegten Garten. Er wurde abgelöst vom Englischen Landschaftsgarten.

Welche Gartenart ist heutzutage in Mode?

Mit den geometrischen Formen der Gartenvorzeit verfolgte man das Ziel, die Macht des Menschen über die Natur zu demonstrieren. In den Landschaftsgärten spiegelt sich die Sehnsucht des Städters nach freier Natur wider. Die heutigen Gärten haben von allem etwas. Grundsätzlich orientiert sich der Park heute an Nutzerbedürfnissen, einer gewissen Standfestigkeit sowie effizienter Pflege und Instandhaltung. Das Zauberwort heißt Multifunktionalität: modernes Erholungs- und Freizeitverhalten steht im Mittelpunkt. So ist in Wien seit einigen Jahren Betreten und sanftes Nutzen von Wiesenflächen erlaubt. Das 150-jährige „Wiese betreten verboten“ gibt es nicht mehr!

Was ist der Unterschied zwischen einem Park und einem Garten?

Für mich steht der Begriff Park für kommunal-kollektive, der Garten für individuelle Nutzung. In Wien findet diesbezüglich eine spannende Entwicklung statt: beide Nutzungsformen beginnen zu verschmel-

zen. So geht man hier mit Nachbarschaftsgärten (*Community gardens*), Baumpatenschaften, kleinen Grünflächen zur privaten Betreuung im öffentlichen Raum („Garteln“ ums Eck), Mädchenparks, betreuten Grillzonen, der freien Wiesennutzung in Parks, oder dem so grimmig klingenden „Guerilla Gardening“ ganz offen um. Die Menschen erobern den öffentlichen Raum nach ihren Bedürfnissen und die Stadt lässt es zu. Wir machen sehr viele positive Erfahrungen damit.

150 Jahre Stadtgärten Wien – was fällt Ihnen spontan ein, wenn Sie an dieses Jubiläum denken?

Zum Einen: das große Jubiläumsfest am 16./17. Juni im Stadtpark! Zum Anderen: Das es damals eine bahnbrechende Entscheidung von Kaiser Franz Joseph war, den Wiener Gemeinderat zu beauftragen, den ersten kommunalen Park für alle Menschen dieser Stadt zu errichten. Ein sozialpolitischer Dammbbruch, aber auch einer in der Stadtentwicklung. Und, dass

es unsere Stadt verstanden hat, von diesem 21. August 1862 weg den neuen Faktor städtische Lebensqualität perfekt weiterzuentwickeln – durch alle gartenhistorischen Epochen. Mit 850 Parkanlagen ist Wien neben der Musik- und Kulturstadt längst auch europäische Gartenstadt.

Was wünschen Sie sich für die Wiener Stadtgärten in der Zukunft?

Dass sich die Wiener Stadtgärten mutig und selbstbewusst weiterentwickeln. Das sie sowohl mit ihrem fachlichen Output, als auch in ihrer Betriebsorganisation stets am Puls der Zeit bleiben. Man wird nicht aus dem Vollen schöpfen können, sondern muss intelligente Lösungen und auch neue Wege finden. Dies möge stets gelingen, damit unsere Nachfahren auch noch ein 300jähriges Jubiläum feiern können – vielleicht im Helmut-Zilk-Park, den wir im neuen Stadtviertel beim Hauptbahnhof demnächst errichten?

Das Interview führte Manfred Hummel





Getty Images

Kulturausschuss des Städtebundes begrüßt Initiative für Büchereientwicklungsplan

Der Kulturausschuss des Österreichischen Städtebundes, in dem die politisch Verantwortlichen sowie die KulturamtsleiterInnen auf BeamtInnenebene vertreten sind, traf sich Anfang Mai in Salzburg. Thema war unter anderem das österreichische Büchereiwesen, das im Wesentlichen von Städten und Gemeinden finanziert und betrieben wird. Auf Initiative des Parlaments feilt derzeit eine Arbeitsgruppe, in der alle Beteiligten – Bund, Länder, Städte und Gemeinden sowie andere TrägerInnen von öffentlichen Bibliotheken – vertreten sind, an einem Büchereientwicklungsplan. Ziel des Büchereientwicklungsplans ist es u.a., die Versorgung mit öffentlichen Büchereien auf einer Landkarte zu veranschaulichen. Der Kulturausschuss des Städtebundes begrüßt ausdrücklich die Initiative des Parlaments zur Erstellung eines Büchereientwicklungsplans unter Einbeziehung der Städte. Ebenso begrüßt der Ausschuss einheitliche Standards, wie jene durch die Büchereiförderung NEU, und Vereinheitlichungen in der Ausbildung durch den Bund. Es würde grundsätzlich auch ein Bundesbibliotheksgesetz begrüßt werden, allerdings nur mit einer Begleitfinanzierung.

» GROSSTEIL DER AUSGABEN FÜR ÖFFENTLICHES BÜCHEREIWESEN VON KOMMUNEN

Der Bund gibt für Büchereien ca. 0,25 Euro pro EinwohnerIn aus, die Bundesländer 0,21 Euro. Der überwiegende Anteil kommt von den Kommunen: So gaben die 701 statistisch erfassten Städte und Gemeinden im Schnitt 7,82 Euro pro EinwohnerIn pro Jahr aus. Die Bibliotheken in Städten über 50.000 EinwohnerInnen gaben im Schnitt 11,11 Euro aus. Die Bibliothekssysteme in den Landeshauptstädten, wie das Beispiel Salzburg zeigt, nochmals deutlich mehr. Sie versorgen damit auch einen Gutteil ihres Umlandes mit. Der Erfolg gibt ihnen recht: die

kommunalen Bibliotheken bewältigen mit über 70 Prozent das Gros aller Entlehnungen in Österreich – das sind 14.291.872 Entlehnvorgänge von insgesamt 20,3 Millionen.

» VERBREITUNGSRECHT FÜR DIGITALE MEDIEN EINGEFORDERT

Derzeit erhalten UrheberInnen eine angemessene finanzielle Vergütung für den Verleih ihrer Werke, so diese nicht digital sind, in Form der von Ländern und Bund finanzierten Bibliothekstantieme. Bei digitalen Werken ist dies anders. Bibliotheken müssen hier individuell Lizenzmodelle mit den einzelnen AutorInnen bzw. VerlegerInnen abschließen. Damit ist auch der freie Medienzugang der Bürgerinnen und Bürger in den Stadtbibliotheken im digitalen Bereich gefährdet. „So weit wie in den USA, wo bereits Unterschriften für den Erhalt des freien Medienzugangs in Bibliotheken gesammelt werden (<http://ebooksforlibraries.com/>), soll es in Österreich nicht kommen“, sagt Helmut Windiger, Präsident des Büchereienverbandes Österreich (BVÖ). Der Kulturausschuss des Städtebundes fordert daher nachdrücklich das Verbreitungsrecht auch für digitale Medien für die öffentlichen Bibliotheken, damit die Stadtbibliotheken auch im digitalen Bereich den freien Medienzugang für die Bürgerinnen und Bürger sicherstellen können.

» MEHR MITBESTIMMUNG FÜR STÄDTE UND GEMEINDEN

Wie auch immer die Zukunft des öffentlichen Büchereiwesens in Österreich aussieht, es müssen Städte und Gemeinden als die wesentlichen Erhalterinnen und Betreiberinnen auch bei künftigen Neustrukturierungen bzw. Finanzierungen mitbestimmen können: „Es kann nicht sein, dass über den Kopf der Städte und Gemeinden hinweg Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern abgeschlossen werden, denen die Städte und Gemeinden als Zaungäste beiwohnen können“, meinte Erich Watzl, Vizebürgermeister von Linz sowie Vorsitzender des Kulturausschusses des Österreichischen Städtebundes.

» ENTWURF ZU KOORDINIERTEM FÖRDERWESEN VEHEMENT ABGELEHNT

Als völlig praxisfern und in sich widersprüchlich lehnt der Kulturausschuss den Entwurf der Vereinbarung als „unausgegoren“ ab. So kritisiert der Ausschuss unter anderem: der Begriff der Mehrfachförderungen suggeriert, dass es sich um eine Überförderung handle, das treffe im Kulturbereich aber nicht zu. Zumeist handelt es sich um Kofinanzierungen zwischen den Gebietskörperschaften, um die Projekte überhaupt finanzierbar zu machen.

Widersprüchlich sei auch, dass im Entwurf einerseits mehrjährige Förderstrategien ausdrücklich empfohlen werden, andererseits Projektförderungen vor Basisförderungen der Vorzug gegeben wird. Kritisiert wird ebenso das One-Stop-Shop-Prinzip.

Phoenixics Creative Studio und Magistratsdirektion der Stadt Wien

Rundumblick auf E-Government Stadt Wien präsentiert ihre Leistungen auf multimedialer Litfaßsäule



Phoenixics Creative Studio

DAS PATENTIERTE PRODUKT »PHOENICS RD7 - 360° Video Display« ist eine digitale Litfaßsäule und kann für Werbung, digitale Beschilderung, Echtzeit-Information, Kunstinstallationen oder Unterhaltung gemietet werden. Dieses nahtlose 360° Video Display, auf dem alle gängigen digitalen Video- und Bildformate abgespielt werden können, wurde von Phoenixics Creative Studio entwickelt. 2008 in Wien von drei Brüdern aus Oberösterreich gegründet, beschäftigt sich die Firma mit visueller und auditiver Gestaltung, Filmproduktion, Industrie- & Mediendesign. Mit der Litfaßsäule des 21. Jahrhunderts stellte auch die Stadt Wien ihre Leistungen auf einer IKT-Fachmesse vor.

DIE GRUPPE Informations- & Kommunikationstechnologie (IKT) der Magistratsdirektion der Stadt Wien ist das „Office of the Chief Information Officer“ der Stadt Wien und für die IKT-Strategie der Wiener Stadtverwaltung zuständig. Beim E-Day 2012 der Wirtschaftskammer drehte sich alles um mobiles Business. Wie das Geschäft aufs Handy kommt und dennoch die IT-Sicherheit gewahrt bleibt, interessierte Klein- und Mittelbetriebe aller Branchen. Die Stadt Wien stellte im Rahmen der Messe ihre dazu passenden IKT- und E-Government Leistungen vor. Vermittelt durch die

Plattform WienWin konnte sie dafür die Aufsehen erregende Lösung von Phoenixics nutzen. Vorhandenes Filmmaterial wurde von Phoenixics in das 360° Videoformat konvertiert und eine rotierende Logoanimation erstellt.

DIE GRUPPE IKT arbeitet mit WienWin aber nicht nur im Bereich Hardware für Messeauftritte zusammen. Die Kooperation des WienWin-Teams der Technologieagentur der Stadt Wien mit der Gruppe IKT bietet Wiener Unternehmen die Möglichkeit, ihre innovativen Lösungen einer ersten fachlichen Einschätzung durch IT-Fachleute der Stadt Wien zu unterziehen. Ziel von WienWin ist es, innerhalb der Stadt Wien gezielt innovative und neue Entwicklungen (Produkte und Services) von lokalen Unternehmerinnen und Unternehmern für die Anwendung in sämtlichen Bereichen sichtbar zu machen sowie Pilot- und Referenzprojekte zu realisieren. Bei näherem Interesse sei-

tens der Stadt organisiert das WienWin-Team ein Erstgespräch.

WIE SO EINE ABFOLGE von Pilot- und Referenzprojekten aussehen kann, schildert Geschäftsführer Thomas Franz Lechner anhand seiner Firma Phoenixics: Zuerst wurde der Phoenixics RD7-Prototyp auf dem Wiener Forschungsfest 2010 präsentiert und danach gleich für den Auftritt der Technologieagentur der Stadt Wien GmbH (ZIT) bei den Medientagen 2010 und 2011 gebucht. Für die Medientage wurden nahtlose 360° Realfilme und 360° Logoanimationen produziert. Der erste serienreife »Phoenixics RD7« kam bereits beim Wien Tourismus Jour Fixe im Rahmen der Hotel & Gast 2011 und auf dem Messestand der Wirtschaftsagentur bei der Real Vienna zum Einsatz.

www.wien.gv.at
www.phoenixics.eu
www.wienwin.at

FINANZPROGNOSE: Leichte Erholung der Finanzen, Städtebund fordert Strukturreformen ein

Die Ertragsanteile steigen wieder, für Städte und Gemeinden sind höhere Einnahmen zu erwarten. Das ist die gute Nachricht. Die weniger gute: Die Einbußen der vergangenen Jahre seit der Finanz- und Wirtschaftskrise sind nicht aufgeholt. Und um die Finanzen langfristig abzusichern, müssen Strukturreformen her. Dies geht aus einer aktuellen Finanzprognose für Städte und Gemeinden hervor, die das KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung im Auftrag des Österreichischen Städtebundes erstellt und am 18. April in einem Mediengespräch in Wien präsentiert hat.

» DIE AKTUELLE KDZ-FINANZPROGNOSE

Durch Veränderungen im Finanzausgleich, die mit 2011 wirksam wurden, kommt es insgesamt zu einer Besserstellung der Gemeinden. Zusätzliche Mehreinnahmen entstehen durch die im Konsolidierungspaket beschlossene Umwidmungssteuer. Gleichzeitig wird jedoch der Entfall des Vorsteuerabzugs dazu führen, dass Investitionen reduziert bzw. verschoben werden müssen.

Auf der Ausgabenseite ist voranzustellen, dass die Konsolidierungsbemühungen der Kommunen Früchte tragen, wie die Entwicklungen der Personal-, Verwaltungs- und Betriebsausgaben zeigen. Hier wird ein diszipliniertes Weiterführen jedoch unabdingbar bleiben. Das Einnahmenwachstum übersteigt das Ausgabenwachstum allerdings nur leicht. „Wir können von einer Stabilisierung des Saldo 1 auf dem Niveau des Jahres 2011 sprechen, der Überschuss der laufenden Gebarung bleibt jedoch unter den Werten der Jahre vor der Finanz- und Wirtschaftskrise“, so Peter Biwald, Geschäftsführer des KDZ.

» TRANSFERS STEIGEN SCHWÄCHER

Die großen Anteile für die positive Entwicklung tragen dabei der Pflegefonds und die geplanten Reformen im Gesundheitsbereich, wodurch geringere Umlagen von den Städten und Gemeinden an die Länder abzuführen sind. Diese geringeren Zuwächse der Transferausgaben sind erste Ergebnisse von Reformen auf Länderebene und auch das Ergebnis von Verhandlungen zwischen Ländern und Städten bzw. Gemeinden. Obwohl die Transferausgaben an die Länder in den nächsten Jahren stärker steigen werden als die Ertragsanteile, ist die Schere kleiner geworden. Die Transfers steigen in geringerem Maße als in der Vergangenheit.

„Offenbar haben also die Bemühungen des Städtebundes Wirkung gezeigt: Wir weisen immer wieder darauf hin, dass die hohen Transferzahlungen an die Länder die Budgets massiv belasten. Langfristig müssen aber jedenfalls diese Transferzahlungen entflochten und die Aufgaben zwischen Ländern und Städten und Gemeinden neu verteilt und bewertet werden“, so Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes.

» DIE PROGNOSE IM DETAIL

Die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden in Österreich stabilisiert sich auf dem Niveau von 2011. Die Ertragsanteile steigen von 2012 bis 2016 um durchschnittlich 3,6 Prozent p.a., zumal der Konsolidierungsbeitrag der Gemeinden für den Bund ausläuft, beziehungsweise die Mehreinnahmen aus dem aktuellen Konsolidierungspaket wirken werden. Die Personalausgaben werden nach derzeitigem Wissen bis 2016 um 2,4 Prozent p.a. (nach vier Prozent in den letzten Jahren), die Transfers an die Träger öffentlichen Rechts um 4,8 Prozent p.a. (nach sechs bis sieben Prozent) sinken. Mit einem Überschuss der laufenden Gebarung von 1,4 bis 1,5 Mrd. Euro wird eine entsprechende Größe an Investitionen zu finanzieren sein, die jedoch real um rund 20 Prozent unter den Werten von 2007/2008 liegt. Von den Änderungen des Vorsteuerabzugs bei kommunalen Projekten sind Investitionen von jährlich rund 300 Mio. Euro betroffen. Die Zahl der Abgangsgemeinden wird rückläufig sein, jedoch werden auch in den nächsten Jahren rund 30 Prozent der Gemeinden ihren ordentlichen Gemeindehaushalt ohne strukturelle Änderungen nicht ausgleichen können.

» STÄDTEBUND FORDERT REFORMEN EIN

Städtebund-Generalsekretär Weninger zeigte sich „erleichtert“ über die aktuelle Finanzprognose und lobte die Zahlen auch als „Ergebnis zähen Ringens mit Bund und Ländern“. „Dennoch ist die Prognose nur eine Momentaufnahme. Um die Finanzen mittelfristig abzusichern, braucht es echte Strukturreformen“, kündigte Weninger an. Zur aktuellen Diskussion um den Stabilitätspakt zwischen Bund, Ländern und Städten bzw. Gemeinden sagte Weninger, dass in Zukunft unbedingt Stabilitätspakt und Finanzausgleich gemeinsam verhandelt werden müssten: „Städte und Gemeinden sind auf die Einnahmen durch die Ertragsanteile des Bundes angewiesen, man kann nicht die Ausgaben planen, ohne die Einnahmen zu kennen“, so Weninger.

Die Abschaffung des Vorsteuerabzugs für Städte und Gemeinden, die bislang der größte öffentliche Investor waren, werde zu einem Rückgang der Investitionen führen, sagte Weninger. Dies sei besonders beim Neubau und Erhalt von Schulen und Kindergärten ein Problem: „Ich fordere die Bundesregierung dazu auf, zumindest den Bildungsbereich aus der Abschaffung der Vorsteuerregelung auszunehmen, damit die Kommunen dieser wichtigen Aufgabe als Schulerhalter ungehindert nachkommen können“, sagte Weninger. Außerdem forderte er eine Reform der Grundsteuer: „Die Grundsteuer ist die zweitwichtigste Steuer der Gemeinden und aufgrund der jahrzehntelangen Nicht-Aktualisierung der Einheitswerte bereits mehrfach vom Verfassungsgerichtshof kritisiert worden. Wir brauchen dringend ein neues Modell, um die Finanzen von Städten und Gemeinden auch mittelfristig zu sichern“, so Weninger abschließend.

INFOS UNTER: www.staedtebund.at, www.kdz.or.at

ÖGZ 6/2012



WORLDWIDE COMPETENCE IN PLASTICS



agru

Worldwide Competence
in Plastics



- Water and gas management
- Energy industry
- Chemical and heavy industry
- Semiconductor and pharmaceutical industry
- Tank and apparatus construction
- Airplane and ship building industry
- Mining Industry
- Landfill and hydraulic engineering
- Building construction and underground engineering

AGRU Kunststofftechnik GmbH
A - 4540 Bad Hall
tel: +43 (0) 7258 790 - 0
fax: +43 (0) 7258 3863
e-mail: Agru-gz@agru.at
internet: www.agru.at

CHRISTINE OPPITZ-PLÖRER MIT 56 PROZENT INNSBRUCKER BÜRGERMEISTERIN

Bei der Innsbrucker Bürgermeister-Stichwahl ist Amtsinhaberin Christine Oppitz-Plörer (Liste „Für Innsbruck“) bestätigt worden. Sie erhielt 56 Prozent der Stimmen, ihr ÖVP-Konkurrent Christoph Platzgummer kam auf 44 Prozent. Das geht aus dem auf der Homepage der Wahlbehörde veröffentlichten vorläufigen Endergebnis hervor. Die Wahlbeteiligung lag bei 44,5 Prozent.

KLIMASCHUTZ-OSCAR VERLIEHEN

Bereits zum fünften Mal hat das Klimabündnis Europa die besten Klimaschutzprojekte von Gemeinden und kommunalen Netzwerken in ganz Europa ausgezeichnet. Insgesamt wurden im Schloss Hof in Niederösterreich in vier Kategorien 20 Projekte aus neun Ländern vor den Vorhang geholt: darunter Städte wie Bozen, Zürich oder Leipzig. Und darunter auch die Klimabündnis-Gemeinden aus Österreich Wieselburg, Gallneukirchen, Großschönau, Kötschach-Mauthen, Seeham und Schwaz sowie die Region Bucklige Welt in Niederösterreich. Die Siegerprojekte reichten vom „1. Lerngarten für erneuerbare Energien“ in Kötschach-Mauthen über das „Biodorf Seeham“ bis zu „Bauen und Energie am Sonnenplatz“ in Großschönau. „Der Climate Star ist der Klimaschutz-Oscar für Gemeinden. Die internationale Auszeichnung zeigt, dass Klimaschutz keine Grenzen kennt. Im Gegenteil: Einer der Erfolgsfaktoren ist die Zusammenarbeit – Gemeinden mit ihren BürgerInnen, mit anderen Städten und Gemeinden, mit der Region und den Ländern. Österreichs Gemeinden sind nicht nur auf einem guten Weg, sie geben auch die Richtung vor“, gratulierte Peter Molnar, Geschäftsführer des Klimabündnis Österreich.



NÖ-Umweltlandesrat Stephan Pernkopf und Moderatorin Christa Kummer mit dem Climate-Star-Gewinner aus der Buckligen Welt, LAbg. Bgm. Ing. Franz Rennhofer (v.l.).



Die Stadt Wiener Neustadt setzt ein Zeichen gegen Terrorismus und widmet der Insel Utöya eine Gedenkstätte.

WIENER NEUSTADT BEKOMMT EINEN UTÖYA-PARK

Nach dem Massaker auf der norwegischen Insel Utöya im vergangenen Juli will die Stadt Wiener Neustadt ein Zeichen gegen Terrorismus setzen. Und ernennt einen kleinen Park zum „Utöya-Park“. In der offiziellen Feier am 24. Mai wurde auf der kleinen Grünfläche zwischen dem Bahnhof und einer Wohnhausanlage eine Gedenktafel enthüllt. Auch der norwegische Botschafter Jan Petersen nahm am Festakt teil. Mit der Umbenennung möchte man der 77 Opfer des Massakers von Oslo und Utöya gedenken. Ziel sei außerdem, „ein Zeichen zu setzen gegen solche Terroranschläge, egal aus welchen Motiven“, hieß es im Rathaus der niederösterreichischen Stadt. Der Prozess gegen den Attentäter Anders Behring Breivik läuft derzeit gerade in Oslo. Die Idee zu der Gedenkstätte hatte Bürgermeister Bernhard Müller schon im vergangenen Jahr. Am 28. September 2011 fiel der entsprechende – einstimmige – Gemeinderatsbeschluss dazu. Formal sei die Angelegenheit unproblematisch gewesen, da der Park bisher namenlos war und es auch keine direkten AnrainerInnen gebe, wurde erklärt.

WETTBEWERB „FAHRRADFREUNDLICHE GEMEINDE 2012“

Das Radfahren erlebt in Österreich einen Boom und wird von immer mehr Menschen als Fortbewegungsmittel in der Freizeit und im Alltag eingesetzt. Durch die vielfältigen Förderleistungen der Gemeinden wurden oftmals erst die Voraussetzungen für einen attraktiven und sicheren Radverkehr geschaffen.

Um die Gemeinden, die in den letzten Jahren aktiv und erfolgreich Radverkehrsförderung betrieben haben, auszuzeichnen, hat das KfV (Kuratorium für Verkehrssicherheit) entschieden, den Wettbewerb „Fahrradfreundliche Gemeinde 2012“ österreichweit durchzuführen. Das Projekt wird durch ARBÖ, ÖAMTC, AUVA, den Österreichischen Städtebund und Österreichischen Gemeindebund unterstützt.

Infos unter: <http://www.kfv.at/>

BANK AUSTRIA SCHREIBT DEN HÖCHSTDOTIERTEN KUNSTPREIS ÖSTERREICHS NEU AUS

Der Bank Austria Kunstpreis wird bereits zum dritten Mal ausgeschrieben. Mit insgesamt 218.000 Euro Preisgeld ist er der höchstdotierte heimische Kunstpreis. Die Ausschreibung richtet sich besonders an Gemeinden, lokale und regionale Kulturinitiativen und kulturinteressierte UnternehmerInnen.

ÖGZ: Wie hat sich der Bank Austria Kunstpreis in den vergangenen zwei Jahren entwickelt?

Willibald Cernko, Vorstandsvorsitzender der Bank Austria: Der Bank Austria Kunstpreis ist mittlerweile ein fixer Bestandteil der österreichischen Kunst- und Kulturszene. Seine vier Kategorien ermöglichen es uns, eine breite Palette von künstlerischen Themen und Schwerpunkten zu berücksichtigen. Nicht zuletzt tragen wir damit zur Umsetzung innovativer Projekte auf regionaler und lokaler Ebene bei, die angesichts knapper werdender Kulturbudgets sonst vielleicht gar nicht zustande kämen.

ÖGZ: Wieso ist Ihnen die Förderung regionaler und lokaler Initiativen so wichtig?

Cernko: In einem Land mit einer Kulturmétropole wie Wien sollte Kultur dennoch auch stark lokal verankert sein. Mit unserem Regionalpreis geben wir den zahlreichen regionalen Initiativen eine Plattform. Denn selbst-

verständlich gibt es auch abseits der großen Zentren eine vielseitige Kulturszene, die sich durch Enthusiasmus und Ideenreichtum auszeichnet!

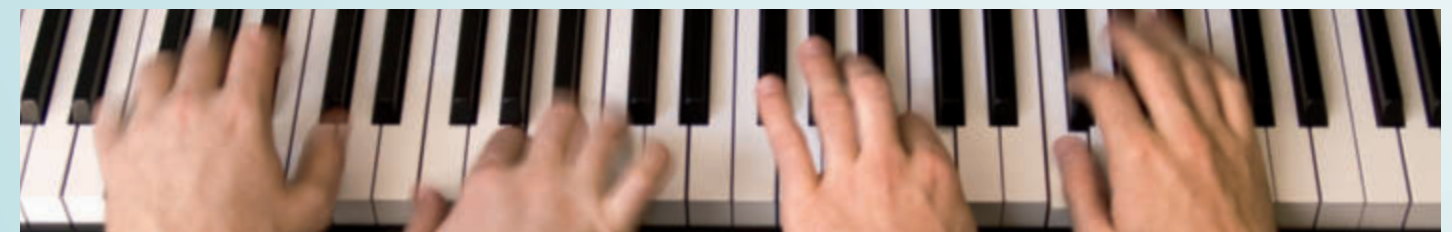
ÖGZ: Welche Erfahrungen aus 2011 bestätigen das Konzept des Bank Austria Kunstpreises?

Cernko: Für den Bank Austria Kunstpreis 2011 wurden insgesamt 333 Projekte aus ganz Österreich eingereicht. Die hohe Qualität der eingereichten Projekte bestätigt die Vitalität der heimischen Kulturlandschaft! Unter den Gewinnern 2011 sind unter anderem regional sehr gut verankerte Initiativen wie das Tiroler Literaturfestival Sprachsalz, das auch speziell die Jugend anspricht. Aber auch international ausgerichtete Projekte wie jenes des Grazer Vereins Rotor, das zeitgenössische bildende Kunst aus Österreich mit Kunst aus dem Schwarzmeer-Raum verbindet. An dieser Stelle ermutige ich alle Initiatoren von Kunst- und Kulturprojekten, sich mit ihrer Bewerbung am Bank Austria Kunstpreis 2012 zu beteiligen!



Willibald Cernko, Vorstandsvorsitzender der Bank Austria

Wir wollen fördern – auch Sie. Bank Austria Kunstpreis 2012.



Die Bank Austria, einer der führenden Kultursponsoren in Österreich, vergibt 2012 zum dritten Mal den Bank Austria Kunstpreis in vier Kategorien. Der Preis zeichnet innovative Projekte im Kulturbereich sowie herausragende Leistungen im Kulturjournalismus aus.

Die Ausschreibungsfrist läuft noch bis 28. September 2012. Die Ausschreibungsrichtlinien sind auf der Kunstpreis-Homepage der Bank Austria abrufbar: kunstpreis.bankaustria.at. Die Fachjury zur Ermittlung der Preisträgerinnen und Preisträger tritt im November zusammen.

Bank Austria Kunstpreis 2012 – Regional – dotiert mit EUR 70.000,–. Der Preis richtet sich an heimische Kulturinitiativen, die lokale Projekte realisieren. Ziele sind die Förderung und die Stärkung des Kulturlebens und einer entsprechenden Infrastruktur auf regionaler Ebene.

Bank Austria Kunstpreis 2012 – International – dotiert mit EUR 70.000,–. Der Preis zeichnet heimische Kulturprojekte aus, die sich international behaupten können. Damit soll die Position Österreichs als kreative Kulturlandschaft international gestärkt werden.

Bank Austria Kunstpreis 2012 – Kunstvermittlung – dotiert mit EUR 70.000,–. Der Preis richtet sich an heimische Kulturprojekte, die eine aktive Auseinandersetzung mit Kulturthemen in der Öffentlichkeit fördern. Ziel ist es, Barrieren abzubauen, möglichst viele Menschen an Kunst heranzuführen sowie Kunst und soziale Anliegen zu verbinden.

Bank Austria Kunstpreis 2012 – Kulturjournalismus – dotiert mit EUR 8.000,–. Mit diesem Preis werden Kulturjournalistinnen und -journalisten ausgezeichnet, denen es mit herausragenden Beiträgen gelingt, kulturelle Inhalte einem möglichst breiten Publikum niveauvoll nahezubringen.

WELS HAT ERSTMALS EINE MAGISTRATSDIREKTORIN

MMag. Dr. Renate Kamleithner (Bild) heißt die neue Magistratsdirektorin von Wels. Die 1971 in Steyr geborene studierte Juristin (Universität Wien) und Betriebswirtin mit Schwerpunkt Steuerlehre und Organisation (Wirtschaftsuniversität Wien) wurde in der Sitzung des Stadtsenates vom Freitag, 27. April einstimmig bestellt. Sie ist somit oberösterreichweit die erste Frau in dieser Funktion. Dienstantritt für die frisch gebackene Leiterin des inneren Dienstes am Magistrat Wels war bereits am Dienstag, 1. Mai 2012.



Erfahrung für die anspruchsvolle Position der Welser Magistratsdirektorin hat Renate Kamleithner im Kabinett des Bundesministeriums

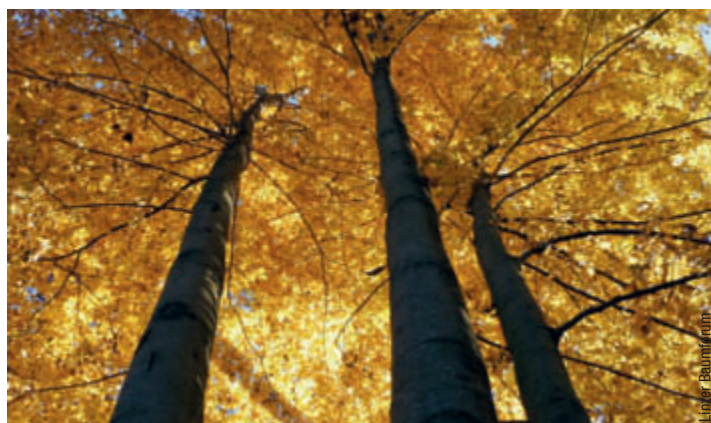
für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz gesammelt. Durch ihre dortige Aufgabe ist ihr die Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung bestens vertraut: „Nicht zuletzt deshalb bin ich überzeugt, dass MMag. Dr. Kamleithner die Richtige ist, um das Haus Magistrat verantwortungsvoll zu führen und die anstehenden Reformen rasch und mit Augenmaß umzusetzen“, betont Bürgermeister Dr. Peter Koits.

Zuvor war Kamleithner in der wirtschaftspolitischen Abteilung der Arbeiterkammer Oberösterreich tätig gewesen. Vor dem Gerichtspraktikum am Bezirk- und Landesgericht Steyr hatte sie für die Generaldirektion Wettbewerb der Kommission der Europäischen Union gearbeitet. Privat lebt Renate Kamleithner in einer Lebensgemeinschaft und hat zwei Kinder im Alter von 17 und 15 Jahren. Als Freizeitinteressen gibt sie Bücher, Reisen, Laufen und Begegnungen mit Menschen an.

LINZER BAUMFORUM

Als lose Plattform von Menschen, die sich rund um das Thema Baum betätigen, soll das Linzer Baumforum helfen, Bäume besser zu verstehen und zu einem respektvollen Umgang mit diesen führen. Der Verband ist ein offenes Netzwerk, an dem sich BaumpflegerInnen, MitarbeiterInnen der kommunalen Dienste und Gerichtssachverständige beteiligen. Das Motto lautet: Austausch von Wissen und Erfahrung in der Baumpflege. In Vorträgen, Workshops und Gesprächen besteht für jeden Interessierten die Möglichkeit, sich weiterzubilden und Wissen zu vermitteln.

Info unter <http://baumexperten.at>



40 JAHRE STÄDTEPARTNERSCHAFT ZWISCHEN ST. VEIT/GLAN UND HALTERN AM SEE

1972 schlossen St. Veit an der Glan (Kärnten) und Haltern am See (Deutschland, NRW) eine Städtepartnerschaft. Anlässlich der schon traditionellen Teilnahme einer Halterner Delegation beim Vierbergelauf wurde am 18. April im St. Veiter Rathaussaal ein großer Empfang für die Freunde aus Nordrhein-Westfalen gegeben. Insgesamt unterhält St. Veit fünf Städtepartnerschaften – neben Haltern auch mit Mainz-Kostheim, Sundbyberg in Schweden, San Vito al Tagliamento im Friaul und Epinay sur Seine bei Paris.

WIENER NEUSTADT: AUSSTELLUNG „ROMA IN EUROPA – INTEGRATION ODER AUSGRENZUNG“

Das Industrieviertelmuseum Wiener Neustadt veranstaltet gemeinsam mit dem NÖ Kulturforum von 30. April bis 24. August eine interessante Ausstellung unter dem Titel „Roma in Europa – Integration oder Ausgrenzung“.

Die Ausstellung zeigt anhand der beeindruckenden Fotos von Prof. Ulrich Gansert, zur Verfügung gestellt vom NÖ Kulturforum, die Lebens- und Wohnbedingungen der Roma in Mittel- und Südosteuropa. Ein Leben, das hin und her schwankt zwischen Integration und Ausgrenzung. Die Bilder über ihre Lebensweise und die „Zigeuner“-Stereotypen, die in der europäischen Gesellschaft vorherrschen, widerspiegeln keineswegs die Lebensverhältnisse dieser Minderheit, sondern sind eine Projektion der Ängste, Wünsche und Imaginationen der Mehrheitsbevölkerung auf die Roma.

Die Ausstellung ist von 30. April bis 24. August im Industrieviertelmuseum Wiener Neustadt (Anna Rieger-Gasse 4) zu sehen. Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag, 10 bis 16 Uhr, sowie Freitag, 10 bis 18 Uhr.



ZU FUSS IM HÖHEREN ALTER MOBIL BLEIBEN: SICHER, KOMFORTABEL, SELBSTBEWUSST

Damit sich Menschen auch im höheren Alter noch sicher und mobil fortbewegen können, bedarf es einer Kombination an Maßnahmen in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur und -organisation, Bewegungs- und Gesundheitsförderung sowie Verkehrssicherheitsarbeit.

Denn „das Gehen“ ist eines der ersten Dinge, die ein Kind lernt und eines der letzten, die man aufgeben will. Außerdem hält regelmäßige Bewegung zum Beispiel in Form eines flotten Spaziergangs fit, verbessert die Verkehrssicherheit und bringt Lebensfreude.

Zu Fuß unterwegs zu sein, ist vor allem für ältere Menschen von großer Bedeutung. Tägliche Wege wie Besorgungen und Aktivitäten werden mit dem Transportmittel „Füße“ erledigt. Zudem wird sich die Zahl der Senioren und Seniorinnen, die auf „Schusters Rappen“ unterwegs sind, bis zum Jahr 2050 in Österreich mit 590.000 Personen mehr als verdreifachen.

Ein qualitativvolles Verkehrssystem der Zukunft muss sich optimal an die Bedürfnisse und Ansprüche älterer Fußgänger und Fußgängerinnen richten. Deshalb hat „Walk-space.at“ (Verein für FußgängerInnen) in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie einen Leitfaden für PlanerInnen, EntscheidungsträgerInnen und MultiplikatorInnen zu diesem Thema erstellt (36 Seiten, farbig, A4). Zur Sicherstellung einer unabhängigen Mobilität im höheren Alter wird empfohlen, die Partizipation von Menschen im höheren Alter in der lokalen Verkehrsinfrastrukturplanung verstärkt einzubeziehen. Für 2012 ist die Pilot-Aktion „SeniorIn-

WEITERBILDUNG UNDSOMMERSTUDIEN

Das IKW-Institut für Kommunalwissenschaften bietet aktuell wieder eine Reihe von Weiterbildungsmöglichkeiten für Gemeindebedienstete an. Von 1. bis 3. August 2012 finden die „Kommunalen Sommerstudien 2012“ statt. Inhalte sind unter anderem der Öffentlicher Sektor und die Grundzüge der Ökonomie.

Die TeilnehmerInnen bekommen unter anderem eine Einführung in Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre sowie eine Einführung in Buchhaltung und Kameralistik sowie Controlling, Kosten- und Leistungsrechnung. Die Seminare finden im Seminarraum des IKW, Linz, Pfarrgasse 14/EG von 10 bis 16 Uhr (mit einer Mittagspause) statt und kosten 100 Euro je Seminar und TeilnehmerIn.

Anmeldung per Mail: ikw@ikw.linz.at

TIPP: „Die acht goldenen Regeln für FußgängerInnen im höheren Alter“:
www.walk-space.at/images/stories/projekte/zfiha/Broschuere_zFihA.pdf

nen-Scouts“ in Kooperation mit interessierten österreichischen Gemeinden und Institutionen geplant. Gemeinsam können für rüstige FußgängerInnen FußgängerInnenchecks, Vorträge und Rundgänge durchgeführt werden. Kontakt für interessierte Kommunen: office@walk-space.at

Infos auf: www.walk-space.at

RADVERKEHR SALZBURG: AUSBAU DER INFRASTRUKTUR

Rund 3,4 Millionen Euro werden heuer in das Landesradverkehrsnetz investiert, fünfzehn Prozent davon übernehmen die Gemeinden. Damit werden insgesamt 22 Projekte mit einer Länge von rund 22 Kilometern errichtet. Der Bau von 6,4 Kilometern Geh- und Radwegen wird neu begonnen, fortgeführt und abgeschlossen werden 15,8 Kilometer. Davon liegen sieben Kilometer im Flachgau, ein Kilometer im Tennengau, fünf Kilometer im Pongau, zwei Kilometer im Lungau und acht Kilometer im Pinzgau.

„Der Ausbau des Landesradverkehrsnetzes ist ein wichtiger Bestandteil der Landesverkehrspolitik“, informierte Verkehrsreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Wilfried Haslauer über das Salzburger Radwege-Bauprogramm 2012: „Ziel ist es, bis 2015 ein flächendeckendes, etwa 760 Kilometer langes Netz zu verwirklichen. Derzeit stehen wir bei rund 685 Kilometer. Durch die Trennung des Radverkehrs vom Autoverkehr bieten wir Mobilität mit Qualität und einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Heuer werden für den weiteren Ausbau des regionalen Landesradverkehrsnetzes rund 3,4 Millionen Euro ausgegeben. Davon kommen rund 2,9 Millionen vom Land, der Rest vor allem von den Gemeinden.“

Infos unter: <http://www.salzburg.gv.at>

BURGENLAND FÖRdert LED-TECHNOLOGIE

Das Burgenland hat vor Kurzem den Startschuss für die „Effizienz-Initiative 2012“ gegeben: Dabei fördert das Land in Kooperation mit der BEWAG und dem Verkehrstechnologiekonzern Swarco AG die Umrüstung veralteter Straßenbeleuchtung auf LED-Technologie. Bis Jahresende sind für die Gemeinden 1.000 Leuchten zu Sonderkonditionen erhältlich. Die Vorteile liegen auf der Hand: eine lange Lebensdauer, geringerer Wartungsaufwand und die Umweltfreundlichkeit. Zudem sei aufgrund der besseren Beleuchtung auch die Sicherheit im Straßenverkehr besser gegeben. Ein weiteres Argument ist die Energieeffizienz. „Wenn alle 1.000 Leuchten eingesetzt werden, können wir pro Jahr an die 300.000 Kilowattstunden einsparen. Das entspricht immerhin dem Jahresstromverbrauch von 84 Haushalten“, erklärte Landesrätin Verena Dunst.



Wert und Nutzen von Grünräumen

Eine Studie zum Thema „Wert und Nutzen von Grünräumen“ zeigt die vielseitigen sozialen, ökologischen und ökonomischen Wirkungsweisen von urbanen Grünräumen auf.

Martina Weiss, Fachstelle Freiraummanagement, Institut für Umwelt und Natürliche Ressourcen, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Urbane Grünräume stehen aufgrund der Verdichtungstendenzen unter zunehmendem Druck. Im Gegenzug steigt ihrer Bedeutung für die Lebensqualität der städtischen Bevölkerung. Um den konkreten Wert, die Bedeutung, die Funktionen und den Nutzen des städtischen Grüns differenziert darzustellen, recherchierte die Fachstelle Freiraummanagement der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) im Auftrag der Vereinigung Schweizerischer Stadtgärtnerinnen und Gartenbauämter (VSSG): die Resultate der Arbeit sind in einer umfassenden Literaturstudie und einer kurzgefassten Broschüre dargestellt. Sie beleuchten den gegenwärtigen Wissenstand und sind Argumentationshilfe für städtische Grünflächenämter, um den Wert und Nutzen transparent und effektiv gegenüber Politik und Öffentlichkeit aufzuzeigen.

Nützlich für die Gesellschaft

Grünräume verbessern die soziale Qualität in Quartieren, stärken den Austausch innerhalb der Nachbarschaft und ermöglichen interkulturelle Begegnungen. Der Aufenthalt in öffentlichen Parkanlagen, Stadtwäldern und begrünten Wohnumfeldern erhöht das psychische und physische Wohlbefinden und die Lebensqualität. Grünräume und Gärten aneubieten sich als

Grünräume in der Stadt verbessern die soziale Qualität, stärken den Austausch und ermöglichen interkulturelle Begegnungen.

Orte für physische Aktivitäten, spezifische Krankheitstherapien und als Erlebnisorte.

Aus ökologischer Sicht

Parkanlagen, begrünte Dächer und Hausfassaden, Friedhöfe und Uferanlagen aber auch Spontanvegetationen bieten wertvolle Lebensräume für Flora und Fauna. Die städtische Artenvielfalt ist vielerorts höher als im Umland der Städte. Urbane Grünräume leisten eine klimatologische Wohlfahrtswirkung für den Menschen, welche im Zuge des globalen Klimawandels immer mehr an Bedeutung gewinnen wird. Sie gleichen die negativen Aspekte der überbauten Gebiete wie etwa wärmere Temperaturen und Schadstoffbelastungen etc. aus und ermöglichen, den natürlichen Wasserkreislauf zu schließen.

Wertvoll für die Wirtschaft

Attraktive Grünräume zeichnen qualitativ hochwertige Arbeits- und Wohnumfelder aus und verschaffen Städten einen Standortvorteil und Imagegewinn. Für eine grünere Wohnumgebung ist die Bevölkerung bereit, höhere Miet- und Grundstückspreise zu bezahlen. Trotzdem werden die ökonomischen Outputs häufig nur unzureichend berücksichtigt oder gar marginalisiert. Dies ist umso erstaunlicher, als dass die Erhaltung und Entwicklung von Grünanlagen im Vergleich zu anderen Infrastrukturmaßnahmen eine kostengünstige Alternative darstellen kann und gleichzeitig mehrere Ziele verfolgt werden können: Luftreinhaltung, Sicherung von Grundwasser, Hochwasserschutz, soziale Wohlfahrtswirkung, kulturelles Erbe und vieles mehr. Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung ist die langfristige Erhaltung und Förderung der vielfältigen Grünraumfunktionen eine entscheidende Aufgabe und Herausforderung unserer Gesellschaft. Der urbane Lebensstil, die Stadt als Ökosystem und der Einfluss von urbanen Grünflächen auf die Gesellschaft dürften in Zukunft noch weiter an Bedeutung gewinnen. ■

www.iunr.zhaw.ch/freiraummanagement



Sichere Bäume bei knappen Kassen?

Derjenige, der eine Gefahrenquelle schafft, hat die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um eine Schädigung nach Tunlichkeit abzuwenden. Eine qualitativ hochwertige Baumpflege und -kontrolle reduziert das Haftungsrisiko, senkt langfristig Kosten und erhält Vermögenswerte.

Ing. Hans Heider, STADT WIEN – WIENER WOHNEN

Bäume sind Lebewesen die auf Grund der Leichtbauprinzipien der Natur versagen können, ohne dass dies vorhersehbar ist. Das ist allerdings kein Grund für Panik, denn die Evolution hat für ein grundsätzlich sicheres „Konstrukt“ gesorgt.

Verkehrssicherungspflicht

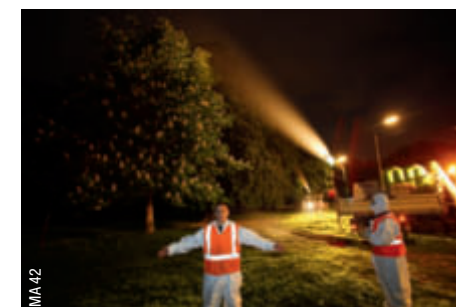
Die Verkehrssicherungspflicht ist ein Begriff aus der Rechtsprechung und findet sich nur „indirekt“ im ABGB¹. Es entspricht der ständigen Rechtsprechung des

Baumwert

Es gibt für Bäume objektiv berechenbare und subjektive Werte⁴. Zur Steigerung der Lebensqualität der BewohnerInnen und auch im Interesse des Tourismus sind Bäume erforderlich. Es ist einfach angenehmer, „in der Natur“ zu wandeln als zwischen Häuserschluchten.

Baumkontrolle und Baumpflege

Die Regeln der Technik für Baumpflege und -kontrolle finden sich in der ÖNORM



OGH, dass die Verkehrssicherungspflicht delegiert werden kann. Die Verkehrssicherungspflicht des ursprünglich Verantwortlichen verengt sich in so einem Fall auf eine Kontroll- und Überwachungspflicht. Die Anlagensicherheit und auch die Wegehalterhaftung² sind Teile der Verkehrssicherungspflicht. § 1319 ABGB ist auf einen Schaden, der durch das Umstürzen eines Baumes verursacht wurde, analog anzuwenden. Das Maß der Zumutbarkeit geeigneter Vorkehrungen gegen den Schadenseintritt wird nach den Umständen des konkreten Einzelfalles bestimmt. Einer Stadtgemeinde wird gegenüber der Allgemeinheit eine besondere Verantwortung aufgebürdet.³

L 1122. Maßnahmen, die nach einer ÖNORM durchzuführen sind, müssen jedenfalls als zweckmäßig angesehen werden.⁵ Der OGH betont in ständiger Rechtsprechung, dass die ÖNORM eine Zusammenfassung üblicher Sorgfaltsanforderungen darstellt.⁶ Das LGZ-Wien stellte bereits fest, dass zur laufenden Betreuung einer Gartenanlage auch die regelmäßige Baumkontrolle zählt und die ÖNORM L 1122 konkrete Maßnahmen zur Verkehrssicherung von Bäumen enthält.⁷ Für Gemeinden empfiehlt sich – aus meiner Sicht – die Anlage eines Baumkatasters⁸ und die laufende Kontrolle und Pflege der Bäume durch entsprechend qualifizierte Personen. ■

Oft lauern Gefahren in den Bäumen, die durch regelmäßige Baumpflege abgewendet werden können.

Fußnoten:

¹ Kaiserliches Patent vom 1.6.1811 JGS 946 (ABGB), in Kraft seit 1.1.1812.

² ABGB § 1319a.

³ OGH 5 Ob 564/85 (OLG Wien 14 R 18185; LGZ Wien 40 b Cg 239178).

⁴ ÖNORM L 1123.

⁵ LGZ Wien v. 29.6.2010, 37 R 210/10x.

⁶ OGH 1 Ob 278/98h.

⁷ LGZ Wien v. 2.2.2011, 39 R 399/10f.

⁸ ÖNORM L 1125.

Neue Gartentrends im urbanen Gebiet

Von der BürgerInnenbeteiligung bis zum Guerilla Gardening.

Mag. Ing. Eva Hofer, Wiener Stadtgärten



Der eigene Garten in der Stadt lässt BürgerInnen Obst und Gemüse anbauen.

In den vergangenen Jahren nahm der Trend immer mehr zu, dass besonders BewohnerInnen von urbanen Ballungsgebieten ein direktes Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung von öffentlichen (Grün)flächen einfordern und sich selbst gärtnerisch betätigen wollen. Diese Entwicklung führt von BürgerInnenbeteiligungsverfahren bei Um- oder Neugestaltungen über den derzeitigen Trend der Gemeinschafts- und Nachbarschaftsgärten bis hin zum Guerilla Gardening. In Wien ist mittlerweile laut dem Wiener Parkleitbild eine BürgerInnenbeteiligung bei jeder Neu- oder Umplanung einer Parkanlage standardmäßig vorgesehen, welche dann auch in Absprache mit den jeweiligen politischen VertreterInnen im Vorfeld der Planung durchgeführt wird. Die Moderation dieser Beteiligungsverfahren erfolgt durch externe AuftragnehmerInnen wie beispielsweise Planungsbüros oder Gebietsbetreuungen. Der Ablauf gliedert sich hauptsächlich in drei Schritte:

1. Den BürgerInnen werden die Rahmenbedingungen vorgestellt. Die gewünschten Inhalte werden zum Beispiel im Zuge von Workshops erhoben und in den Vorentwurf eingearbeitet.
2. Der aus den Rahmenbedingungen und den gewünschten Inhalten entstandene Vorentwurf wird den BürgerInnen präsentiert. Dabei wird das Feedback der Beteiligten eingeholt.
3. Gegebenenfalls wird die Planung nach den Ergebnissen der ersten Präsentation aktualisiert. Es wird ein endgültiger Entwurf erstellt, der den BürgerInnen in einer Schlusspräsentation vorgestellt wird. Das Hauptziel von BürgerInnenbeteiligungen ist die Einbindung der Öffentlichkeit in Entscheidungsprozesse, um somit eine stärkere Identifikation der ParkbenutzerInnen mit dem Park zu erreichen. Eine posi-

tive Nebenwirkung davon ist zum Beispiel, dass es in Parkanlagen, die mit BürgerInnenbeteiligung neu- oder umgestaltet wurden, zu weniger Vandalismus kommt.

Nachbarschafts- und Gemeinschaftsgärten

Ein weiterer gärtnerischer Trend, der sich in den vergangenen Jahren auch in Österreich entwickelt hat, sind die sogenannten Nachbarschafts- und Gemeinschaftsgärten. Die Entwicklung der Nachbarschaftsgärten hat ihren Ursprung in den 1970er-Jahren in den Community Gardens in New York und boomt seit einigen Jahren in den verschiedensten europäischen Städten wie beispielsweise Berlin, Hamburg oder London. Nun hat er auch in Wien Einzug gehalten und wird von der Stadt Wien aktiv unterstützt und finanziell gefördert.

Für viele StadtbewohnerInnen bedeutet das eine Steigerung ihrer Lebensqualität, ihren eigenen Garten pflegen und ihr eigenes Obst und Gemüse ernten zu können. Darüber hinaus bedeutet gemeinsames „Garteln“ auch eine Interaktion über verschiedenste Alters- und Herkunftsgrenzen hinaus, und schafft somit auch ein positives Miteinander und soziale Nachbarschaftsverbindungen. Viele StadtbewohnerInnen wollen auch einmal Erde unter ihren Fingernägeln spüren und träumen von einem eigenen „echten“ Produkt. Darüber hinaus stellen Nachbarschafts- und Gemeinschaftsgärten einen aktiven Beitrag zu Grünraumgestaltung in Städten dar. Mittlerweile gibt es in diversen Bereichen von Wien mehrere Projekte für Gemeinschafts- und Nachbarschaftsgärten. Die Stadt Wien fördert diese Projekte unter bestimmten Auflagen sowohl mit finanzieller Unterstützung (bis 3.600 Euro) und diversen Sachleistungen, als auch mit beratender Tätigkeit, damit möglichst viele interessierte Wienerinnen und Wiener die Gelegenheit bekommen, sich an ihrem Stückchen Garten zu erfreuen.

Die Wiener Stadtgärten unterstützen Nachbarschaftsgarten-Projekte unter folgenden Auflagen:

1. Der Gemeinschaftsgarten ist vereinsartig organisiert.
2. Der Gemeinschaftsgarten bleibt im Sinne der Förderung zumindest drei Jahre erhalten.

3. Ein Nutzungsabkommen mit der/dem Grundeigentümer/in liegt vor.
4. Die Zustimmung der jeweiligen Bezirksvorstehung liegt vor.
5. Ausgaben beziehungsweise Anschaffungen für die gärtnerische Herstellung des Gemeinschaftsgartens werden (zumindest in der Förderhöhe) gegenüber den Wiener Stadtgärten belegt.
6. Die Förderung durch die Wiener Stadtgärten beträgt einmalig maximal 3.600 Euro. Weitere Fördermittel von anderen Stellen können in Anspruch genommen werden.
7. Regelmäßige Veranstaltungen und (Vereins-)Feste mit GärtnerInnen und AnrainerInnen, die den Gedanken des Gemeinschaftsgartens fördern, sind ausgesprochen erwünscht!
8. Pro Bezirk wird nur ein Gemeinschaftsgarten gefördert.

Sobald diese Kriterien erfüllt sind, wird eine Fördervereinbarung abgeschlossen. Das Projekt wird vom Antragsteller vorfinanziert und die Ausgaben werden am Ende des Jahres rückerstattet.

Im Jahr 2011 wurden sieben Projekte finanziell unterstützt:

- 3., Arenbergpark – Verein Gartenpolylog
- 9., Gartenfläche Narrenturm, Sensengasse 2A – Grätzlgärten Alsergrund
- 12., Steinhagepark – ArchitekturRaum 5
- 15., Grimmigasse 10 – Verein Gartenpolylog
- 17., Josef-Kaderka-Park – Verein Gartenpolylog
- 22., Am Kaisermühlendamm – Nachbarschaftsgarten Donaucity Kaisermühlen
- 23., Willergasse 10-16 – Zaubergarten

Darüber hinaus wurden und werden mehrere Nachbarschaftsgarten-Projekte durch Agendagruppen oder Gebietsbetreuungen in Wien verwirklicht, wie zum Beispiel in der Wulzendorfstraße (Norwegerviertel, Donaustadt) oder der Else-Federn-Gemeinschafts-

garten. Weiters erfreuen sich Gemeinschaftsgartenprojekte auch in anderen städtischen Ballungsgebieten, wie beispielsweise in Linz, großer Beliebtheit.

Sanftes Guerilla Gardening

Auch das Guerilla Gardening hat sich in den letzten Jahren von einer sanften Protestform eher hin zu einer gezielten BürgerInnenbeteiligung entwickelt. In Wien drückt sich dies in Form von sogenannten Baumscheibepatenschaften aus. Hier können engagierte Personen unter gewissen Vorgaben bestimmte Grünflächen, in den meisten Fällen sind dies kleinere Flächen wie beispielsweise Baumscheiben, selbst gestalten und erhalten. Dafür werden ihnen von der Stadt Wien teilweise Pflanzen und Erde (die im eigenen Erdwerk der MA 48-Abfallwirtschaft in der Lobau aus Biomüll entstanden ist) zur Verfügung gestellt. Der Trend geht somit besonders in den städtischen Ballungsgebieten immer mehr zur Mitbestimmung und einem „Do it yourself“-Gedanken, was auch von den öffentlichen Stellen im möglichen Rahmen unterstützt wird. ■

Gemeinsames „Garteln“ steigert Lebensqualität und Wohlbefinden.



Stadt Salzburg: Neue Spielbereiche für die Jugend

Jugendliche brauchen nutzbare Strukturen im öffentlichen Raum. Es gibt eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen, die die Stadtverwaltung zu berücksichtigen hat. Erfahrungsinputs von Szene-Kennern helfen ihr dabei.

Christian Stadler, Gartenamt, STADT: SALZBURG



Dieser Input wird immer wieder sehr eindringlich von Jugendlichen gefordert, scheitert jedoch oftmals bereits in den ersten Schritten der Realisierung. Potentiellen Problemfeldern – wie der Mangel an offensichtlich nutzbaren Flächen, die Bau- und Erhaltungskosten, die Frage der Verantwortung, der Sicherheit der NutzerInnen bzw. der restlichen Bevölkerung sowie die erwarteten Nachbarschaftskonflikte – wird im Vorfeld ein übergroßes Gewicht beigemessen. Damit werden neue Ideen im Keime erstickt. Eine zusätzliche Herausforderung dabei ist, dass es *die* Jugendlichen natürlich nicht gibt. Wenn es eine Vielzahl an unterschiedlichen Interessen und Anforderungen dieser Gruppe gibt, so hat die Stadt auch ein entsprechend vielfältiges Angebots-Portfolio zu entwickeln.

Eine Abdeckung aller Bedürfnisse ist dabei ein Wunschdenken, das wenig weiterhilft. Erste Erfahrungen mit Jugendspielplätzen konnte das Gartenamt bereits vor einigen Jahren machen, wo ein Basket- und Volleyballbereich mit einer kleinen Minirampe extra für Jugendliche in der Nähe des Rollfeldes des Flughafens der Stadt Salzburg situiert wurde. Der Planungsgedanke dabei war, dass die Jugendlichen dort niemanden stören würden, und ohnehin lieber „unter sich“ sind. Das Ergebnis war jedoch ernüchternd. Nur wenige Jugendliche „verirrten“ sich auf diese Fläche, und diese wenigen wurden von den NutzerInnen einer dort neu gebauten Kleingartensiedlung regelrecht vertrieben. Auf dem Boden der „Planungsrealität“ angelangt, beschäftigte sich das Gartenamt vermehrt mit der Zielgruppe der Jugendlichen und intensivierte auch die Zusam-

menarbeit mit „JugendexpertInnen“, die eigene Erfahrungen, Sichtweisen und Kontakte einbringen konnten. So hat sich bei der Suche nach offensichtlich nutzbaren Flächen die Zusammenarbeit mit u.a. dem Jugendkoordinator der Stadt Salzburg als sehr fruchtbar erwiesen. Als „Koordinator“ steht er in engem Kontakt mit der NutzerInnengruppe und kennt somit deren Wünsche. Als Bediensteter der Stadt kennt er aber auch die verwaltungstechnischen und politischen Rahmenbedingungen, die bei der Neuerrichtung einer Jugendfläche zu beachten sind.

Klettern, Skaten oder Biken

Heute setzt das Gartenamt auf das Angebot von unterschiedlichen (aktiven) Jugendbereichen in bestmöglicher Nähe zu den großen Siedlungsräumen bzw. der Innenstadt. Dabei zieht jeder Bereich mit seinem speziellen Thema – wie zum Beispiel Klettern, Skaten oder Biken – natürlich auch unterschiedliche Jugendgruppen an. Im Frühjahr 2009 wurde der Skatepark-Süd eröffnet, der von den Jugendlichen sofort als „the cage“ (Anm.: der Käfig) eine eigene Identität erhielt. Unter einer Straßenbrücke an einer großen Einfahrtsstraße der Stadt unmittelbar neben einem Siedlungsbereich und begehrter „Infrastruktur“ wie McDonald's und Tankstelle (Anm.: „Rund um die Uhr“-Versorgung mit Getränken) gelegen, ist dieser Platz seitdem sehr begehrt. Konzipiert wurde diese Anlage vom Leiter des Vereins Rollbrett, Max Stamler, ein selbst aktiver Skateboardkünstler.

Eine Dirtbike-Strecke und eine kleine Minirampe wurden 2008 in einer Parkanlage im Norden der Stadt (Baron-Schwarz-Park) errichtet. Die Nähe zur angrenzenden Siedlung (Goethesiedlung) aber auch das praktische Fehlen von Wohnbauten im Nahbereich ließen diese Fläche als Gunstfläche erscheinen.

Auch diese Anlage wurde in Zusammenarbeit mit einem Experten, Maximilian Bacher, durchgeführt. Unter seinen Anweisungen modellierte der Baggerführer etliche Sprunghügel und Rampen. Von engagierten Jugendlichen wurden diese nachträglich noch auf exakten Radius „geshaped“: d.h. mit der Schaufel feinmodelliert.



Jugendbereiche in Siedlungsnähe werden gut angenommen.

Das dritte Projekt, der Kletterparcours Müllner Schanze, nimmt eine historische Gegebenheit auf: nämlich das Erklimmen einer Wehrmauer. Diese Anlage wurde im Juni 2009 eröffnet und mit dem Sportwissenschaftler Höfinger entwickelt. Dieser konzipierte für diesen Parcours eigene Trainingsgeräte, die seither insbesondere

von Jugendlichen sehr gut angenommen werden.

Stadtverwaltung braucht Erfahrungsinput von Szene-Kennern

Eine etwas andere Planungs- und Verwaltungskompetenz erfordert der Umgang mit (passiven) Jugendbereichen, die zum Verweilen dienen. Dazu gehören Sitzbänke und Rohrbögen genauso wie Wiesenböschungen oder Pflanzentröge. Sind die aktiven Bereiche meist – zumindest nach einiger Zeit – von den AnrainernInnen akzeptiert, stört die Nutzung der passiven Bereiche prinzipiell und dauerhaft. Hier wird durchaus in der Nacht getrunken, gelärmt, Müll produziert, werden Passanten verunsichert, Gegenstände beschmiert oder zerstört. Dabei ist immer wieder zu beobachten, dass auch diese Gruppen die Nähe der Gesellschaft suchen. „Sehen und gesehen werden“ spielt dabei genauso eine Rolle wie das Gefühl zu haben, man sei doch in irgendeiner Form „dabei“.

Das Gartenamt kann bei diesen oft problematischen Nutzungen lediglich mit dem Anbieten und dem Adaptieren von Aufenthaltsgütern reagieren.

So wird an potentiell geeigneten Orten ein Angebot geschaffen, um auf ungeeigneten Stellen den Nutzungsdruck zu vermindern. Durch Umgestaltungen versucht das Gartenamt die vorrangigsten Probleme in den Griff zu bekommen. Oftmals genügt dabei schon das Verschieben einer Sitzgelegenheit um ein paar Meter – weg vom Schlafzimmerfenster des/der Anrainers/Anrainerin. Dies alles erfolgt jedoch unter Einbindung der ExpertInnen vor Ort, insbesondere der MitarbeiterInnen des Verein Spektrum, die durch den Betrieb der Jugendzentren und anderer Jugendaktivitäten in der Stadt Salzburg genau wissen, welche Bewegungen und Entwicklungen zur Zeit an einem bestimmten Ort vorzufinden sind. Sie sind es, die die eigentliche Jugendarbeit leisten und so als Schnittstelle bzw. VermittlerInnen fungieren. Das Teamwork mit Kennern der Szene ist also ungemein wertvoll und wichtig, da nur so Lösungen gefunden werden können, die akzeptabel und dauerhaft sind. Denn es gäbe genug gute Ideen zu den vorhandenen Räumen ...

Wiener Kleingärten: Grünräume im Wandel

Das Wiener Kleingartenwesen blickt auf eine wechselvolle Geschichte zurück: Während Schrebergärten ursprünglich zur Erholung und Versorgung der unter desolaten Arbeitsbedingungen und Wohnverhältnissen lebenden Bevölkerungsschichten gedacht waren, glänzen sie heute zunehmend in ihrer Rolle als schmuckes Beiwerk für die Kleingarten(wohn)häuser.

Tatjana Fischer, Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung, Universität für Bodenkultur Wien

Der Wiener Kleingarten heute – ein Hybrid aus Wohn- und Grünraum

Besonders dort, wo die Hauptwohnsitzfunktion im Vordergrund steht – der Kleingarten ist mittlerweile zur Wertanlage avanciert, haben sich die Aufgaben der Gartenfläche gewandelt: Die gesetzlich zulässige maximale Verbauung wird ausgeschöpft und die verbleibende (Rest-)Fläche tendenziell zum Erholungs- bzw. Ziergarten umgestaltet. Tendenziell die jüngeren KleingärtnerInnen setzen auf Pflegeleichtigkeit, die im strikten Gegensatz zur strukturellen und biologischen Vielfalt jener alten Schrebergärten steht, die nicht Eklw-gewidmet sind und nach wie vor im herkömmlichen Sinne bewirtschaftet werden. Auch wenn Selbstversorgung passé ist, einst typische Elemente wie Obstbäume, Beerenhecken und Gemüsebeete

tendenziell aus den „neuen“ Kleingärten verschwinden und Swimmingpools immer öfter Teil der vielfach mit Sichtschutz aus Thujenhecken umgebenen Refugien sind, gibt es nach wie vor viele KleingärtnerInnen aller Altersgruppen, die sich dem Erhalt alter Nutzpflanzen widmen, zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen wollen und den Kleingarten als geschützten Spiel- und Lernort für ihre Kinder betrachten. Dennoch lassen sich in phänomenologischer Hinsicht kaum Unterschiede zwischen neu gestalteten Kleingärten und klassischen Hausgärten ausmachen.

Kleingartenwesen und Stadtentwicklung

Die zunehmende (bauliche) Dichte, soziodemographische Veränderungen des Wohnumfelds, die Qualität der Nutzbar-

keit der öffentlichen Grünräume sowie der Wunsch nach Wohnen im Grünen mitten in der Stadt – viele alte Kleingartenanlagen sind infolge der Stadtentwicklung von der Rand- in Bestlage gerückt –, begründen die große Nachfrage nach Kleingärten. Wichtige Argumente für deren zukünftige Rechtfertigung angesichts des weiteren Wachstums der Stadtbevölkerung – die Politik spricht sich für den Erhalt der Wiener Kleingartenwesens aus – ist und bleibt die öffentliche Zugänglichkeit der Anlagen während der Sommermonate und deren Funktion als grüne Lungen der Stadt.

Dieser Beitrag basiert auf der Studie „Wiener Kleingärten – ein Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen“, die die Autorin im Auftrag des Ökosozialen Forums Wien 2011 erstellt hat. ■

KURZPORTRÄT

2011 wurden rund 3,4 Prozent der Fläche des Wiener Stadtgebiets „kleingärtnerisch“ genutzt. Diese 1.410,8 Hektar große Fläche umfasst 35.662 Kleingartenparzellen. Die Entscheidung der Wiener Stadtpolitik im Jahr 1992, ganzjähriges Wohnen im Kleingarten durch entsprechende Widmung geeigneter Parzellen zu ermöglichen, hat viele Personen dazu veranlasst, ihren Hauptwohnsitz auf „städtisches Grünland“ zu verlagern. Im Jahr 2009 waren rund zwei Drittel der Wiener Kleingartenparzellen mit einer Eklw-Widmung belegt, davon wurden 12 Prozent als Hauptwohnsitz genutzt.



Markus Wache



Die städtischen Blumenbeete werden von 110 MitarbeiterInnen dreimal jährlich bepflanzt.

Photocase

Das Aufgabengebiet der Innsbrucker Stadtgärtnerei ist breit gefächert. Die Mission: die Stadt am Inn noch grüner zu machen. Im Juni wird die Tiroler Landeshauptstadt blühende Gastgeberin des Stadtgarten-Fachausschusses sein.

Edith Reinisch, Stadt Innsbruck

Ein digitaler Grünflächenkataster mit Spielplatz- und Flächendatenbank ist derzeit in Entwicklung und soll zukünftig als effizientes Steuerungstool eingesetzt werden.

Die städtischen Blumenbeete werden dreimal jährlich neu bepflanzt: Im Frühjahr mit ca. 22.000 Frühjahrsblühern, Mitte Mai mit 80.000 Sommerblumen sowie im Herbst mit 100.000 Blumenzwiebeln.

Innsbrucks Grüne Daumen

Von A, wie Anzucht bis Z, wie Zierpflanzen

Das Amt für Grünanlagen, wie das Gartenamt in Innsbruck heißt, ist der Grüne Daumen der Stadt. 110 MitarbeiterInnen betreuen über 133 ha Grünflächen mit 30.000 Bäumen. Dazu zählen Grün- und Parkanlagen, begrünte Verkehrsflächen, Kinderspielflächen, Hundewiesen sowie Sport- und Freizeiteinrichtungen. Für die Instandhaltung der öffentlichen Grünanlagen und den Betrieb der Kompostierungsanlage sowie die Gärtnerei wurden allein 2011 über eine Mio. Euro aufgewendet. „Die StadtgärtnerInnen planen und errichten regelmäßig neue Grünanlagen und sind neben der Instandhaltung der Parkanlagen auch für den Winterdienst auf öffentlichen Promenaden zuständig“, ergänzt Amtsvorstand Ing. Thomas Klingler die umfassende

Tätigkeit des Gartenamts. Auch BürgerInnen können sich gerne von den qualifizierten MitarbeiterInnen beraten lassen. Um die hohe Qualifikation des Teams aufrecht zu erhalten, bildet das Gartenamt auch Lehrlinge im Landschafts- und Produktionsbereich aus.

GRÜNDlich bepflanzt

Um die rd. 30.000 städtischen Bäume, von denen dzt. 11.500 in einem digitalen Baumkataster verwaltet werden, gesund und verkehrssicher zu erhalten, werden pro Jahr rd. 11.000 Arbeitsstunden aufgewendet. Im Jahr 2011 wurden rund 250 Bäume neu gepflanzt, was dem jährlichen Durchschnitt von Baumneupflanzungen in Innsbruck entspricht.

Grünes und blühendes Innsbruck

Die Grüninseln der Stadt sind eine Sinnesfreude, sie wirken aber auch der Bodenversiegelung entgegen und verbessern das Kleinklima. „In die Gestaltung investieren unsere MitarbeiterInnen viel Fleiß, Liebe und Können“, hält Ing. Thomas Klingler fest. So gibt es immer wieder anlassbezogene Gestaltungen von Grünanlagen: Im Sommer 2011 stand die Bepflanzung im Zeichen des Sports. Die YOG2012 wurden auch bei der Gartenschau im italienischen Cervia mit 1.250 Pflanzen thematisiert. Das Innsbrucker Gartenamt zeigt nämlich auch weltweit sein Können und beteiligt sich immer wieder an internationalen Schauen.

Außerdem führt die Stadtgärtnerei auch Gestaltungswettbewerbe durch. Besonders beliebt ist „Grünes und blühendes Innsbruck“. Seit 1967 werden dabei jährlich die schönsten Gärten und Balkone Innsbrucks ausgezeichnet. So ist garantiert, dass nicht nur die öffentlichen Grünflächen ansprechend gestaltet, sondern auch die BewohnerInnen motiviert werden, zur Verschönerung des Stadtbildes beizutragen. ■

Eine neue Stadtgartenzentrale am Wörthersee

Im Rahmen der Sitzung des UEFA-Exekutivkomitees am 12. Dezember 2002 wurde der gemeinsamen Bewerbung von Österreich und der Schweiz für die Austragung der Fußball-Europameisterschaft 2008 der Zuschlag gegeben. Grenzenloser Jubel damals in Klagenfurt: die EURO 08 findet am Wörthersee statt. Ein Austragungsort musste aber erst gefunden werden.

Heinz Blechl, Landschaftsarchitekt und Stadtgardendirektor der Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee

Nach einigen heftigen Standortdiskussionen auf politischer Ebene und angesichts der kurzen verbleibenden Zeit einigte man sich schließlich im Herbst 2003 darauf, den Standort des bestehenden Wörthersee-Stadions (Baujahr 1960), ergänzt um vier Hektar Stadtgartenareal für den Neubau des Wörthersee-Stadions zu verwenden. Einen Tag später legten die Stadtgarten-Verantwortlichen ein erstes Konzept für einen Neubau der damals 37 Jahre alten Stadtgartenzentrale vor. Die Arbeit an diesem Konzept startete am 12. Dezember 2002. Im Dezember 2003 fasst der Gemeinderat der Landeshauptstadt Klagenfurt den Beschluss, die

Vorbereitung der neuen Stadtgartenzentrale in Angriff zu nehmen und beauftragte ein Projektteam aus den Magistratsabteilungen Stadtgarten, Hochbau und Stadtplanung mit den operativen Vorbereitungsschritten.

Privat oder Staat

Dies führte zu neuen heftigen Diskussionen auf politischer Ebene, insbesondere die Gärtnerinnung forderte eine Privatisierung des Stadtgartenamtes und eine Aufteilung der Arbeiten auf die – angeblich billigere und bessere – Privatwirtschaft.

Auf politischer Ebene wurde die Diskussion sachlich geführt. Nach Vorlage von belegba-

ren Zahlen und Fakten wurde die vertiefte Neukonzeption – vor allem aufgrund ihrer Wirtschaftlichkeit – angenommen und ein Beschluss zur Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs für eine neue Stadtgartenzentrale gefasst. Im Osten der Landeshauptstadt wurde ein geeignetes städtisches Grundstück von idealem Zuschnitt und hervorragender Verkehrslage als zukünftiger Stadtgarten-Standort ermittelt. Für die Abrundung seines Konzeptes veranstaltete der Stadtgarten Klagenfurt eine Enquete, an der die Direktorinnen und Direktoren wichtiger österreichischer Gartenämter (Salzburg, Linz, Baden, St. Pölten, Graz) teilnahmen. In Folge wurde ein sehr kompaktes Funktionsschema sowie ein detailliertes Pflichtenheft als Grundlage für den Wettbewerb erstellt.

Reden Sie mit uns – Rechnen Sie mit uns

Dabei erfolgte auch ein kritisches Hinterfragen des Leistungskataloges und – auf der Basis von Make-Or-Buy-Entscheidungen – die Auslagerung von Leistungen, die bisher selbst erbracht wurden. So wurde beispielsweise die Gehölzproduktion aufgrund ihrer Unwirtschaftlichkeit – geringes Mengenprofil – eingestellt. Gehölze werden heute grundsätzlich zugekauft. Oder Heizung: Anstatt Heckenschnitt und Holzabfälle kostenpflichtig zu entsorgen, werden daraus Hackschnitzel erzeugt, die in einem eigenen Biomasseheizwerk für Gewächshäuser und Betriebsgebäude als Brennstoff eingesetzt werden. Der jährliche Anfall an Biomasse deckt den Brennstoffbedarf leicht, ein Hackschnitzelzukauf ist nicht erforderlich. Die alte Stadtgartenzentrale wurde mit Fernwärme geheizt. Mit der neuen Stadt-



Foto oben: Gewächshaus damals
Foto rechts: Gewächshaus heute

zentrale wurde auch ein angemieteter Stadtgartenstützpunkt, der hohe laufende jährliche Miet- und Betriebskosten verursachte, einfach aufgelassen: seine Funktion wurde ins neue Gebäude integriert.

Finanzierung

Nun kümmerte man sich um die Finanzierung. Die geschätzten Gesamtkosten betrugen rund sechs Millionen Euro, als Bauherr fungierte die Landeshauptstadt Klagenfurt Immobilien KG, eine im Eigentum der Stadt befindliche Errichtungs- und Betriebsgesellschaft. Die Finanzierung erfolgte über Kredite, ihre Tilgung, angelegt auf fünfzehn Jahre, wird aus Einsparungen im laufenden Stadtgartenbudget mehr als wettgemacht.

Partizipation

Um wichtige funktionelle Anforderungen an das Bauwerk von Beginn an besser auszuloten, erfolgte schon zu Beginn des Planungsprozesses auch eine systematische und verbindliche Einbindung der betroffenen MitarbeiterInnen des Stadtgarten Klagenfurt.

Im November 2004 wurde der Planungsauftrag an die Architekten des Siegerprojektes, Roland Winkler und Lorenz Kircher vergeben. Die Detailplanung begann. Das Planungsteam – bestehend aus dem beauftragten Architekten, dem Bauleiter der Abteilung Hochbau und den VertreterInnen des Stadtgarten Klagenfurt als Nutzer – hatte eine intensive und hin und wieder auch lustige Zeit.

Im September 2005 erfolgte der Spatenstich zum Neubau. Aber jetzt gab es nicht nur Aufbruchsstimmung: Je konkreter die

Sache nämlich wurde, umso mehr entwickelten sich auch Ängste innerhalb der Stadtgarten-Belegschaft: Wie wird das werden ... Das ist ja alles ganz anders ... Wer weiß, was da auf uns zukommt ... Diese Ängste zeigten die Notwendigkeit auf, nicht nur die neue Hardware – das Gebäude –, sondern auch die damit verbundene Software – die Neuerungen in der Organisation – ordentlich einzuführen und zu erarbeiten. So wurde mit den Füh-

novationen der neuen Stadtgartenzentrale erfolgen.

Der organisatorische Ablauf des Stadtgarten-Tagesgeschäfts konnte wesentlich verbessert und somit kostengünstiger und effizienter gestaltet werden.

Die Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee verfügt heute über einen leistungsfähigen Servicebetrieb, der jedem Kostenvergleich standhält und für neue Aufgaben stets bereit und gerüstet ist.



rungskräften von Stadtgarten Klagenfurt (MeisterInnen, GartenbezirksleiterInnen, ArbeitsbereichsleiterInnen) und mit externer Prozessbegleitung ein Organisationsentwicklungsprozess eingeleitet, der sich – natürlich mit Blick auf die neue Stadtgartenzentrale – mit einer Adaptierung der Aufbau- und Ablauforganisation der Abteilung Stadtgarten beschäftigt hat. Die Ergebnisse dieses Prozesses wurden – noch vor der Übersiedelung in die neue Zentrale – den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern teilweise präsentiert, mit ihnen diskutiert und umgesetzt.

Wesentliche Ergebnisse

Hatte der Stadtgarten Klagenfurt im Sommer 2004 noch 205 MitarbeiterInnen, so sind es heute 170. Die Verkleinerung der MitarbeiterInnenzahl (im Wege des „natürlichen Abgangs“) und die damit verbundenen Einsparungen konnten neben der Einstellung unwirtschaftlicher Betriebszweige aufgrund der technischen In-

Kritische Erfolgsfaktoren

Einen wesentlichen Beitrag leistete die Stadtpolitik, indem führende Stadtpolitiker wie Bürgermeister, Vizebürgermeister und Stadtgartenreferent die allgemeine kulturelle, soziale und ökologische Bedeutung des Stadtgrüns betont und aktiv kommuniziert haben.

Auch wurde ein politisches Bekenntnis abgelegt: Öffentliches Grün ist öffentliches Interesse und Aufgabe der öffentlichen Hand. Die verbindliche Einbindung von NutzerInnen und Planungsbetroffenen in den Planungsprozess führte zu einem rundum gut nutzbaren Bauwerk, das den Anforderungen an einen modernen, nachhaltigen und zukunftsfähigen Betrieb zu jeder Jahreszeit gerecht wird. Der unermüdliche Einsatz und das persönliche Engagement der Planungs- und Bauverantwortlichen sowie der Ausführenden hat das Bauwerk auch in seinen vielen kleinen Details zu einem Ort werden lassen, an dem sich MitarbeiterInnen und Gäste gerne aufhalten. ■



Die neue Stadtgartenzentrale zur Fertigstellung im Frühjahr 2007, im Hintergrund die Karawanken.

Abteilung Stadtgarten Klagenfurt

Radeln findet Stadt

Wien auf dem Weg
zur Radhauptstadt.

Christian Rupp,
Radagentur Wien



Markus Wache

Radfahren erlebt international und auch in Wien einen regelrechten Boom. Dieser Trend lässt sich auch in Zahlen messen. Im Jahr 2011 wurden um 20 Prozent mehr Radfahrende gezählt als im Jahr davor. Auch das erste Quartal des heurigen Jahres zeigt, dass dieser Trend weitergeht. Sechs Prozent aller Wege werden derzeit in Wien mit dem Fahrrad zurückgelegt. Bis zum Jahr 2015 sollen es schon zehn Prozent sein, so das Ziel der rotgrünen Stadtregierung. Grundsätzlich entdecken immer mehr Städte und Gemeinden die großen Vorzüge des Verkehrsmittels „Rad“. Es ist gesund und leise, es nimmt wenig Platz weg und es verursacht keine schlechte Luft oder Treibhausgasemissionen.

Lebensfreude und Freiheit

Und es macht Spaß. Denn kein anderes Verkehrsmittel ermöglicht den BewohnerInnen, ihre Stadt so intensiv zu erleben. Wer mit dem Rad durch Wien fährt, entdeckt Winkel und Ecken, die sonst im Verborgenen geblieben wären. Lebensfreude und eine besondere Art von Frei-

heit: das sind die Attribute, die Menschen einfallen, wenn man sie fragt, warum sie mit den Rad durch Wien fahren. Immer mehr Menschen nutzen aber auch das Fahrradfahren als Zeichen für eine modere Urbanität.

Damit noch mehr Menschen von den Vorzügen des Radfahrens in der Stadt überzeugt sind und auch umsteigen, hat Wien seit November 2011 einen Radverkehrs-Beauftragten, den Verkehrsexperten Martin Blum. Er soll die Vorzüge des Radfahrens noch mehr Menschen in Wien bekannt machen.

Was ist das FahrRADhaus?

Seit 11. April 2012 gibt es in der Wiener Innenstadt das erste FahrRADhaus. Dieser Treffpunkt versteht sich als offenes Haus zum Thema Radfahren. Dort kann man u.a. Lastenfahräder ausborgen und ausprobieren, an Workshops oder Diskussionen teilnehmen. Darüber hinaus sind dort eine eigene Radbibliothek, ein Style-Corner und eine Radausstellung untergebracht. Das FahrRADhaus hat bis zum 25.

Oktober geöffnet und bietet monatlich geänderte Themenschwerpunkte.

www.fahrradhaus.wien.at

Aber auch in die Radinfrastruktur investiert die Stadt: In Wien gibt es Radfahranlagen mit einer Länge von mehr als 1.200 Kilometern, in diesem Jahr kommen noch rund 20 weitere Kilometer dazu. Das entspricht der Distanz von Wien nach Rom. Im Jahr 2012 wird etwa der Ringradweg, der meist befahrene Radweg Wiens, weiter ausgebaut. Dann ist Radfahren am Ring auf der Außen- wie auf der Innenseite der Prachtstraße möglich. Insgesamt gibt es in Wien heuer 24 große Bauprojekte, um für Radfahren in Wien immer bessere Voraussetzungen zu schaffen. Wien war Vorreiterin bei der Einführung eines Gratisrad-Systems. Das Vienna City Bike gibt es mittlerweile an rund 100 Stellen in Wien gratis auszuborgen. Für die erste Stunde muss niemand etwas bezahlen. Die Erstanmeldung kann auf jedem Terminal in ganz Wien erfolgen.

www.viennacitybike.at

Hoit, do is a Spoit!

Wenn aus innerstädtischen Brachflächen, vernachlässigten Verkehrsinseln oder aus kleinsten Betonritzen üppiges Grün wuchert, dann handelt es sich vermutlich um das Werk von Guerilla Gardener. Was in Metropolen wie London und New York begann, hat längst auch seine NachahmerInnen hierzulande gefunden: Begrünungsmaßnahmen zwischen Protest und individueller Stadtverschönerung.

Johannes Luxner, freier Journalist

Menschen, die da und dort gezielt Samenkörner hinterlassen, um die Eigendynamik der Natur zu bewundern, gab es wohl schon immer. Damit aus kleinen Aktionen eine globale Sache entsteht, bedarf es lediglich etwas gezielter Öffentlichkeit, wie die jüngste Entwicklung des Guerilla Gardening zeigt.

Es war der 1. Mai 2000, als sich auf einer un gepflegten Grünfläche inmitten der Londoner Innenstadt eine Gruppe Aktivisten nach gezielter Flugblattpropaganda einfand, um ihre Form von Protest zu üben. Gartengeräte ersetzten die Megaphone. Der aus Globalisierungskritikern und Umweltaktivisten bestehende Flash-Mob karte Erde ebenso heran wie Setzlinge und Samen und stieß damit durchaus auf mediales Echo, das – der Natur gleich – in der Folge eine gewisse Eigendynamik entwickelte. Die Aktion und die damit einhergehende sanfte Form des Protests – von dem angesichts des üppigen Grüns selbst unpolitische Augen profitieren – stieß auf unzählige Sympathisanten. Letztendlich schuf der Londoner Werbemensch Richard Reynolds mit seiner Website und seinem Standardwerk zum ur-

banen Phänomen („Guerilla Gardening – Ein botanisches Manifest“) dermaßen viel Öffentlichkeit, dass der Keim auch in vielen anderen Metropolen aufging. Und jene, die seit jeher aus purer Freude im eigenen Grätzl die eine oder andere Blume pflanzten, hatten endlich eine Bezeichnung für ihre eigene Tätigkeit gefunden. Auch wenn der Großteil die botanischen Maßnahmen keineswegs als „Kleinkrieg“ versteht, wie es der Anglizismus zunächst angibt.

Grünes Bewusstsein

Ein Blick ins Netz reicht, um zu bemerken, dass auch hierzulande unzählige Menschen dem städtischen Begrünungshobby frönen. Hier werden Treffpunkte ausgemacht oder Aktionen konzipiert. Ganz ungeachtet der Tatsache, dass hiesige Ortszentren ohnehin einen höheren Grünanteil haben als innerstädtische Gebiete von New York, das ebenso wie London zu den Zentren des Phänomens zählt. Wer etwa entlang des innerstädtischen Bereichs des Wiener Donaukanals spaziert, stößt auf unzählige Werke der Guerilla Gardener. Sonnenblumen, Tomatenstauden oder unverwüsthliche Grün-

pflanzen wie Chinaschilf wachsen hier entlang der Promenade und fordern SpaziergängerInnen mittels kleiner Schilder auf, dass sie auch abseits des Regens mit Wasser versorgt werden wollen. Dass auch in Wien durchaus etwas Aktionismus mitschwingt, zeigt etwa die Initiative Kampolerta. Vorwiegend bestehend aus Landschaftsarchitekten trägt das Kollektiv durchaus ein gewisses Sendebewusstsein in sich: „Charakteristisch für unsere Aktivitäten ist die spielerische aber doch konzeptionelle Herangehensweise“, so Michael-Franz Woels von Kampolerta. Das Kollektiv organisiert sogenannte Flash-Gardening-Aktionen. Das Verschenken von Kresse vor der Wiener Staatsoper gehört hier ebenso dazu wie die sanfte Belagerung von Verkehrsinseln. „Performative oder theatralische Inszenierungen nutzen wir dazu, um ergänzende Raumexperimente zur normativen Planungspraktik durchzuführen“, so Woels in akademischen Worten über das Anliegen, und konkretisiert: „Wir wollen witzige, ungewöhnliche Möglichkeiten urbaner Raumnutzungen aufzeigen und begründen. Wir wollen Interaktionen anregen und Mut machen, sich ungenutzten Freiraum zu erschließen und mitzugestalten.“ Hier lässt sich durchaus ableiten, dass sich der Zugang der BürgerInnen zum öffentlichen Raum längst verändert hat: dass das Partizipieren am Gemeinschaftlichen durchaus an Wert gewonnen hat, und dass hier ein leiser Protest mit einem zutiefst konstruktiven Grundansatz herrscht – trotz all der vordergründigen Anarchie. Woels: „Wir setzen auf einen lustvollen Umgang, auf Kooperation, auf Diskurserweiterung, auf eine aktive, dynamische Raumanneignung, auf ein Auf und Ab der Ideen.“



Eigeninitiative zählt: Guerilla Gardening bringt viele bunte Pflanzen ins Grätzl. Das Partizipieren am Gemeinschaftlichen steht im Zentrum.

HOT IN THE CITY: SO HEISS IST DER SOMMER IN WIEN

SOMMER FÜR ALLE

Im MuseumsQuartier findet man die perfekte Atmosphäre für urbane Entspannung sowie Kultur und Kulinarik.



WIEN UND WEIN gehören einfach zusammen. Bei einem der zahlreichen Heurigen kann das eine oder andere Tröpfel gekostet werden. Das ist einfach Gemütlichkeit pur!



LEBEN AM WASSER Reges Treiben herrscht mittlerweile auf beiden Ufern des Donaukanals. Strandbars mit guten Cocktails laden zum After-Work oder zur erholsamen Mittagspause.



FIT IN WIEN Die Prater Hauptallee, der Schönbrunner Schlosspark oder die Donauinsel: Auf wunderschönen Laufstrecken in der Stadt macht es gleich doppelt so viel Spaß.

Frühling und Sommer in Wien sind etwas Besonderes. Die Open-Air-Saison hat wieder begonnen. Laue Abende werden in Schanigärten genossen, Kulturevents locken von allen Seiten, sommerliches Flair umgibt die Stadt. Wo man hinschaut, überall spürt man eine wunderbare Lebendigkeit. Hier sind die Highlights für fröhlicher Sommer-Gefühle.

FREIZEIT & KULTUR

So eine Vielfalt an Freizeit- und Kultureinrichtungen hat kaum eine andere Stadt. Sport, Fun oder Ausflugsmöglichkeiten kann man in Wien vor der Haustür genießen. Besonders schön ist es am Bisamberg, in der Lobau, im Prater oder im Lainzer Tiergarten. Zahlreiche Wanderwege, weite Wiesen und romantische Weinberge beflügeln Körper und Seele. Wer es erfrischender mag, sollte Tage an der Alten Donau und auf der Donauinsel einplanen. Plus: Der Grüngürtel der Stadt ist überall präsent und lockt auch Sportliche: Laufen, Walken, Inlineskaten und Radeln machen fit und sorgen für eine sportliche Figur.

WIEN IST OPEN-AIR

Auch kulturell tut sich einiges in der Stadt: Theater, Konzerte, Open-Air-Veranstaltungen, wie das Popfest am Karlsplatz vom 26. bis 29. Juli machen Stimmung in der Stadt. Kultur-Highlights wie die Wiener Festwochen, das Festival der Bezirke, aber auch Kabarett, Film Ausstellungen oder Grätzkultur – das Angebot ist vielfältig und auf hohem Niveau. Extratipp: Das Theater an der Wien bietet als einziges Opernhaus der Stadt auch im Sommer ein anspruchsvolles Kulturprogramm. Konzerte für jeden Geschmack bietet die Wiener Stadthalle. Und sollte es einmal weniger sommerlich sein, dann gibt es unzählige Museen, die begeistern. Tipp: Der Kunstplatz Karlsplatz hat so viele Kunstinstitutionen und Schätze wie weltweit keine andere Stadt: zum Beispiel das Wien Museum, Kunsthalle project space, die Karlskirche, Musikverein, das Künstlerhaus oder die Secession. Und auch die Technische Universität ist eine Perle der Perlenreihe „Kunstplatz Karlsplatz“.

Auch das MQ, das MuseumsQuartier, ist einer der Top-Spots der Stadt. Die bunten Enzis laden zum Entspannen ein. Kunst, Essen, Trin-

ken, Shoppen und junges Flair machen diesen Platz zu etwas ganz Besonderem. Das MQ ist eines der zehn größten Kulturreale der Welt: Kunst, Architektur, Theater, Tanz, Musik, Kinderkultur, Mode, Design – hier findet man das, was man schon immer gesucht hat.

STRAND DER WIENERINNEN

Ein weiteres Must: Das Freizeitufer am Wiener Donaukanal. Hier gibt es Strand, Sand und Entschleunigung vom hektischen Tag. Die summerstage, Hermanns Strandbar, das Badeschiff, der Tel Aviv Beach und viele andere nette Lokale vermitteln Urlaubsgefühle mitten in der Stadt. Liegestühle, erfrischende Drinks, kulinarische Leckerbissen, Chill-out-Musik und jede Menge coole Leute. Am Donaukanal liegt auch die Andockstation des Twin-City-Liners. Ein Katamaran, der in kürzester Zeit zu einem Ausflug nach Bratislava führt. Auf der Website www.twincityliner.com erfahren Interessierte alles über die neuen Angebote des Twin-City-Liners.

SOMMER & MÄRKTE

Etwas ganz Besonderes bieten gerade auch im Sommer die Wiener Märkte. Brunnenmarkt, Karmelitermarkt oder auch der Naschmarkt locken und verführen mit regionalem Obst und Gemüse. Gewürze und Orientalisches duften und Vielfalt wird hier gelebt. Nicht nur das große und bunte Markt-Angebot kann sich hier sehen lassen, sondern auch die Lokalszene. Sich einfach treiben lassen und genießen. Erholung garantiert!

HINEIN INS KÜHLE NASS

Wenn es warm ist, machen 18 städtische Sommerbäder Lust auf ein Sonnenbad mit garantierter Abkühlung. Die Wiener Bäder bieten auch dieses Jahr ein abwechslungsreiches Freizeitprogramm: Fußballplätze, Wasserrutschen, Volleyballfelder und Kinderspielflächen lassen keine Langeweile aufkommen. Mehr Infos: www.sommerzauber.at oder www.wienerbaeder.at. Bäder-Info: 01/601 12-8044. Schönen Sommer!

INFOS

Kultur, Events und Freizeittipps auf www.wien.at, www.twincityliner.com, www.sommerzauber.at, www.wien.gv.at/baeder, www.weingutcobenzl.at

Wien ist im Sommer Open Air. Zahlreiche Kulturveranstaltungen, Konzerte unter freiem Himmel, chillen auf der summerstage oder der Besuch beim Wiener Heurigen: einfach genießen – einfach Sommer!

Kommunalwald in Deutschland

Vielfalt durch Selbstverantwortung und Selbstverwaltung

Der Kommunalwald in Deutschland hat vielfältige Funktionen. Während er in den Ballungsräumen vor allem als Erholungsraum Bedeutung besitzt, stellt er für kleinere Kommunen in ländlichen Regionen einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Auch die Forderungen im Hinblick auf seine zukünftige Nutzung reichen von Stilllegung zusätzlicher Waldflächen bis hin zur Intensivierung der wirtschaftlichen Waldbnutzung. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass die Interessenvertretung der kommunalen Waldbesitzer auf Bundesebene und auf europäischer Ebene gestärkt wird.

Von Winfried Manns

Der Wald hat derzeit politisch richtiggehend „Konjunktur“. Die Forstwirtschaft ist zum ersten Mal auf der politischen Bühne mit der „Waldstrategie 2020“ zu einem Top-Thema geworden. Und plötzlich messen alle (partei-politischen) Gruppierungen dem Wald eine besondere, wenn auch immer inhaltlich unterschiedliche Aufgabe zu. Die einen fordern unter der Zielbestimmung „Biodiversität“ weitere Stilllegungen, die anderen aus wirtschaftlichen Überlegungen größere Nutzungspotenziale. Die VertreterInnen dieser konträren Positionen zeichnet jedoch eine Gemeinsamkeit aus: Sie sind keine Eigentümer der Flächen, über die sie gerne verfügen würden. Ob Naturschutzverbände auf der einen Seite oder Holzwirtschaft auf der anderen

Seite: sie verkennen oder ignorieren, dass die von ihnen vertretenen gegensätzlichen Positionen von der Eigentümerseite, ob privat, kommunal oder staatlich, seit gut 300 Jahren durch eine nachhaltige Forstwirtschaft gesichert werden. Selbstverständlich ist diese Nachhaltigkeitsstrategie immer wieder den jeweiligen gesellschaftlichen Veränderungen angepasst worden. Gerade deshalb war die Forstwirtschaft in der Lage, die unterschiedlichen Anforderungen an den Wald auch tatsächlich zu erfüllen. Ganz wesentlich dafür war, dass die Eigentümer diese Entwicklungen selbstbestimmt vorangetrieben haben. Dies gilt in besonderer Weise für den Kommunalwald.

Eigenständige Waldeigentumsart mit vielfältigem Gesicht

Der Kommunalwald ist mit 19,5 Prozent der Waldfläche in Deutschland die kleinste der drei Waldeigentumsarten. Regional sind die Verhältnisse allerdings sehr unterschiedlich (siehe Tabelle). Auch *den* Kommunalwald schlechthin gibt es nicht. Zum Kommunalwald gehören große Waldbesitzer wie die Städte Brilon und Baden-Baden mit über 7.000 Hektar Waldfläche, aber auch kleine ländliche Gemeinden mit weniger als 50 Hektar Wald. Für Großstädte wie München oder Frankfurt hat das Waldeigentum ganz andere Funktionen als für ein Dorf in der Eifel oder im Hunsrück. Kommunalwald im Ballungsraum unterliegt hohen Anforderungen

WALDEIGENTUMSARTEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Bundesland	Staatswald (Bund und Land) %	Körperschaftswald %	Privatwald %	Treuhandwald %
Baden-Württemberg	24,2	39,7	36,1	0,0
Bayern	32,3	13,5	54,2	0,0
Brandenburg (mit Berlin)	37,4	6,9	42,0	13,7
Hessen	39,8	36,2	24,0	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	50,8	10,5	23,5	15,2
Niedersachsen (mit Hamburg und Bremen)	34,3	7,4	58,3	0,0
Nordrhein-Westfalen	17,7	15,3	67,0	0,0
Rheinland-Pfalz	26,7	46,8	26,5	0,0
Saarland	49,0	22,1	28,9	0,0
Sachsen	43,2	11,3	33,6	11,9
Sachsen-Anhalt	37,5	6,7	40,0	15,8
Schleswig-Holstein	34,6	15,0	50,4	0,0
Thüringen	41,9	14,7	35,8	7,6
Bundesrepublik Deutschland	33,2	19,5	43,6	3,7

(Quelle: Zweite Bundeswaldinventur, Stand 2002)

Zur Erläuterung: Treuhandwald ist Wald, der im Zuge der Bodenreform in der DDR enteignet und in Volkseigentum überführt wurde. Er wird nunmehr sukzessive privatisiert.

bezüglich der Schutz- und Erholungsfunktionen, Kommunalwald in strukturschwachen ländlichen Regionen ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Brückenfunktion zwischen den Waldeigentumsarten

Die Länderwaldgesetze sehen im Regelfall eine gestaffelte Gemeinwohlverpflichtung der Waldeigentumsarten vor. Danach dient der Staatswald dem Gemeinwohl in besonderem Maße, der Kommunalwald ist dem Gemeinwohl verpflichtet. Insofern steht der Kommunalwald dem Staatswald nahe.

Vergleichbar mit dem privaten Waldeigentümer muss die Waldbewirtschaftung für die einzelne Kommune aber zu wirtschaftlich tragbaren Ergebnissen führen. Dies gilt insbesondere für kleinere Gemeinden und Städte im ländlichen Raum, deren Forsthaushalt häufig einen wesentlichen Anteil am Gesamthaushalt ausmacht.

Aus Sicht des Kommunalwaldes hat sich die multifunktionale, integrative Forstwirtschaft (Stichwort: Schutz durch Nutzung) in Deutschland bewährt. Eine Segregation der Ziele bei der Waldbewirtschaftung, Naturschutz und Flächenstilllegung auf der einen Seite, sowie hochproduktive Holzerzeugung auf der anderen Seite, macht keinen Sinn.

Unsere Waldeigentumsarten bestehend aus Staats-, Kommunal- und Privatwald sollten auch in Zukunft erhalten bleiben. Die heutigen und die künftigen Anforderungen an den Wald in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und sozialer Hinsicht werden über ein breit gestreutes Waldeigentum optimal erfüllt.

Selbstverwaltung und Selbstverantwortung

Markenzeichen des Kommunalwaldes ist die sehr enge Bindung der örtlichen Bevölkerung an ihren Wald. Die Waldbewirtschaftung wird als kommunale Selbstverwaltungsaufgabe aktiv wahrgenommen. Die Entscheidungsbefugnisse liegen beim jeweiligen Gemeinderat. Mit anderen Worten: Tausende von Ratsmitgliedern legen die Eigentümerziele für den jeweiligen Kommunalwald fest, entscheiden über die Bewirtschaftungsmaßnahmen und übernehmen damit Verantwortung für den Wald.



Markus Wache

Die Vielfalt der Besitzstrukturen und die Vielfalt der Eigentümerziele führen zwangsläufig zu unterschiedlichen Bewirtschaftungsweisen. Dies ist durchaus positiv zu beurteilen. Vielfalt ist eine gute Strategie, um für die ungewissen Anforderungen der Zukunft gerüstet zu sein.

Interessenvertretung

Der Gemeinsame Forstausschuss der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände „Deutscher Kommunalwald“ ist die repräsentative Vertretung der waldbesitzenden Gemeinden und Städte in Deutschland. Dieses Gremium weist die Besonderheit auf, dass es sich aus VertreterInnen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), des Deutschen Städtetages und des Deutschen Landkreistages zusammensetzt.

Der Deutsche Forstwirtschaftsrat (DFWR) bündelt alle mit der Forstwirtschaft und dem Wald befassten AkteurInnen in der Bundesrepublik. Er ist das politische Sprachrohr der deutschen Forstwirtschaft. Der Kommunalwald wird unmittelbar von lediglich fünf zählenden Mitgliedern vertreten, nämlich vom Hessischen Städte- und Gemeindebund, vom Gemeinde- und Städtebund Thüringen, vom Gemeindewaldbesitzerverband Nordrhein-Westfalen, von der Stadt Freiburg und vom Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz. Daneben nimmt die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände als Dachverband für ihre Landesverbände private und kommunale Waldbesitzerinteressen wahr.

Gegenwärtig steigen die Anforderungen auf Bundesebene stetig. Diese sind notwendig, um den Interessen und Belangen der Forstwirtschaft angemessen Geltung zu verschaffen. Dies bedingt auch neue Finanzierungsnotwendigkeiten, insbesondere nachdem

der Holzabsatzfonds durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts entfallen ist. Ziel muss in diesem Zusammenhang sein, auch die Vertretung des Kommunalwaldes auf breitere Füße zu stellen und damit sein Gewicht im „bundesweiten Konzert“ zu erhöhen.

Ich halte es für dringend erforderlich, dass die Vertretung der Kommunalwaldinteressen gestärkt wird. Es kann nicht sein, dass lediglich die oben genannten Mitglieder im DFWR inhaltlich und finanziell beteiligt sind. Die Energiewende (Frage der energetischen oder stofflichen Verwendung von Holz; Frage der Windkraft im Wald) und das europäisch und bundespolitisch gewollte Thema der Biodiversität (Frage der Flächenstilllegung) werden eine kommunal abgestimmte Strategie unserer Eigentümerinteressen notwendig machen. Deshalb sollten die kommunalen Interessenvertretungen in allen Bundesländern auf Stadt- und Gemeindeebene, gebündelt über den DStGB, den Gemeinsamen Forstausschuss „Deutscher Kommunalwald“ unterstützen und möglichst auch die kommunale Position im DFWR durch entsprechende Mitgliedschaften stärken. Nur so werden wir der uns übertragenen Aufgabe der nachhaltigen Forstwirtschaft für unsere BürgerInnen und Kommunen gerecht.

Dieser Artikel ist in der deutschen Zeitschrift „Stadt und Gemeinde interaktiv“, 04/2012, S. 127-129 erschienen.

ZUR PERSON:

Winfried Manns ist Verbandsdirektor im Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz und Vorsitzender des Gemeinsamen Forstausschusses der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände „Deutscher Kommunalwald“.

Bäume – was darf der Nachbar?

Bäume sind eine wesentliche Bereicherung für unsere Lebensräume. Im Grünen zu wohnen, hat für viele einen hohen Stellenwert – und Baumbesitzer freuen sich über das Wachstum ihrer Bäume. Wird der Nachbar bzw. die Nachbarin jedoch negativ beeinträchtigt, stellt sich häufig die Rechtsfrage.

Gunther Nikodem, Gerichtssachverständiger und Gründungsmitglied von „das LINZER BAUMFORUM“

Die Funktionen, die Bäume besonders in verbauten Gebieten erfüllen, sind vielfältig und reichen von positiven kleinklimatischen Wirkungen (Luftkühlung, ausfiltern von Staub) bis zur Gestaltung im Garten- und Städtebau. Zu den wesentlichen Beeinträchtigungen zählen Laub- und Fruchtfall, verdeckte Aussicht und starke Beschattung. Hier informieren wir Sie als BaumexpertenInnen über die wichtigsten Eckpunkte dieser Rechtsmaterie – ohne Anspruch auf juristische Vollständigkeit.

Selbsthilfemaßnahmen (ABGB § 422)

Der Nachbar darf die in seinen Grund eindringenden Wurzeln aus seinem Boden

entfernen, doch die Standsicherheit des Baumes darf dabei aus haftungsrechtlichen Gründen nicht gefährdet werden, jedenfalls nicht ohne vorherige schriftliche Information des Baumbesitzers. Vorsicht! Er hat fachgerecht vorzugehen und die Pflanze möglichst zu schonen. Wenn die Wurzelentfernung manuell erfolgt (glatte Schnitte etc. oder ein Wurzelvorhang an der Grundgrenze zu 50 Prozent Verlust der Wurzeln führt) und auf das Standsicherheitsrisiko rechtzeitig hingewiesen wurde, ist es möglich, auch wenn der Baum dann weder standsicher noch längerfristig lebensfähig ist.

- Er darf auch die über seinen Luftraum hängenden Äste abschneiden oder sonst

benützen. Dabei hat er aber fachgerecht vorzugehen und die Pflanze möglichst zu schonen.

Die Kosten der Maßnahmen hat grundsätzlich der Nachbar selbst zu tragen. Sollte jedoch schon ein konkreter Schaden entstanden sein oder zu drohen, hat der Baumbesitzer die Hälfte der Kosten zu tragen (Beispiel: Wurzeleinwachsungen im Kanal).

Bei der Selbsthilfe wird auch auf die Möglichkeiten des Beeinträchtigten abgestellt – das Entfernen muss einfach und mit zumutbarem Aufwand möglich sein. Was einfach und zumutbar ist, ist im Einzelfall zu beurteilen. Wenn die Entfernung nicht einfach oder unzumutbar ist, stellt es eine direkte Zuleitung dar und eine Unterlassungs- oder Eigentumsfreiheitsklage ist möglich.

- Steht der Baum direkt auf der Grenze, sind beide Baumbesitzer. Will einer davon den Baum fällen, hat der andere kein Vetorecht. Derjenige, der den Baum entfernen haben möchte, muss aber den Mit-eigner schriftlich informieren und befragen, ob er sich an Aufwand und Erträgen (z. B. Brennholz) beteiligen will.

Was ist nicht möglich?

Der Nachbar bzw. seine Gehilfen dürfen dabei – ohne ausdrückliche Zustimmung – das Grundstück des Baumbesitzers nicht betreten. Allein das Anlehnen einer Leiter ist eine Besitzstörung und auch das anfallende Schnittgut hat der Nachbar selbst zu entsorgen und darf es nicht über den Zaun werfen.

Beeinträchtigungen durch Frucht- oder Laubfall (z.B. verstopfte Dachrinnen) hat der dadurch beeinträchtigte Nachbar zu dulden. Gleiches gilt für den Pollenflug, der im Übrigen mehr als 100 Kilometer weit geht und somit nicht nur vom Nachbarbaum herrührt. Dies deshalb, weil es sich hier um natürliche Lebensprozesse ohne menschliches Zutun handelt, welche nur kurzfristige Beeinträchtigungen bewirken. Laufende Exsudatbildung (z.B. Harz) auf einem Stellplatz kann allerdings als Zuleitung interpretiert werden und mit einer Unterlassungs- oder Eigentumsfreiheitsklage bekämpft werden (wobei hier die Rechtsprechung noch uneinheitlich ist).



Zu den wesentlichen Beeinträchtigungen zählen Laub- und Fruchtverfall, verdeckte Aussicht und starke Beschattung.

Marius Wache

ÖGZ 6/2012



Wenn Bäume die Aussicht verdecken, können keine rechtlichen Schritte unternommen werden.

Marius Wache

Wenn Bäume dem Nachbarn die schöne Aussicht verdecken, können ebenfalls keine rechtlichen Schritte unternommen werden. Nur eine gütliche Vereinbarung mit dem Baumbesitzer kann hier Abhilfe schaffen, ein Eintrag im Grundbuch ist zu empfehlen.

Auch bei Gefahren durch den Baum darf der Nachbar grundsätzlich keine Selbsthilfemaßnahmen setzen. Und auch die Durchsetzung auf dem Rechtsweg war so gut wie unmöglich. Doch die Rechtsprechung ist ein dynamischer Prozess und mit einem bemerkenswerten Entscheid des OGH im Jahr 2011 (4 Ob 43/11h) wurde hier eine kleine Tür geöffnet, mit der Baumeigentümer und Waldbesitzer gezwungen werden können, Maßnahmen zur Beseitigung tatsächlicher Gefahren zu setzen. Zitat aus „Die Presse“ vom 9. Jänner 2012: „Indem die beklagte Nachbarin durch Unterlassen baumpflegerischer Maßnahmen den gefährlichen Zustand aufrecht erhält, greift sie weiterhin widerrechtlich in das Nutzungsrecht der Klä-

gerin ein. Die Klägerin kann die Beseitigung konkret bezeichneter gefährlicher Äste und Bäume verlangen, so der OGH.“

Recht auf Licht (ABGB § 364)

Seit 2004 wurde ein Recht auf Licht und Luft im Zivilrecht aufgenommen. Aktiv werden kann der, der von Bäumen massiv bedrängt ist – somit der beeinträchtigte Nachbar: dies kann ein unmittelbarer Anrainer sein, aber theoretisch auch der Mieter im Haus des Nachbarn. Bevor diesbezügliche Rechte eingeklagt werden können, besteht die Pflicht, Vergleichsversuche bei einer anerkannten Schlichtungsstelle zu unternehmen. Allgemein wurde im Gesetz zwar ein Rücksichtnahmegebot für den Eigentümer bzw. den Baumbesitzer festgelegt, doch die im Gesetz vorgegebenen, konkret geforderten Voraussetzungen machen die Durchsetzung vor Gericht nicht leicht. Denn das Maß der Beeinträchtigung bzw. Beschattung muss nicht nur die ortsüblichen Verhältnisse überschreiten, sondern auch zu einer unzumutbaren Beeinträchti-

gung der Benutzung des Grundstückes führen (ABGB § 364, Abs. 3).

Somit ist eine einvernehmliche Lösung in den meisten Fällen dem Weg zum Gericht vorzuziehen! Ein außenstehender Vermittler kann da ggf. hilfreich sein. Eine getroffene Vereinbarung sollte dann auch im Grundbuch vermerkt werden, um eine dauerhafte Lösung zu bewirken.

Unter Umständen sind weitere rechtliche Rahmenbedingungen zu beachten, die die Möglichkeiten des Nachbarn beschränken. So können etwa Bundes- und Landesgesetze betreffend den Schutz von oder vor Bäumen und anderen Pflanzen – insbesondere über den Wald-, Flur-, Feld-, Ortsbild-, Natur- und Baumschutz – strengere Regeln beinhalten. Besonders zu beachten ist dabei das Baumschutzgesetz in Wien, Graz, Salzburg und einigen wenigen weiteren kleineren Städten in der Steiermark und in Salzburg. Auch in Kleingartenanlagen herrschen eigene Normen. Ein Ortsaugenschein durch einen Sachverständigen kann schon im Vorfeld Klärung bringen und wird deshalb empfohlen. ■

KONTAKTE:

Ing. Gunther Nikodem –
Gerichtssachverständiger
E-Mail: baum@nikodem.at

Linzer Baumforum

Internet: www.baumexperten.at

Die konkreten Details finden sich insbesondere hier: ABGB §§ 364, 421, 422 und Zivilrechts-Änderungsgesetz 2004 ©C ZivRÄG 2004 (siehe: <http://www.ris.bka.gv.at>).

ANMERKUNG:

die Rechtsprechung in Deutschland ist nur bedingt mit der Situation in Österreich vergleichbar.



Garten-Objektmöbel

Stühle, Tische,
Liegen, Schirme...

+43(0)7258/21208

info@elefant-moebel.at

www.elefant-moebel.at



WERBUNG

Waldstadt Wien

Wien ist eine der lebenswertesten und zugleich auch eine der grünsten Millionenstädte der Welt. Diesen hohen Standard verdankt die Stadt unter anderem ihrer nachhaltigen Grünraumpolitik. Die Wälder, Felder, Wiesen und Weingärten, die das Forstamt und der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt (MA 49) pflegen und bewirtschaften, prägen nicht nur das Stadtbild, sondern beeinflussen entscheidend die Lebensqualität der Stadt.

DI Andreas Januskovecz,
Forstdirektor der Stadt Wien;
DI Christina Stockinger, MA 49-Forstamt
und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien

Etwa 44.000 ha – und damit eine Fläche, in ihrer Ausdehnung mit der Bundeshauptstadt vergleichbar – verwaltet und betreut die MA 49. Fünf Forstverwaltungen, zwei in Wien und drei in den Quellenschutzgebieten der Stadt in Niederösterreich und der Steiermark sowie der Landwirtschaftsbetrieb sichern, dass das kommunale Grün zum Schutz des Wiener Trinkwassers, als Lebensraum seltener Pflanzen und Tiere, als Wirtschaftsfaktor, Anbaufläche für Bio-Lebensmittel und Erholungsraum der StädterInnen erhalten bleibt.

Naturnahe Quellenschutzwälder sind Basis der Wasserversorgung der Stadt

Weit außerhalb Wiens in den nördlichen Kalkalpen entspringen die Quellen, die Wien tagtäglich mit frischem Trinkwasser versorgen. 130 Liter Wasser verbraucht die Wienerin bzw. der Wiener im Durchschnitt täglich – Wasser, das in bester Qualität aus dem Rax-, Schneeberg- und Hochschwabgebiet über die I. und II. Hochquellenleitung nach Wien gelangt und 1,7 Millionen WienerInnen mit dem wichtigsten Gut versorgt.

Rund drei Viertel des Verwaltungsgebietes der MA 49 erstrecken sich auf die Quellenschutzgebiete der Stadt. Strenge Richtlinien zur Bewirtschaftung, denen sich die MA 49

verschrieben hat, stellen sicher, dass der Waldboden seine Filter- und Speicheraufgaben in diesem sensiblen Bereich optimal erfüllen kann. Dabei reicht die Selbstverpflichtung von der Forcierung der Naturverjüngung bis hin zum Verbot von chemischen Düngen und Schädlingsbekämpfungsmitteln.

Der Stadtwald – Naturschutzzone und Erholungsraum der WienerInnen

Die Bundeshauptstadt beheimatet viele, oftmals gefährdete Pflanzen- und Tierarten. Sie finden in den großen Schutzgebieten wie dem Nationalpark Donau-Auen, dem Biosphärenpark Wienerwald und den kleineren innerstädtischen Grünräumen Rückzugsräume in der Millionenstadt. Etwa die Hälfte des Stadtgebietes sind Grünflächen, ein Fünftel der Stadt ist mit Wald bedeckt. Der größte Teil dieser riesigen Waldfläche wird vom Forstamt der Stadt bewirtschaftet. Das Forstgesetz, die Bauordnung von Wien als auch spezielle Lebensraum-Schutzgesetze, wie etwa das Wiener Nationalparkgesetz, sichern den Grünraumbestand und bilden die Grundlage für die Bewirtschaftung der Flächen. Die von der MA 49 errichtete und instand gehaltene Infrastruktur – wie Wanderwege, Spielplätze, Lehrpfade, Informationseinrichtungen und

Aussichtswarten – erlaubt es den StädterInnen, den Lebensraum zu nutzen und ermöglicht, Besucherströme zum Wohl von Natur und Mensch gezielt zu lenken.

urbANNatur – ein neues attraktives Erholungsgebiet entsteht

Naturschutz und Erholungsnutzung auf einander abzustimmen und in Einklang zu bringen, ist Ziel des Projektes „urbANNatur“ der MA 49 in Zusammenarbeit mit Partnern aus der Slowakei unter Obhut der Europäischen Union. In mehreren Sitzungen entstanden zukunftsfähige Lösungen und Planungsansätze für die attraktive Ausgestaltung von Naturräumen im Nahbereich von Naturschutzgebieten und damit ein wichtiger Impuls für die zukunftsgerichtete Lenkung des in den vergangenen Jahren gestiegenen BesucherInnenaufkommens im Nationalpark Donau-Auen.

Die durch die ansprechende Neugestaltung des Freiraums erzielte Pufferwirkung bewirkt eine Reduktion des BesucherInnenaufkommens im geschützten Lebensraum und bringt den Anwohnenden neue Erholungsqualitäten. Im konkreten Fall profitiert davon das Lobau-Vorland, zum Vorteil des Wiener Teils des Nationalparks Donau-Auen, der jährlich von rund einer Million BesucherInnen frequentiert wird.

www.urbannatur.eu/de

Pflegemaßnahmen erhöhen die Artenvielfalt und sichern Lebensräume in der Stadt

Managementpläne zur Bewirtschaftung von Schutzgebieten sowie Pflegeaktionen mit Beteiligung der StädterInnen fördern ökologisch wertvolle Lebensräume in der Stadt. Seit 2010 setzen das Forstamt der Stadt Wien und der Biosphärenpark Wienerwald deshalb gemeinsam Pflegemaßnahmen. Sie erhalten die durch jahrhundertelange Bewirtschaftung entstandene artenreiche Kulturlandschaft, wie z.B. die des Mukentals, des größten zusammenhängenden Weinbaugebietes Wiens, und verbessern die Lebensbedingungen für seltene Tiere. Zweimal im Jahr laden sie NaturliebhaberInnen ein, die Aktion zu unterstützen und im Rahmen einer naturkundlichen Führung das Gebiet näher kennenzulernen.

Tag der Artenvielfalt lädt zum Kennenlernen der Naturschätze ein

Der Artenreichtum der Natur steht auch beim Tag der Artenvielfalt am 15. und 16. Juni im Blickpunkt. Er ist Beitrag

Artenvielfalt vor der Haustür: Vortrag zu verborgenen pflanzlichen und tierischen Raritäten.



zum „GEO-Tag der Artenvielfalt“, zu dem das renommierte Wissenschaftsmagazin erstmals 1999 aufrief. Beim Fest am Cobenzl im 19. Bezirk sind BesucherInnen eingeladen, die zahlreichen vor der Haustüre verborgenen pflanzlichen und tierischen Raritäten mit wissenschaftlicher Begleitung zu entdecken. Unterstützt werden sie dabei von der MA 49, einer der Organisatorinnen der Veranstaltung.

www.artenvielfalt-wienerwald.at/2012/index.html

Umweltbildung als Tor zum Naturverständnis

Sich der Natur spielerisch und mit allen Sinnen zu nähern, ist Ziel der Umweltbildungseinrichtungen der MA 49. Seit Gründung der Ersten Waldschule 1998 im Ottakringer Wald realisierte die MA 49 viele Projekte: Vom Nationalparkhaus, dem Nationalparkcamp, über eine weitere Waldschule bis hin zum Kinderbauernhof stehen den WienerInnen viele Türen offen, um im breiten Umweltbildungsangebot einen informativen und emotionalen Zugang zur Natur zu finden.

Wien is(s)t Bio

Die Stadt Wien ist nicht nur einer der größten öffentlichen WaldbesitzerInnen im Lande, sondern ist auch eine der größten LandwirtInnen Österreichs. Ungefähr 2.500 ha Landwirtschaftsflächen betreut die MA 49 in Wien und Niederösterreich und stellt damit die Nahversorgung mit qualitativen Produkten sicher.

Die Anbauflächen innerhalb der Stadtgrenzen werden zur Gänze organisch-biologisch bewirtschaftet. Hier wachsen unter anderem Bio-Erdäpfel und Bio-Karotten. Das städtische Weingut Cobenzl, ebenfalls Teil der MA 49, produziert jährlich rund 200.000 Flaschen Weiß- und Rotweine und zählt heute zu den renommiertesten Weingütern der Stadt.

Die Möglichkeit selber Gemüse zu ziehen, bietet die MA 49 den StädterInnen mit Ökoparzellen zum Pachten. Sie werden vom Landwirtschaftsbetrieb mit Bio-Samen und Bio-Pflanzen bestellt und anschließend zur Pflege und Ernte den Interessierten übergeben.

www.wald.wien.at

Pflanzen rechnen ab

Wie kann kommunales Grünflächenmanagement mit geringeren Kosten gleiche Wirkungen erzielen? Standardrezept gibt es keines, jedoch viel Potenzial im Sinne einer effizienten Kosten- und Leistungsrechnung. Eine Betrachtung von der Wurzel bis zur Blüte.

Von Mag. Wolfgang Oberascher und Mag. Alexander Maimer, KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung

Kommunale Grünflächen bilden ein wesentliches Merkmal der Standortqualität von Städten und Gemeinden.¹⁾ Sie bilden Ausgleichsräume an der Schnittstelle von aufreibender Urbanität und dem menschlichen Bedürfnis nach Regeneration. Dass die Aufrechterhaltung und die laufende Pflege dieses Standortfaktors mit einem fallweise erheblichen Aufwand verbunden ist, rückt vor dem Aspekt knapper Haushalte immer stärker ins Bewusstsein kommunaler EntscheidungsträgerInnen. Als zentrale Frage stellt sich nun: Wie können mit schrumpfenden Budgets die gewünschten Resultate erzielt werden? Eines vorweg: es gibt kein „Universalrezept“, denn dafür ist das Grünflächenmanagement und die Grünflächenbetreuung österreichischer Städte und Gemeinden zu unterschiedlich organisiert. Sehr wohl existiert jedoch ein breites Spektrum an Anknüpfungspunkten, über welche Effizienzsteigerungen herbeigeführt werden

können. Diese manifestieren sich in Praktiken und der Verwendung institutionalisierter Instrumente, welche zwar oftmals aus der Notwendigkeit heraus entstanden sind, zwischenzeitlich jedoch in zahlreichen Städten und Gemeinden beachtliche Erfolge vorweisen können.

Kosten- und Leistungsrechnung

Grundvoraussetzung für ein effizientes Management von Tulpen & Co ist der Aufbau einer Kosten- und Leistungsrechnung. Diese gewährleistet, dass der tatsächliche Ressourceneinsatz für die erbrachten Leistungen ersichtlich wird. So kann beispielsweise eindeutig nachvollzogen werden, wie hoch der Personal- und Maschineneinsatz – nach Stundensätzen bewertet – für die Pflege des Verkehrsbeleitgrüns im Vergleichsjahr gewesen ist. In der kommunalen Praxis hat sich bewährt, für die Kostenerfassung Produkte zu definieren, die einerseits relevante Steu-

erungsinformationen für die Leitung eines kommunalen Gartenbetriebes (eventuell Teil des Bauhofs) bereitstellen, andererseits auf Ebene der Haushaltsstellen, als Grundlage für eine interne Leistungsverrechnung verdichtet werden können. Wesentliche Basis für die Gewinnung von Kosten- und Leistungsrechnungsinformationen ist die Führung von Stundenaufzeichnungen durch die MitarbeiterInnen im Grünflächenbereich. Sinnvoll erscheint, die Aufzeichnungen elektronisch zu führen, dadurch entfallen zusätzliche Datenmanipulationsarbeiten.

Ein weiterer Vorteil der Kosten- und Leistungsrechnung zeigt sich beim Suchen und Finden von Leistungen, die durch Dritte, also in Form einer Fremdvergabe, im Auftrag der Stadt oder Gemeinde durchgeführt werden können. Häufig zeigt sich, dass bei solchen Entscheidungen die Kosten der eigenen Leistungserbringung nur in ungenügender Weise berechnet werden. Somit scheint eine Fremdvergabe billiger, obwohl, bei korrekter Kostenberechnung, die Stadt oder Gemeinde die Leistung kostengünstiger erbringen könnte. Dieser Umstand zeigt sich zudem erst zeitverzögert, also wenn eine Vergabe bereits stattgefunden hat und häufig mehrjährige vertragliche Verpflichtungen eingegangen wurden, die ihrerseits nur sehr schwer revidiert werden können.

Ressourcensteuerung

Wenn allerdings erst transparent wird, welche Leistungen mit welchem Ressourceneinsatz erbracht werden, kann als nächster Schritt eine Verbesserung der Ressourcensteuerung angestrebt werden. Dies setzt eine Erfassung der zu betreuenden Bestandsdaten voraus, d.h. jener Flächen, die durch den kommunalen Gartenbetrieb im Jahresverlauf zu bewirtschaften sind. Mit den einzelnen Grünflächenob-

GRÜNRAUM STADT

Bei der Betreuung von Grünflächen stehen Wirtschaftlichkeit und Ressourcensteuerung im Mittelpunkt.



jekten (z.B. den einzelnen Parks der Kommune) werden Leistungsfelder (Mähen, Pflege und Düngen, Laubbeseitigung etc.) verknüpft und damit einhergehend die Leistungen mit dem erforderlichen Personalstundenbedarf pro Leistung/Aktivität und Häufigkeit pro Jahr bewertet. Aus der Summierung der Leistungsstunden pro Objekt ergibt sich der Gesamtleistungsaufwand, der für die Betreuung der gesamten Grünflächen erforderlich ist. Je nach Größe der Stadt bzw. Gemeinde und den formulierten Anforderungen können die Ausgestaltung und die Komplexität beträchtlich variieren. In der einfachsten Form zeigt es sich als Instrument der Ressourcenplanung bei bestehenden Leistungsstandards. Auch können Veränderungen im Personalstand auf die zu erbringenden Leistungen nachvollziehbar und transparent aufgezeigt und argumentiert werden.

Integrative Systeme

Integrierte Lösungen verknüpfen zusätzliche Komponenten mit der Ressourcenplanung. So können durch Abgleich der Plandaten mit den aus der Kosten- und Leistungsrechnung generierten Ist-Daten Abweichungsanalysen erstellt und damit wesentliche Steuerungsinformationen gewonnen werden. Oder es werden Jahresarbeitspläne erstellt, in welchen Auslastungsspitzen im Saisonzyklus erkannt und auf solche mit entsprechenden Personalstrukturmaßnahmen reagiert werden kann. Noch einen Schritt weiter geht die Integration von Geoinformationssystemen (GIS) – wie etwa in der Stadt Hamburg –, wo über ein solches die Bestandsdokumentation, die Auftragsdefinition, die Arbeitszeiterfassung und die Integration der

Leistungsdaten in eine Kostenträgerrechnung erfolgt.²⁾ Die Vorteile solcher Kostenmanagementsysteme sind vielfältig. Einerseits wird klar ersichtlich, für welche Bestandsobjekte welche Leistungen zu welchen Kosten anfallen. Übermäßige oder nicht nachvollziehbare Leistungszeiten können durch Abweichungsanalyse schnell identifiziert und entsprechend gegengesteuert werden. Für Bereichs- bzw. Betriebsverantwortliche weisen solche Systeme einen wichtigen Zusatznutzen auf. Die Mittelverwendung wird transparent und dem oftmals vorherrschenden Rechtfertigungsdruck kann mit konkret belegbaren Leistungsdaten begegnet werden. Andererseits können solche Systeme als standortpolitisches Steuerungsinstrument auf strategisch-politischer Ebene eingesetzt werden. Denn wenn knappe Haushalte bedingen, dass für den kommunalen Gartenbereich nur mehr beschränkte Mittel zur Verfügung stehen, können vorstehende Planungsinstrumente als Entscheidungshilfe eingesetzt werden, wohin die bestehenden Ressourcen kanalisiert werden sollen.

Pflanzen-Patenschaft

Um die Vielfalt und Qualität im Bereich der Grünflächen sicherzustellen, gehen einzelne Städte und Gemeinden mittlerweile unorthodoxe Wege. Ein Ansatz dafür ist die Stärkung des Ehrenamtes im Bereich der Grünflächenpflege. BürgerInnen

übernehmen Patenschaften für einzelne Grünflächen und pflegen diese mit Unterstützung der Gemeinde. Die Einbeziehung der BürgerInnen ist ein Beitrag zur Verbesserung der Identifikation mit der Gemeinde und trägt auch zu einer Reduktion der Kosten bei. Beispiele für die Einbeziehung der BürgerInnen sind unter anderem in Tulln und Stockerau zu finden. Als Conclusio bleibt festzuhalten, dass die kommunale Grünflächenbetreuung auch in Zukunft ein zentrales Handlungsfeld der österreichischen Städte und Gemeinden bilden wird. Dennoch wird auch dieses Handlungsfeld sich die Frage stellen müssen, wie mit bestehenden Mitteln bestmögliche Resultate erzielt werden können. Dies kann nur über Kostentransparenz, eine gezielte Ressourcensteuerung und ein Setzen von Betreuungsschwerpunkten erreicht werden, die in Zeiten knapper Haushalte geradezu als Prämissen eines wirtschaftlichen Einsatzes von öffentlichen Mitteln vorausgesetzt werden können. ■

Fußnoten

¹⁾ So bilden diese ein Bewertungskriterium für die Lebensqualität in diversen Rankings; auch wird zunehmend der „ökonomische Charme der urbanen Ökologie“ erkannt, d.h. der Zusammenhang von Grundstückspreisen in der Nähe kommunaler Grünflächen empirisch in Studien nachgewiesen.

²⁾ http://www.galk.de/arbeitskreise/ak_organisationsentwicklung/betriebswirtschaft/download/gris_hamburg_060308.pdf.



Grünflächenbetreuung: Mit weniger Kosten zum erwünschten Ergebnis.

Mehr Grün ins Grau

Immer dichter verbaute Städte verlangen nach besonderen Begrünungsmaßnahmen. Viele urbane Grünzonen sind für das Auge nicht ersichtlich, sondern verstecken sich in Innenhöfen und auf Dächern. Doch vor allem vertikale Begrünungsmaßnahmen werden immer beliebter und sind obendrein sehr funktional. Alle leisten einen wichtigen Beitrag zum Mikroklima.

Johannes Luxner, freier Journalist

Es ist ein Widerspruch: Während die Temperaturen klimawandelbedingt tendenziell steigen, zeigen sich immer mehr Stadtflächen durch Beton und Asphalt versiegelt. In der warmen Jahreszeit einmal durch die Sonne aufgeheizt, dauert die Abkühlphase umso länger. Schließlich wirken dicke Betonschichten wie ein riesiger Heizkörper, der auch spät am Abend noch viel Wärme abgibt und so vor allem in windstillen Phasen eine drückende Hitze erzeugt. Gift für das urbane Mikroklima, doch an vielen Orten kaum anders lösbar oder planerisch und in der Umsetzung zu unambitioniert. Das Opfern von Parkplatzflächen für mehr städtisches Grün in Form von Allee-Straßen gilt ohnehin als heißes politisches Eisen mit entsprechender emotionaler aufgeladenheit.

Dabei wird oft übersehen, dass sich dennoch viele städtische Flächen anbieten, um mehr Grün ins Grau zu bringen. Vor allem in größeren Städten verstecken sich hinter vielen Fassaden unvermutet großzügige Innenhöfe, deren Begrünung lediglich eine Frage des Willens ist. Ein ebenso altes wie gutes Beispiel ist der bereits in den 1970er-Jahren entstandene Planquadrat-Garten in Wien Wieden. Die Innenhofbereiche eines großen Häuserblocks im 4. Gemeindebezirk wurde damals auf Initiative von AnrainernInnen zu einem großen innerstädtischen Gartenbereich zusammengefasst, der für die Öffentlichkeit zugänglich ist und so eine versteckte Oase inmitten Wiens bildet. Betreut wird die Grünzone durch einen Gartenhof-Verein. Vor allem ein angrenzendes Kindertagesheim der Stadt Wien profitiert so von dieser ungewöhnlichen städtischen Situation.

Doch wenn über das städtische Grün des 21. Jahrhunderts gesprochen wird, ist vor allem von vertikalen Begrünungsmaßnahmen die Rede, die sich international bereits



größter Beliebtheit erfreuen und in vielen technischen Ausformungen zu finden sind. Augenfälliges hiesiges Beispiel ist etwa das Amtshaus Einsiedlergasse der Wiener MA 48, dessen Fassade hin zum Margaretengürtel ebenso begrünt wurde und so bereits von weitem sichtbar einen grünen Akzent inmitten einer höchst verkehrsreichen Gegend bildet.

Die spezielle Bepflanzung, die in Kooperation mit der Universität für Bodenkultur entwickelt wurde, zieht sich als 2850 Laufmeter langes System aus Trögen über die insgesamt 850 m² große Fassadenfläche. Bewässert werden sie mit speziellen Tropfschläuchen.

Dass für vertikale Begrünungen nicht einmal Erde nötig ist, beweist Patrick Blanc. Der Franzose benützt für seine weltweit zu findenden Vertikalbegrünungen ein spezielles Vlies, das die Pflanzenerde ersetzt. Gegossen wird, indem das Vlies, das mit etwas Abstand zur Fassade an den Häusern ange-



Die Innenhofbegrünung erfreut sich größter Beliebtheit.

bracht wird, regelmäßig mit Wasser und Nährstoffen feucht gehalten wird. Ein höchst undogmatischer Ansatz, der international bereits von vielen ArchitektInnen aufgegriffen wurde und auch den Praxistest in kälteren Regionen bestanden hat. Und damit auch bestätigt, dass grüne Städte in erster Linie eine Frage des Willens sind. ■

Das Planungsleitbild der Wiener Stadtgärten

Das kürzlich erstellte „Leitbild zur Parkgestaltung“ beinhaltet strategische Zielvorstellungen für die Neu- und Umgestaltung von Wiener Parkanlagen.

Franz Joachim Chen, Wiener Stadtgärten

Dieses Leitbild soll vor allem externen Planungsbüros und politischen AuftraggeberInnen unserer Parkanlagen eine Grundorientierung vorgeben und inspirierend wirken. Diese Richtlinien sind als Gestaltungsrahmen zu werten. Sie sind zwar bei jeder Neu- und Umgestaltung verbindlich, aber im Detail bei jeder Grünanlage spezifisch und selektiert

anzuwenden. Das Wiener Parkleitbild ist kein statisches Korsett, sondern wird kontinuierlich weiterentwickelt, um den Anforderungen einer modernen Parkanlage des 21. Jahrhunderts anhaltend zu entsprechen.

Hier das Leitbild auszugsweise (das vollständige Leitbild findet sich als

pdf-Download auch auf unserer Homepage:
www.wien.gv.at/umwelt/parks/stadtgaerten.html):

1. Generelle Planungsansätze

- Entwicklung einer authentischen, ortsspezifischen Gestaltungslösung für jede Park- und Grünanlage.
- Räumliche und funktionelle Vernetzung von Frei- und Lebensräumen

in den Parkanlagen und mit deren Umfeld/Umland.

- Alltagsgerechtes Planen (Barrierefreiheit, Durchquerung, Nachhaltigkeit in der Erhaltung, Installation von Trinkbrunnen etc.).
- Nutzungsgerechte Raumbildung und Organisation; Schaffung vielfältiger Erholungsräume.
- Berücksichtigung der Prinzipien des Gender Mainstreaming.
- Berücksichtigung einer angestrebten



AGRU Kunststofftechnik GmbH

Ob Rohre, Platten oder Dichtungsbahnen – AGRU ist seit über 50 Jahren auf Ihrer Seite.

AGRU Kunststofftechnik zählt mit 800 Mitarbeitern zu den bedeutendsten internationalen Herstellern innovativer Kunststoffprodukte wie Rohre, Halbzeuge, Betonschutzplatten und Dichtungsbahnen. Unsere 50-jährige Erfahrung und kompetenteste technische Beratung sowie unsere ISO 9001 Zertifizierung sind die Basis für die einzigartig hohe Produktqualität.

Mit einem Exportanteil von 90% hat sich AGRU einen internationalen Namen gemacht und sorgt aufgrund seines Know-hows vor allem im

Rohrleitungs- und Apparatebau wie auch in der Umwelttechnik für maximale Sicherheit und Zufriedenheit – dabei hat AGRU natürlich den nachhaltigen Umweltschutz immer im Auge.

Egal ob Tunnel, Abwasser- und Bewässerungskanäle oder Gerinne und Auffangräume, oberstes Gebot ist absolute Dichtheit für Generationen. Speziell für Hoch- und Tiefbau konzipierte Produkte von AGRU sind für die Umwelt nicht belastend, korrosions- und anhaftungsfrei sowie im System flexibel für jeden Einsatz.



- Beständigkeit; Erstellung eines Pflegekonzeptes.
- Minimierung der Lärmkonflikte mit AnrainerInnen (durch Distanz und Materialwahl).
- Berücksichtigung der Hundeproblematik – Lösung durch Schaffen von Hundezonen und Hundeverboten – wenn möglich.
- Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte
- Sensibler Umgang mit Pflanzen, die als Neobiota eingestuft sind
- Berücksichtigung von Mehrfachnutzung.
- Berücksichtigung der Auflagen der Umweltbehörde (bei unter Naturschutz stehenden Anlagen).
- Berücksichtigung der Auflagen des Bundesdenkmalamtes (bei unter Denkmalschutz stehenden Anlagen).

2. Zuständigkeit für Neu- und Umgestaltungen

Die Um- bzw. Neugestaltung von öffentlichen Park- und Grünanlagen, sowie von deren Teilbereichen, erfolgt ausschließlich durch bzw. in Abstimmung mit der Planungsgruppe der Wiener Stadtgärten. Planfreigabe erfolgt durch die Abteilungsleitung.

3. BürgerInnenbeteiligung

- Start der BürgerInnenbeteiligung im Vorfeld der Planung in Abstimmung mit dem Bezirk.
- Berücksichtigung der realisier- und finanzierbaren Wünsche und Ideen der ParkbenutzerInnen in mindestens drei Etappen:
 - Vorstellung der Rahmenbedingungen und Einholung der Wünsche
 - Feedback zum Planungszwischenstand einholen
 - Präsentation der fertigen Planung
- Moderation durch externe AuftragnehmerInnen oder Organisationen.
- Ziel: Identifikation der ParkbenutzerInnen mit dem Park.

4. Sicherheitsbedürfnis

- Ausreichende Parkbeleuchtung
- Transparenz (Einsehbarkeit und soziale Kontrolle)

- Vermeidung von Angsträumen: Maßnahmen zur Entschärfung vorhandener bzw. Entfernung bestehender Angsträume.
- Berücksichtigung des Sicherheitsbedürfnisses in Zusammenhang mit baulichen Elementen, Bepflanzung und Bodenmodellierung.

5. Barrierefreie Ausgestaltung

- Die Parkanlage und ihre einzelnen Funktionsbereiche sollen barrierefrei erreichbar und durchquerbar sein.
- Auf Basis folgender Gesetze, Verordnungen, Normen und Richtlinien:
 - Bundesverfassungsgesetz
 - Bauordnung für Wien
 - Einhaltung einschlägiger Stadt-Wien-interne Erlässe
 - Bundesvergabegesetz
 - ÖNORM B 1600 , B1601
 - ÖNORM B 2607 Spielplätze
 - ÖNORM EN 1176
- Insbesondere Berücksichtigung bei der Ausgestaltung von Spielplätzen und Spielplatzeingängen.
- Bautechnische Planungsaspekte:
 - Erschließungswege ohne Stufen
 - Entsprechende Rampen
 - Entsprechende Wegebeläge

6. Gender Mainstreaming

- Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse aller NutzerInnengruppen (Alter, Geschlecht, ...), basierend auf:
 - „Planungsempfehlungen zur geschlechtssensiblen Gestaltung von öffentlichen Parkanlagen“.
 - „Berücksichtigung von Gender - Mainstreaming bei der Gestaltung von Parkanlagen und Bewegungsangebot für ältere Menschen im öffentlichen Raum“.
- Mädchen und andere durchsetzungsschwächere Gruppen sollen sich „Raum aneignen“ können.

7. Spielplatzausgestaltung

7.1 Kinderspielplätze

- Spielplatzgestaltung unter Berücksichtigung der ÖNORM B 2607 und EN 1176.
- Vorzugsweise ortsspezifische The-



Mehr als die Hälfte des Wiener Stadtgebietes ist urbanes Grün.

- mensspielplätze mit Kinderbeteiligung
- Möglichkeit zum kreativen Spiel
- Spielräume gestalten – nicht nur ausstatten
- Berücksichtigung aller Altersklassen
- Schaffung von integrativem Spielangebot
- Kleinkinderspielplätze wenn möglich einfrieden
- Gestalterische Berücksichtigung des generellen Hundeverbots auf Spielplätzen
- Zufahrtsmöglichkeit für Erhaltungsmaßnahmen
- Schaffung von naturnahen Spielräumen in landschaftlich gestalteten Parks
- verstärkte Berücksichtigung des Elements Wasser
- auch Schattenbereiche vorsehen

7.2 Generationenspielplätze

Auf Basis der Recherche „Berücksichtigung von Gender Mainstreaming bei der Gestaltung von Parkanlagen und Bewegungsangebot für ältere Menschen im öffentlichen Raum“

- Für alle Generationen
- Zur generationenübergreifenden Gesundheitsförderung
- Kommunikative Ausrichtung der Möblierung
- Sitzmöglichkeiten im Nahbereich
- Geräte auch wegbegleitend
- Auch Schattenbereiche vorsehen

7.3 Nutzungsoffene – Multifunktionale Bereiche

Raum schaffen für verschiedene Nutzungsarten in Bezug auf Bewegung, Spiel, Kommunikation, Naturerfah-

rung und Aufenthalt. (Parallel- oder Einzelnutzung)

7.4 Ballspielplätze

- Berücksichtigung der Trendsportarten (Streetball, Beach-Volleyball,...) neben den traditionellen Sportarten (Fußball, Basketball, Volleyball, Tischtennis)
- Zum Teil offene Ballspielplätze – auch für Mädchen und durchsetzungsschwächere Gruppen einladend.
- Mindestens zwei Ein- und Ausgänge sind vorzusehen.
- Schallgedämmte Ballfanggitter
- Wenn möglich, teilweise berankt.
- Wenn möglich, auch schalldämmende Beläge (v. a. bei Basketball).
- Wenn möglich, Berücksichtigung der Richtlinien des Österreichischen Instituts für Schul- und Sportstättenbau

8. Benutzbare Rasenflächen – „WIESE FREI“

Ausgestaltung der Parkanlagen, dass entsprechend der Wiener Grünanlagenverordnung Liegen und Verweilen in Rasenflächen öffentlicher Park- und Grünanlagen zum Zwecke der Erholung möglich ist.

9. Bepflanzung

- Pflanzenauswahl muss dem Sicherheitsaspekt und der Transparenz entsprechen. (Wuchshöhe, Wuchsform, räumliche Gliederung, etc.)
- Giftpflanzen vermeiden, keine Verwendung im Nahbereich von Kinderspielplätzen.
- Keine Verwendung von dornigen und stacheligen Pflanzen im Spielbereich.
- Keine Verwendung von feuerbrandgefährdeten Pflanzen.
- Vorzugsweise Verwendung von stadt- und standortgerechten Pflanzen in Hinblick auf Stadtklima, Nutzungsdruck und Erhältbarkeit.
- Einheitliches, großzügiges, farblich abgestimmtes Gesamtkonzept.
- Abstimmung des Bepflanzungskonzeptes auf den Anlagentypus (urban oder landschaftlich).
- Nachpflanzungen und Ergänzungen nur entsprechend dem ursprünglichen Bepflan-

Finanztipp

Energieautarkie in Gemeinden Investieren in Windenergie

Im Rahmen der „Initiative Energie“ der Kommunalkredit werden verschiedene Schwerpunkte gesetzt. Windenergie hat sich in den letzten 20 Jahren in Europa zu einem wichtigen Baustein der Stromerzeugung entwickelt. Mit der neuen Studie „Investieren in Windenergie 2012“ werden daher ein Mehrwert geschaffen und Kommunen auf ihrem Weg zu den Energien der Zukunft unterstützt.

Innerhalb der Europäischen Union deckt die Windkraft derzeit 5,3 % der Stromnachfrage und ca. 35 % der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Nach den Plänen der EU-Kommission sollen die Windkraftkapazitäten von 84 GW 2010 auf 222 GW im Jahr 2020 gesteigert werden. Diese Kapazitätsausweitung erfordert jährliche Investitionen von rund 20 Milliarden Euro.



Die neue Windenergiestudie der **Kommunalkredit Austria** und **von PwC Österreich**

bietet erstmals einen Überblick über die Rahmenbedingungen für Windkraftanlagen in Österreich, Deutschland sowie im CEE-Raum. Besonderes Augenmerk wurde auf Investitionsvoraussetzungen im Bereich der Windenergie sowie Finanzierungsmöglichkeiten in den einzelnen Ländern gelegt.

Neben den positiven Umwelteffekten gehen von der Windenergiebranche auch nachhaltige wirtschaftliche Impulse aus. 2010 wurden etwa 189.000 Personen in der Branche in Europa direkt beschäftigt. Mit dem Ausbau der Windkraft wird eine Steigerung der Arbeitsplätze auf 462.000 bis 2020 erwartet.

Innerhalb der EU stammen lediglich 3,3 % der Gesamtkapazität aus Windkraftanlagen aus den neuen EU-Mitgliedsländern Osteuropas. Viele der in dieser Studie aufgenommenen Länder heben sich durch besondere Windgunstanlagen hervor und verfügen daher über hervorragende Voraussetzungen für den Ausbau von Windkraft.

Allerdings hängt die Entwicklung der Stromeinspeisung aus Windkraftanlagen nicht nur von den naturräumlichen Gegebenheiten, sondern vor allem auch von rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Tarif- und Förderungssystemen, Genehmigungsläufen, Netzeinspeisebedingungen, Übertragungskapazitäten und finanztechnischen Voraussetzungen ab.

Die Studie können Sie bei der Kommunalkredit anfordern oder von der Homepage downloaden.

www.kommunalkredit.at

zungskonzept. Änderungen nur nach Freigabe durch Planungsgruppe der Wiener Stadtgärten.

- Kletterpflanzen bei baulichen Objekten (Zäune, Mauern, etc.) als Begrünungselement vorsehen, ohne Einschränkung von Transparenz-Erfordernissen.

10. Parkausstattung

10.1 Bänke und Tische

Aus Erhaltungsgründen auf wenige Typen beschränkt:

- Bei zeitgenössischen, modernen Anlagen: Stahlrohrbank
- Bei historischen Anlagen: Altstadtbank (Gusseisenbank) oder Schmiedeeisenbank (Flachstahlbank)
- Tisch-Bank-Kombinationen Type „Wienerwald“ oder „Senior“.
- Bodenverankerung ist vorzusehen.

10.2 Multifunktionale Sitzelemente, alternative Relax Möbel

z. B. Wellenliege, Sitzpodeste, Sitzballen, etc.

10.3 Abfallbehälter

- Standard 110 L mit Aschenrohr.
- Bei Spielplatzeingängen Modell „Otto“ mit Aschenrohr,

10.4 Hundesackerl-Dispenser

Vor allem bei Parkhaupteingängen vorsehen.

10.5 Pergolen, Flugdächer, Pavillons, Jugendtreffs

Auf Transparenz und Einsehbarkeit ist zu achten.

10.6 Trinkbrunnen

Bei allen zeitgenössischen, modernen Anlagen Edelstahltrinkbrunnen mit Gitterabdeckung. Bei historischen Anlagen: Altstadt Trinkbrunnen. Zusätzliches Einlaufgitter ist vorzusehen.

10.7 Parkbeleuchtung

Umweltfreundliche und insektenschonende Beleuchtung

10.8 Parktafeln

Park- und Orientierungstafeln sind einheitlich und entsprechend dem Regeldeutail der Wiener Stadtgärten vorzusehen.

10.9 Einfriedung

- Bei Ballspielkäfigen nur mit Körperschallisolation; bei angrenzenden Straßenraum verpflichtend, im Park anzustreben: 5m hoch mit Netzabdeckung.
- Pflanzflächeneinfriedungen sind an exponierten Stellen und in intensiv genutzten Bereichen vorzusehen: Beeteinfassungszaun, oder Sezessionsgitter.

10.10 Automatische Bewässerungsanlagen

sind bei jedem Neu- und Umbau vorzusehen.

11. Wegebeläge

- Abstimmung der Materialien auf den Agententypus
- zum Teil versickerungsfähig – Pflasterungen, „Stabilizerdecke“, Lavadecke, kunstharzgebundene Decken,...

- Wassergebundene Decke: Wenn erforderlich, nur in Kombination mit automatischer Bewässerungsanlage. Unter Parkmöbel nur in Kombination mit Gitterrost oder Pflasterung.
- Schalldämmende Beläge auf Ballspielplätzen (EPDM – Belag)
- Hauptwege sollen winterlich betretbar sein.

12. Hundezone

- Muss verordnet werden
- Muss mit Tafeln gekennzeichnet sein
- Zaun mind. 1 m hoch
- 2 nach innen schwingende, selbstschließende Türen
- Sackerl-Dispenser ist vorzusehen
- Befestigter Weg und Sitzplätze nach Bedarf
- Ausstattung nach Bedarf: Sitzmöglichkeiten, Mistkübel mit Aschenrohr, Trinkbrunnen, „Pinkelsteine“

13. Naturnahe Bereiche (extensiv bewirtschaftete Wiesen und Brachen)

Die Umsetzung der in diesem Punkt angeführten Ziele ist unter folgenden Voraussetzungen anzustreben:

- örtlich möglich (Agententypus)
- hinsichtlich Flächenausmaß möglich
- entspricht der Aufgabenstellung seitens der politischen Auftraggeberin
- entspricht den Ergebnissen der BürgerInnenbeteiligung

13.1 Relief & Biotopvielfalt

- Lebensräume für geschützte Pflanzen und Tiere schaffen und erhalten
- Natürliche Standorteigenschaften be-

treffend Boden, Geologie, Wasser, Fauna und Flora sichtbar und erlebbar machen

- Errichtung von Feuchtbiosphären fördern.
- Funktion als Trittsteinbiotop fördern.
- Versiegelungsrate auf ein Minimum reduzieren

13.2 Pflanzenvielfalt & Insektenvielfalt

- Zulassen von Flächen für Spontanvegetation/Sukzessionsflächen
- Vorzugsweise Verwendung von stad- und standortgerechten Pflanzen in Hinblick auf naturschutzfachliche Wertigkeit
- Berücksichtigung der Auflagen der Umweltschutzbehörde bei Vorkommen streng geschützter Tier- und Pflanzenarten

13.3 Pflege und Erhalt

- Extensives Bewirtschaften mit max. 2-maliger Mahd und Vermeidung der Nährstoffanreicherung.
- Geeignete Bereiche vorsehen (je nach örtlicher Situation), in denen Falllaub über den Winter belassen werden kann

13.4 Ort der Wiedererkennung & Naturerfahrung

- Belassen von autochthonem Erdreich um das lokale Saatgut für die Begrünung zu nutzen -> Identität der ursprünglichen Vegetation & Insektenvielfalt erhalten.
- Naturzonen sollen als klar sichtbare und im gärtnerischen Gesamtgefüge integrierte Flächen erkennbar sein.
- Bevorzugt naturnahes Regenwassermanagement anwenden

Edelstahlbrunnen versorgen Mensch und Tier mit Wasser.

Das Straßengrünleitbild der Wiener Stadtgärten

Das kürzlich erstellte „Leitbild zur Gestaltung von Straßenbegleitgrün“ ist ein technisch-rechtlicher Leitfaden für Alleen und Bepflanzungen im Straßenbereich.

Franz Joachim Chen, Wiener Stadtgärten

Das Leitbild richtet sich an alle (Einbauten-)Dienststellen, welche im Straßenbereich und somit im Bereich des Straßengrüns tätig sind. Auf Fragen des Baumschutzes und der einschlägigen ÖNORM sowie gartengestalterischer Art, punkto Einheitlichkeit, Sicherheit und Erhältbarkeit wird darin Bedacht genommen.

Hier das Leitbild auszugsweise (das vollständige Leitbild findet sich als pdf-Download auch auf unserer Homepage: www.wien.gv.at/umwelt/parks/stadtgaerten.html):

1. Generelle Planungsansätze

- Entwicklung einer einheitlichen dem Umfeld entsprechenden Gestaltungslösung für das Straßengrün.
- Berücksichtigung der Erfordernisse der Verkehrssicherheit.
- Alltagsgerechtes Planen
- Gewährleistung von ausreichender Beleuchtung
- Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte.
- Bei parkähnlicher Ausgestaltung kommt das Wiener Parkleitbild zur Anwendung

2. Gesetze, Normen, Richtlinien

- STVO Licht- und Verkehrsraum
- ÖNORM B2533
- Das Wiener Leitbild für den Öffentlichen Raum
- Projektierungshandbuch für den Öffentlichen Raum
- ÖNORM L 1110 Pflanzen – Gü-

- teanforderungen, Sortierungsbestimmungen
- Pflanzanleitung für Straßenbäume der Wiener Stadtgärten
- Baumanbindung der Wiener Stadtgärten
- Favoritenliste Straßenbäume der Wiener Stadtgärten

3. Sicherheitsbedürfnis

- Transparenz (Einschbarkeit und soziale Kontrolle)
- Vermeidung von Angsträumen: Maßnahmen zur Entschärfung vorhandener bzw. Entfernung bestehender Angsträume.
- Berücksichtigung des Sicherheitsbedürfnisses in Zusammenhang mit Bepflanzung und Bodenmodellierung.

4. Bepflanzungsgrundsätze

- Bepflanzungen, welche die Grundzüge der Wiener Stadtplanung beeinflussen (Stadtachsen, Sichtachsen, historischer Bestand) sind nur in Abstimmung mit der Planungsgruppe der Wiener Stadtgärten möglich.
- Pflanzenauswahl muss dem Sicherheitsaspekt und der Transparenz entsprechen
- Berücksichtigung der Straßenbaumliste der Wiener Stadtgärten
- Wechselbepflanzung ausschließlich entsprechend dem jeweils gültigen Pflanz- und Farbkonzept der Stadt Wien.
- Verwendung von stadtgerechten Pflanzen in Hinblick auf Stadtklima, Nutzungsdruck und Erhältbarkeit.
- Einheitliches, großzügiges, farblich abgestimmtes Gesamtkonzept.

- Nachpflanzungen und Ergänzungen nur entsprechend dem ursprünglichen Bepflanzungskonzept vornehmen.

5. Bestandsstrassengrün

- Nachpflanzungen sollen grundsätzlich in derselben Baumart, bzw. -sorte erfolgen, mit welcher der Bestand im Straßenzug gegeben ist (Ausnahme: bestehende Baumart nicht tauglich).
- Änderungen der bestehenden Baumart, bzw. -sorte nur nach Freigabe durch die Abteilungsleitung.

6. Alleeabäume Pflanzenkriterien:

- Abstände in der Allee bei säulenförmigen Bäumen mindestens 5m, bei mittel- bis großkronigen Bäumen mindestens 11m und zur Fassade mindestens 4,5m.
- Baumart lt. Richtlinie Favoritenliste MA 42
- Standardqualität STU 20/25, STH 300, Qualität Mindestgröße STU 18/20, STH 250

Baumscheibe:

- Baumscheibengrößen lt. Projektierungshandbuch ausführen, versickerungsfähige Oberfläche (Ausnahme Pflaster mit Sandfuge) mindestens 9 m²; gepflasterte Baumscheiben mit Sandfuge mindestens 25 m².
- Baumscheibeneinfassung erhöht; verhindert Einsickern von verunreinigten Oberflächenwässern und Sole.
- Die Ausführung der Baumscheibeneinfassung sollte den größtmögliche Pflanzraum gewährleisten (z.B. Schalung).

- Baumscheibenoberfläche – Befestigt: Lavagranulat, Stabilizerdecke, Pflaster, kunstharzgebundene Splittdecke
- Unbefestigt: Rinde, Holzhäckselsplitt / oder Unterpflanzung

7. Grünstreifen

- Die Mindestbreite von 2,5 m und eine Gesamtfläche von 25 m² soll nicht unterschritten werden.
- Max. Neigungsverhältnisse von 1:3 für Grünflächen mit einer Berme am Böschungsfuß und einer Mindestbreite von 0,50 m an der Böschungskrone.
- Grünflächeneinfassung erhöht; verhindert Einsickern von verunreinigten Oberflächenwässern und Sole.

8. Mobiles Grün

- Auf Grund des hohen Erhaltungsaufwandes soll auf Mobiles Grün (Tröge) möglichst verzichtet werden.
- Aufstellung nur in Abstimmung mit der Stadtgestaltung
- Die Dimension von Gefäß und Bepflanzung ist aufeinander abzustimmen (z.B. Baumpflanzung - hoher Trog, Sommerblumenbepflanzung - niedriger Trog).

9. Einfriedungen

- Pflanzflächeneinfriedungen sind an exponierten Stellen und intensiv genutzten Bereichen unbedingt vorzusehen:
- Ballspielkäfige nur mit Körperschallisolation, 5m hoch mit Netzabdeckung.



MACH URLAUB IN WIEN!

Wer die Sommermonate in Wien verbringt, für den gibt es eine große Vielfalt an Freizeitmöglichkeiten: von einem Besuch am Bauernhof über den Lainzer Tiergarten bis zum Wasserspielplatz in Favoriten oder zum ZOOM Kindermuseum – es ist für alle Altersgruppen etwas dabei, um den Sommer genießen zu können.



Fotos: G. Gäderte (1), Christian Houdek / PND (1), ZOOM (1)

MIT BADEHOSE ODER RUCKSACK – der Sommer soll Spaß machen! Mehr Infos dazu auf www.landgutcobenzl.at, www.wald.wien.at, www.wien.at/umwelt/parks/anlagen/wasserspielplaetze und www.kindermuseum.at



Mitten in Wien kann man Natur erleben. Das geht am Kinderbauernhof am Cobenzl oder im Lainzer Tiergarten. Oder wie wäre es mit einem Plantschvergnügen am Wasserspielplatz? Bei Schlechtwetter ist die ideale Alternative die spannende Mitmach-Schau im ZOOM Kindermuseum.

ZU BESUCH AM BAUERNHOF

Der Schaubauernhof am Cobenzl mit artgerechter Tierhaltung präsentiert typische landwirtschaftliche Nutztiere. Jede Tierart hat einen Stall mit Vorplatz sowie eine Weide zur Verfügung. Pferde, Schweine, Ziegen, Kaninchen, Schafe, Kühe, Hühner, Puten, Enten und Gänse sind am Landgut Cobenzl zu Hause. Es ist auch ein beliebter Freizeit- und Erholungsort für Familien. Für Stadtkinder gibt es viel zu erleben und zu bestaunen. Auf unterhaltsame und informative Weise erfahren sie Wissenswertes über Natur und Landwirtschaft. Ein Besuch des Naturerlebnispfades am Landgut Cobenzl mit seinen zahlreichen Stationen ist ebenfalls ein interessantes Ausflugsziel. Dort gibt es unter anderem einen Barfußweg, einen Kräutergarten, eine Duftstation und einen Lesesteinhaufen.

ENTDECKUNGSREISE IN DIE NATUR

Die alten Baumriesen des Naturwaldreservats Johannser Kogel und die vielen nachtaktiven Tiere im Lainzer Tiergarten sind nur einige der Highlights, die man 2012 im Lainzer Tiergarten entdecken kann. Ein Waldlehrpfad und ein Naturlehrpfad informieren über den Lebensraum Wald. Bei einer dreistündigen Kräuterwanderung erfahren Kinder und Erwachsene mehr über Wildpflanzen, und lernen dabei, welche zum Verzehr geeignet sind oder

welchen sogar Heilkräfte zugeschrieben werden. Außerdem bietet der Wienerwald Lebensraum für ca. 150 Brutvogelarten. Bei einer Wanderung durch den Lainzer Tiergarten lernen die BesucherInnen auch, die Vögel anhand ihrer charakteristischen Gesänge zu unterscheiden.

DAS ELEMENT WASSER

Der 15.000 Quadratmeter große Wasserspielplatz in Favoriten bietet ganz besondere Attraktionen. Ein Erlebnispfad stellt den Weg des Trinkwassers von den Alpen bis in unsere Hauptstadt nach. Er führt vom Quellberg über ein Aquädukt zum Spiel-Wasserturm. Parallel zeigen Wasserfälle, Bäche und ein Teich den natürlichen Weg des Wassers. Alle Stationen des Wasserweges sind interaktiv: verbunden sind sie unter anderem durch eine Hängebrücke und zwei Seilfähren. So lernen die Kinder beim Plantschen mit viel Spaß und Spiel alles über das Element Wasser. Die große Besonderheit: Der größte und modernste Wasserspielplatz Europas ist auf einem unterirdischen Wasserbehälter gebaut! Insgesamt gibt es 30 solcher Reservoirs mit einem Fassungsvermögen von 1,6 Millionen Kubikmetern.

VOM SCHMATZEN UND MAMPFEN

Essen und Trinken sind lebensnotwendig und herrlich. In der Mitmach-Ausstellung im ZOOM Kindermuseum erfahren die Kinder, was satt macht und gesund hält und welche Nährstoffe unser Körper braucht. Außerdem wird darüber informiert, wo unsere Nahrungsmittel herkommen und welche Inhaltsstoffe unsere Lieblingspeisen haben. Die Kinder können auch einen ausgewogenen Mittagsteller selber zusammenstellen.

ÖsterreicherInnen in EU-Institutionen:

Matthäus Buder

Nationaler Experte in der Europäischen Kommission,
Generaldirektion Wettbewerb,
Bereich: Staatliche Beihilfen für Banken



Im März 2009 entsandte mich die Österreichische Nationalbank (OeNB) als Nationalen Experten nach Brüssel in die Europäische Kommission, Generaldirektion Wettbewerb. Die Aufgabe dieser Generaldirektion ist die Sicherstellung eines funktionierenden wirtschaftlichen Wettbewerbs in der EU, unter anderem durch die Kontrolle von staatlichen Beihilfen. Im Zuge der weltweiten Finanzkrise mussten Staaten eine Vielzahl von Finanzinstituten mit Kapitalbereitstellungen, Garantien, sogenannten „Bad Banks“ und sonstigen Maßnahmen stützen. Ich arbeite im Bereich der Prüfung und Genehmigung staatlicher Beihilfen bzw. Beihilferegulungen für Großbanken und weitere Banken, beispielsweise aus Deutschland, Österreich, Griechenland und der Slowakei.

Schwerpunkte der Arbeit, die in sogenannten „Case Teams“ durchgeführt wird, sind:

- Prüfung der Beihilfen für die Banken auf Konformität mit den EU-Beihilfavorschriften. Dies inkludiert die Prü-

fung von Umstrukturierungsplänen der Banken, einschließlich deren Lebensfähigkeit;

- Teilnahme an Verhandlungen mit Vorstandsmitgliedern der Banken sowie mit nationalen Behörden (zum Beispiel Finanzministerien) zur Rettung und Umstrukturierung der Banken;
- Verfassen von Kommissions-Beschlüssen zur Genehmigung der Beihilfen.

Seit 2010 nehme ich zudem als eines der Mitglieder des Finanzsektor-Teams der Griechenland-Troika an Verhandlungen in Athen über Reformen im griechischen Bankensektor teil. Die Troika besteht aus Vertretern der Europäischen Kommission, der EZB und des IWF.

Vorsitzender der ExpertInnen

Meine Arbeitssprache in der Kommission ist vorwiegend Englisch, aber auch Deutsch. Fachvorträge und das Mitverfassen von Fachartikeln zu den Themen EU-Beihilfekontrollpolitik und Finanzkrise runden mein Aufgabengebiet ab. Seit Juni 2010 bin ich ehrenamtlicher Vorsitzender der zirka 50 Nationalen Ex-

pertInnen, die von österreichischen Institutionen in die Europäische Kommission, in das Europäische Parlament und in den Europäischen Rat entsandt wurden. In dieser Funktion organisiere ich regelmäßig Treffen und bin für die Kontaktpflege mit der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU in Belangen der Nationalen ExpertInnen zuständig. Ich trat 2001 im Alter von 20 Jahren in die OeNB ein und war dort rund acht Jahre im Bereich Zahlungsverkehr in Wien tätig; einige Zeit als stellvertretender Projektleiter. Vor meiner Entsendung in die Kommission arbeitete ich von Februar 2009 bis Mitte März 2009 in der OeNB-Repräsentanz in Brüssel und befasste mich unter anderem mit Europäischen Finanzthemen.

Neben meiner Tätigkeit in der OeNB studierte ich BWL an der Wirtschaftsuniversität Wien (Sponsion im Jahr 2008 zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften). Von 2000-2001 war ich Mitarbeiter bei Raiffeisen. Zuvor sammelte ich ab 1996 Banken-Erfahrung im Rahmen mehrerer Feriapraktika.

Hohe Auszeichnung für EU-Kommissar Johannes Hahn

Landeshauptmann Dr. Michael Häupl überreichte kürzlich EU-Kommissar Dr. Johannes Hahn, Bundesminister a.D., das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.



Michael Häupl verwies in seiner Laudatio auf die langjährige Verbindung mit Hahn durch den politischen Diskurs, der trotz mancher unterschiedlicher Auffassungen immer ein positiver gewesen sei. Sie beide seien überzeugte Europäer, gegen Hetze und Populismus und für ein friedvolles Miteinander der Menschen in

Europa. Eine weitere Überzeugung, die sie beide teilten, sei die Bedeutung von Forschung und Entwicklung, wobei Häupl den Einsatz von Hahn für eine Anhebung der finanziellen Forschungsaufwendungen würdigte. Häupl betonte, dass seit Hahns Amtsantritt als EU-Kommissar die Bedeutung der Städte in der

EU-Politik stark gewonnen habe: was mit Sicherheit mit der langjährigen Tätigkeit Hahns als Stadt-Politiker zu tun habe. Schließlich seien die Städte die Wirtschaftsmotoren Europas, und funktionierende Städte seien von enormer Wichtigkeit für Frieden und Wohlstand in Europa.

Konsumenten von morgen können schon heute ihren Beitrag für schonende Nutzung von Rohstoffen leisten

Mit der größten jemals durchgeführten Schülerbefragung zum Thema „Richtige Entsorgung von Elektroaltgeräten und Gerätealtbatterien“ soll Österreichs Jugend nun für dieses wichtige Thema sensibilisiert werden. In Zusammenarbeit mit Abfallberatern werden österreichweit mehr als 2000 9-14-Jährige befragt und gleichzeitig über die schonende Nutzung und richtige Verwertung von Rohstoffen in Altgeräten und Batterien informiert.

Ressourceneffizienz, der sorgsame und nachhaltige Umgang mit Rohstoffen, wird im 21. Jahrhundert ein immer wichtigeres Thema. Natürliche Rohstoffreserven werden knapp, gleichzeitig liefert aber beispielsweise eine Tonne ausgedienter Mobiltelefone bis zu 50 Mal mehr Gold als eine Tonne Golderz. „Gerade für die technikaffine Zielgruppe der heute 9 bis 14-Jährigen wird es in ihrem Leben von größter Bedeutung sein, dass mit den vorhandenen Rohstoffen sorgsam umgegangen wird bzw. diese auch wieder gesammelt und in weiterer Folge verwertet werden“, so Mag. Elisabeth Giehser, Geschäftsführerin der Elektroaltgeräte Koordinierungsstelle. Dass Abfallberater Informationstage in Schulen abhalten, hat bereits Tradition in Österreich. Seit Mai 2012 erhalten darüber hinaus mehr als 2000 Schüler

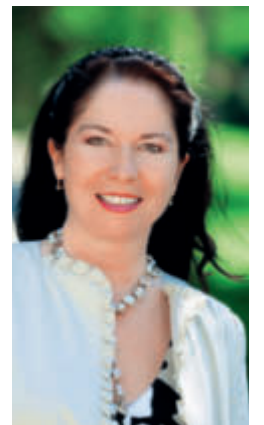
und Schülerinnen der 4. bis 8. Schulstufe spezielle, auf das Alter abgestimmte Fragebögen, um den Wissensstand der Kinder und Jugendlichen in allen Bundesländern abzufragen.

Die Ergebnisse der Befragung werden im Sommer 2012 von der Koordinierungsstelle ausgewertet. „Uns geht es nicht nur um eine Bestandsaufnahme, sondern vor allem darum, zusätzliche Erkenntnisse zu gewinnen, wie Kindern und Jugendlichen die Bedeutung dieses Themas noch besser näher gebracht werden kann“, so Mag. Giehser.

Weitere Informationen zur richtigen Entsorgung von Elektro- und Elektronikaltgeräten sowie Batterien finden Interessierte auf der Website der Koordinierungsstelle unter www.eak-austria.at. Für die Kommunen ist auf der EAK-Website ein spezieller Bereich eingerichtet, in dem beispielsweise auch weiterführende Informationen und Fotomaterial zur kostenlosen Verwendung in kommunalen Medien zu finden sind.



**ELEKTROALTGERÄTE
KOORDINIERUNGSSTELLE**
Austria GmbH



Mag. Elisabeth Giehser,
Geschäftsführerin der
Elektroaltgeräte
Koordinierungsstelle

AUS DEM STÄDTEBUND

5 Jahre Führungskräfte-Training der Landesgruppe NÖ: Eine erfolgreiche Bilanz!

Am 8. November 2011 fand im St. Pöltner Rathaus die Übergabe der Teilnahmebestätigungen an die Absolventinnen und Absolventen des 5. AbteilungsleiterInnen-Führungskräfte-Trainings der Landesgruppe Niederösterreich durch Vizebürgermeisterin Susanne Kysela statt.

Fachliche Ausbildung und Netzwerk

Im Rahmen ihrer Begrüßung ging Vizebürgermeisterin Susanne Kysela unter anderem auch auf ihre Erfahrungen mit dem Führungskräfte-Training ein. Kysela hatte 2005/2006 den damals erstmalig durchgeführten Führungskräftezyklus für Bürgermeister, oberste Verwaltungsbeamte und Personalleiter besucht. Sie betonte, dass diese Seminarreihe für Politik und Verwaltung über die fachliche Weiterbildung hinaus eine sehr wichtige Initiative darstelle, da sie auch hervorragende Vernetzungsarbeit leiste, bleiben die in den Modulen geknüpften persönlichen Kontakte mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Städten doch ein ganzes dienstliches Leben lang bestehen.

Bereits 80 AbsolventInnen aus zehn Mitgliedsgemeinden beim AbteilungsleiterInnen-Training

Seitens der Landesgruppe Niederösterreich des Österreichischen Städtebundes

begrüßte Landesgeschäftsführer-Stellvertreterin Mag. Sibylle Schütz die Absolventinnen und Absolventen und informierte über die erfreuliche Entwicklung der im Jahr 2005 von Kurt Lasslesberger, Leiter der Personalverwaltung beim Magistrat St. Pölten, initiierten Ausbildungsreihe. Nach dem Start des Führungskräfte-Trainings mit dem Bürgermeister-Zyklus in den Jahren 2005 und 2006, an dem 14 Personen teilnahmen, haben seit damals bereits insgesamt 80 Führungskräfte aus den verschiedensten Aufgabenbereichen aus zehn Mitgliedsgemeinden unterschiedlicher Größe dieses Training absolviert. Die Statutarstädte St. Pölten und Wiener Neustadt sowie die Stadtgemeinden Mistelbach und Schwechat waren bei jedem Zyklus vertreten, regelmäßig hat auch Krems TeilnehmerInnen entsandt. Weiters absolvierten die Stadtamtsdirektoren von Gmünd, Heidenreichstein, Hollabrunn, Schrems und Wolkersdorf das Führungskräfte-Training. Mag. Schütz dankte Trainer Dr. Werner Zöchling, der mit Co-Trainerin Ulrike Seitlinger und Trainer Mag. Andreas Pöchlhammer erfolgreich durch alle Durchgänge geführt hatte, für das große Engagement.

Auch 2011 wieder alle 16 Plätze vergeben

Im Rahmen des 2011 durchgeführten 5. AbteilungsleiterInnen-Führungskräfte-Trainings

„Führen durch Persönlichkeit – der Weg MitarbeiterInnen erfolgreich zu führen“ wurden von Jänner bis November wieder fünf, jeweils zweitägige Module mit den bereits bewährten Inhaltsschwerpunkten durchgeführt: „Sich selbst führen“, „Im Team führen“, „In Balance führen“, „Im Dialog führen“, „Konflikte besser verstehen und handhaben können“. Wie auch schon in den Jahren zuvor war auch 2011 der Andrang groß und so waren alle 16 verfügbaren Plätze rasch mit Führungskräften aus den Städten Krems, Mistelbach, Schwechat, St. Pölten und Wr. Neustadt besetzt.

Reflexion bestätigt hohe Qualität und Zufriedenheit mit der Weiterbildung

In der Abschlussveranstaltung, die fachlich von Trainer Dr. Werner Zöchling geleitet wurde, nahmen die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer zur Ausbildungsreihe Stellung.

Sie beantworteten einerseits Fragen wie z.B. „Wie habe ich das Führungskräfte-Training erlebt?“ oder „Wurden meine Erwartungen, mit denen ich in das Training ging, erfüllt?“, andererseits schilderten sie auch ihre Erfahrungen mit der täglichen Umsetzung des Wissens und was sich durch das Training am eigenen Führungsverhalten geändert habe.

Evaluierung des AbteilungsleiterInnen-Führungskräfte-Trainings: Fortsetzung im 2. Halbjahr 2012 geplant

Die Landesgruppe Niederösterreich des Österreichischen Städtebundes hat das Führungskräfte-Training stets durch die Abwicklung der Gesamtkoordination sowie darüber hinaus in Form eines finanziellen Beitrages zu den Honorarkosten unterstützt und wird das auch in Zukunft anbieten. Aufgrund einer noch durchzuführenden Evaluierung und zeitlicher Veränderungen beim Trainer wird ein neuer Zyklus voraussichtlich erst im 2. Halbjahr 2012 starten.



Übergabe der Teilnahmebestätigungen durch Vizebürgermeisterin Susanne Kysela im Rahmen der Reflexion zum 5. AbteilungsleiterInnen-Führungskräfte-Training am 8. November 2011 im St. Pöltner Bürgermeisterzimmer

AUS DEM STÄDTEBUND

Fachausschuss für Integration: Integration passiert in Städten

„Alternde MigrantInnen“ und „neue Herausforderungen in Städten“ waren Thema des Eröffnungsvortrages von Peter Zeman, Senior Advisor des Deutschen Zentrums für Altersfragen beim Fachausschuss für Integration des Österreichischen Städtebundes am 23. und 24. April 2012 in Salzburg.

Professor Christoph Reinprecht, Universität Wien, brachte ein Zukunftsthema für Städte und Gemeinden auf den Punkt:

„Die kulturelle Ausdifferenzierung des Alters ist eine der großen Herausforderungen unserer Gesellschaft. Gefordert sind zum einen soziale Dienste, Alten- und Pflegeeinrichtungen. Diese müssen



Die TeilnehmerInnen des Fachausschusses für Integration in Salzburg.

Peter Zeman betonte: „Mit der Anwerbung der sogenannten Gastarbeiter wurden vor über 50 Jahren die Weichen für Zuwanderung gestellt. Heute sind in vielen Kommunen ältere Migrantinnen und Migranten die am schnellsten wachsende Zielgruppe der Alters- und Integrationspolitik. Ihr Bedarf an Altenhilfe und Pflege nimmt stetig zu, aber der Zugang zu einer guten Versorgung ist ihnen oft verbaut. Es ist an der Zeit, die interkulturelle Öffnung der altersbezogenen Einrichtungen, Angebote und Leistungen besser durchzusetzen und die Partizipation älterer Menschen an der kommunalen Zivilgesellschaft entschieden zu fördern.“

sich strukturell an die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung anpassen und die wachsende Diversifizierung von Bedarfslagen und Bedürfnissen anerkennen. Gefordert ist zum anderen ein grundlegender Bewusstseins- und Mentalitätswandel. Alter und Migration ergeben keine neue Problemkategorie, sondern weisen auf einen erheblichen Innovationsbedarf in unterschiedlichsten Bereichen unserer Gesellschaft. Die entscheidende Herausforderung für Städte und Gemeinden besteht deshalb darin, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, die soziale und institutionelle Innovationen ermöglichen.“

Integrationsarbeit ist urbanes Phänomen

„Eine ausgewogene Integrationspolitik, die Diversität fördert, ist uns sehr wichtig. Integration sollte nicht immer aus der Problemperspektive betrachtet werden. Vielmehr sollte die Vielfalt als Chance erkannt werden“, sagte Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes und meinte weiter: „Neue Untersuchungen zeigen, dass die Kosten der unzureichenden sozialen Integration unverhältnismäßig sind. Das ist ein brisantes Thema, das uns alle betrifft.“

Matthias Stadler, Bürgermeister von St. Pölten und Vorsitzender des Integrationsfachausschusses, fügte hinzu: „Wir wissen, dass Integration vor Ort passiert und das Zusammenleben der Bevölkerung betrifft. Österreichs Städte und Gemeinden leisten hervorragende Integrationsarbeit, vor allem wenn man sich das finanzielle Korsett ansieht, das zur Verfügung steht. Und viele Städte und Gemeinden stellen sich bereits jetzt den sozialen und demographischen Herausforderungen der Zukunft.“

Zahlen, Daten, Fakten

Insgesamt leben in Österreich rund 1,45 Mio. Menschen mit „ausländischer Herkunft“, was einen Anteil von 17,3% an der Gesamtbevölkerung ausmacht. Davon sind rund 188.000 Menschen, also knapp 13%, älter als 65 Jahre. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung ausländischer Herkunft in dieser Altersgruppe stammen aus einem anderen Mitgliedstaat der EU oder des EWR bzw. aus der Schweiz. Die Alterung zeichnet sich stärker bei der Bevölkerung österreichischer Herkunft ab: Zwischen 2001 und 2011 sind die Anteile der Bevölkerung von 65 und mehr Jahren von 16% auf 19% gestiegen.

„Bei der Bevölkerung ausländischer Herkunft blieb dieser Anteil konstant, was vor allem auf Wanderungsüberschüsse im jüngeren Erwachsenenalter, aber auch auf Rückwanderungen im höheren Alter zurückzuführen ist, die bei Migrantinnen und Migranten aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien zu beobachten sind“, sagte Ina Jaschinski, Demographin der Statistik Austria.



Graz:

Bürgerforum des Europäischen Parlaments

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments Jörg LEICHTFRIED und Hubert PIRKER sowie der steirische Landesrat Christian BUCHMANN und die Bürgermeister-Stellvertreterin der Stadt Graz, Lisa RÜCKER, standen den BürgerInnen im Kunsthaus Graz Rede und Antwort.

In der vielseitigen und abwechslungsreichen Diskussion wurden Fragen zur Finanzsituation von Griechenland und die Rolle der EU dabei, zum Euro, zur Demokratieentwicklung, zum Beitritt Kroatiens sowie zur Transparenz der Entscheidungsprozesse in den Institutionen der EU gestellt. Das Ziel für die Steiermark müsse sein, so MEP Hubert Pirker, dass die Region weiter in das Zentrum der Europäischen Union rücke. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, die Transeuropäischen Netze auszubauen. Von den drei transeuropäischen Korridoren, die Österreich betreffen, ist für die Steiermark vor allem die Baltisch-Adriatische Achse von größter Bedeutung. Bei kostenintensiven Projekten, wie dem Semmeringtunnel, leiste die EU einen wichtigen Ko-Finanzierungsbeitrag. MEP Jörg Leichtfried betonte: „Die EU ist für alle wohl die einzige Chance, dass wir die Zukunft so gestalten können, wie wir sie wollen.“ Er sprach sich für die „Verein-

nigten Staaten von Europa“ aus. Leichtfried verwies in diesem Zusammenhang auf die vielen Vorteile, die die EU bisher Österreich gebracht hätte. „Österreich ist hinter Deutschland Export-Vizeeuropameister. In der Euro-Zeit sind die Exporte um rund 50 Prozent gestiegen und viele Arbeitsplätze konnten dadurch geschaffen und gefestigt werden.“

Arbeit hat Priorität

Vizebürgermeisterin Lisa Rücker würdigte die Institution des Bürgerforums als wichtige Initiative, um die Identifikation der Bevölkerung mit der EU zu verbessern. Weiters betonte sie, dass Städte aktuell auf EU-Ebene zu wenig vertreten und hier neue Ideen gefragt seien. Landesrat Christian Buchmann verwies auf die Vorteile der Steiermark als eine der 271 Regionen der EU. Vor allem der Beitritt Kroatiens freut das österreichische Bundesland sehr, zumal schon seit vielen Jahren eine sehr enge, wirtschaftliche Verflechtung zwischen der Steiermark und dem künftigen 28. Mitgliedsland der EU bestehe. Buchmann betonte, dass die wirtschaftliche Entwicklung enorm wichtig ist, um den Menschen der EU Sicherheit zu bieten. Arbeitsplätze, vor allem für die Jugend, müssen ein zentrales und vorrangiges Thema sein.

Im Mittelpunkt steht der Dialog

Zur Frage der Transparenz der Entscheidungsprozesse verwiesen die Abgeordneten zum Europäischen Parlament auf die zahlreichen Möglichkeiten, die das Internet bietet, um Sitzungen live mitverfolgen zu können.

Die Abgeordneten veröffentlichten zudem Zusammenfassungen ihrer Ausschüsse und Sitzungen regelmäßig auf ihren Homepages.

Im Mittelpunkt der vom Europäischen Parlament europaweit organisierten Bürgerforen steht der Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und deren VertreterInnen in den politischen Gremien auf kommunaler, regionaler und europäischer Ebene.

Georg Pfeifer vom Informationsbüro des Europäischen Parlaments für Österreich bezeichnete einen offenen und konstruktiven Dialog zwischen BürgerInnen und deren VertreterInnen bei EU-Themen als Hauptziel des Bürgerforums. Interessierten werde dadurch die Möglichkeit einer direkten Diskussion mit ihren gewählten Europaabgeordneten in Brüssel und Straßburg geboten, und damit die Gelegenheit gegeben, Hintergründe über die vielfältigen Arbeitsprozesse im Europäischen Parlament und in den Ausschüssen zu erfahren.

AUS DEM STÄDTEBUND

Abfallwirtschaftspreis Phönix 2012 vergeben

Die Treibacher Industrie AG (Kärnten), der Reinhaltungsverband Trattnachtal (Oberösterreich) und das Amt der Steiermärkischen Landesregierung sind vor Kurzem mit dem Abfallwirtschaftspreis „Phönix“ ausgezeichnet worden.

Der Preis, der vom Umweltministerium zum 12. Mal ausgeschrieben wurde, holt vorbildlich umgesetzte Projekte vor den Vorhang, die auf innovative Weise zur Abfallvermeidung und zur nachhaltigen Ressourcenbewirtschaftung beitragen. Ein Sonderpreis wurde für den „Großen Steirischen Frühjahrsputz“ vergeben.

„Umwelttechnologie und Innovation sind entscheidende Faktoren für eine nachhaltige Abfallwirtschaft. Je schonender wir mit unseren Ressourcen umgehen, umso mehr vermeiden wir negative Einflüsse auf den Menschen und seine Lebensgrundlagen“, betonte Reinhard Mang, Generalsekretär des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, bei der Preisverleihung. Den mit 5.000 Euro dotierten Phönix-Hauptpreis bekam die Treibacher Industrie AG für einen innovativen Industrieprozess. Beim Recycling von verbrauchten, metallhaltigen Katalysatoren aus der Erdölindustrie wird der entstehende schwefelhaltige Abgasstrom genutzt, um

Vergabe 1. Preis (v.l.n.r.):
Generalsekretär SC DI
DDr. Reinhard Mang (Lebensministerium), DI
Christian Hauler (Treibacher Industrie AG) und
ÖWAV-Präsident HR
Dipl.-Ing. Johann Wiedner

im benachbarten Produktionsbetrieb anfallendes giftiges Chromat zu umweltverträglichem Chrom zu reduzieren. Die neuartige Technologie spart Chemikalien und Energie, reduziert den Bedarf an Deponievolume und steigert gleichzeitig die Anlagenkapazität.

Der mit 2.000 Euro dotierte 2. Preis geht an den Reinhaltungsverband Trattnachtal mit Sitz in Wallern (Bezirk Grieskirchen). In seiner Kläranlage, in der unter anderem Schlachtblut und Altspeisefette fermentiert werden, stellt er aus den Gärresten eine konzentrierte Ammoniaklösung her. Diese wird in der Welser Müllverbrennungsanlage zur Rauchgasentstickung eingesetzt. Das spart etwa 150.000 Liter Öl ein, die für die Produktion derselben Ammoniakmenge aus Luftstickstoff benötigt werden.

Mit 1.000 Euro Preisgeld und dem 3. Platz wurde die Fachabteilung 19D des Amts der Steiermärkischen Landesregierung geehrt. Sie hat den „Steirischen

Baurestmassenleitfaden“ erstellt, der allen mit dem Thema befassten Institutionen die notwendigen Fachinformationen gibt. Dieselbe Fachabteilung darf sich außerdem über den von der Altstoff Recycling Austria vergebenen Phönix-Sonderpreis freuen. Sie hat am 21. April den „Großen Steirischen Frühjahrsputz“ organisiert, bei dem öffentliche Flächen in der ganzen Steiermark von weggeworfenem Unrat gesäubert wurden.

Der Abfallpreis „Phönix“ wird vom Lebensministerium gemeinsam mit dem Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverband (ÖWAV) seit 1999 jährlich vergeben. Unterstützt wird der „Phönix“ 2012 vom Österreichischen Städtebund, von der Altstoff Recycling Austria AG, der Kommunalkredit Public Consulting, der ARGE Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände, vom Land Steiermark, vom Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe sowie von der Zeitschrift „Umweltschutz“ des Bohmann-Verlags.

Detaillierte Infos auf:
www.lebensministerium.at





Graffiti-Workshop für Mädchen:
Eine Burschendomäne wird erobert.

8. März Komitee Graz

Retrospektive Internationaler Frauentag

Die Gleichstellung der Geschlechter ist in Österreich noch in weiter Ferne. Rund um den 8. März, dem Internationalen Tag der Frau, fanden in Österreichs Städten zahlreiche Veranstaltungen statt, um auf die Anliegen der Frauen aufmerksam zu machen. Hier ein Auszug der Aktivitäten am Weltfrauentag.

GRAZ Freiräume für Frauen – Gegen Gewalt an Frauen

Gewalt an Frauen und Mädchen ist alltäglich und mitten unter uns ist. Sie betrifft Frauen jeden Alters, aller Schichten und Kulturen. Gewalt hat so viele Gesichter, sie kann u.a. körperlich, sexuell, seelisch und strukturell sein. Gewalt erfahren Frauen und Mädchen in den verschiedensten Lebensumständen und Situationen: in der Familie, am Arbeitsplatz, unter „Freunden“, etc. Jede Form der Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein Verstoß gegen das Recht auf Leben, Freiheit und Würde! Gewalt gegen Frauen ist kein Kavaliersdelikt – Gewalt gegen Frauen ist eine Menschenrechtsverletzung! Das zeigte das „8. März Komitee Graz“ in einem einwöchi-

gem Aktions- und Informationsprogramm auf, informierte über Unterstützungsangebote und stellte dazu politische Forderungen. Und: Grazerinnen können sich bei den Aktionen auch Freiräume statt Gewalträume aneignen!

Aktion „Freiraum: Schreiraum“: Grazerinnen können sich mit ihrer Stimme den öffentlichen Raum aneignen.

Aktion „Crime Scene“: Gewalt ist mitten unter uns und alltäglich – ein „Tatort“ in der Innenstadt.

COLARISTAS WANTED! Graffiti-Workshop für Mädchen: Graffiti als Instrument, um imaginäre Orte der Gewalt bzw. Orte der fokussierten Angst sichtbar zu machen und lustvoll zu transformieren. Mädchen eignen sich den öffentlichen Raum an und „kapern“ die Burschendomäne Graffiti.

Gewalt ist kein Spaziergang. FrauenStadt-Spaziergang: Beim Spaziergang wurden (symbolische) Orte aufgesucht, an denen Frauen und Mädchen im Alltag Gewalterfahrungen machen (Schule, Gesundheitswesen, Justiz, etc.). Vertreterinnen von Beratungs- und Präventionsprojekten stellen „Aus-Wege“ und konkrete Unterstützungsmöglichkeiten für Betroffene vor.

Die Autorin von „Graz: Freiräume für Frauen – Gegen Gewalt an Frauen“ ist Maggie Jansenberger. Sie ist unabhängige Frauenbeauftragte der Stadt Graz und Koordinatorin des „8. März Komitee Graz“.

Infos unter:
<http://internationalerfrauentag.at>



Grazerinnen können sich mit ihrer Stimme den öffentlichen Raum aneignen.

8. März Komitee Graz

AUS DEM STÄDTEBUND

INNSBRUCK

Unter dem Motto „Klare Sicht für ein faires Miteinander“ verteilte Frauenstadträtin Patrizia Moser gemeinsam mit dem Team des Referates Frauenförderung, Familien und Senioren am Internationalen Frauentag Brillenputztücher an die Innsbrucker Bürgerinnen und Bürger. Mit dieser Aktion soll „der Blick für die Ungleichbehandlung hinsichtlich Verdienst und Karrierechancen geschärft werden. Gleiches Gehalt und gleiche Anerkennung für gleiche Leistung und gleiche Qualifikation müssen in unserer Gesellschaft selbstverständlich sein“, forderte Stadträtin Moser.



v.l.: Schärpen den Blick für Chancengleichheit: Slavica Rajic (Referat Frauenförderung, Familien und Senioren), Lisa Reifer, Frauenstadträtin Patrizia Moser, Franziska Fröhliche und Uschi Klee (Referatsleiterin Referat Frauenförderung, Familien und Senioren).

KLAGENFURT

Im Kärntner Landesarchiv präsentierten Professor Paul Zulehner und Petra Steinmair-Pösel neueste Studienergebnisse, die sowohl von PolitikerInnen als auch zahlreichen StudentInnen, SchülerInnen und weiteren interessierten Frauen und Männern diskutiert wurden. Fazit: Vollzeit-Arbeitsplätze, qualitätsvolle Kinderbetreuungseinrichtungen, flexible Arbeitszeitmodelle, partnerschaftliche Männer,

die nicht nur reden, sondern auch anpacken: dass wünschen sich Frauen heute!



v.l.: Stadträtin Christine Jeremias (FPK), Landesrätin Beate Pretzner (SPÖ), LABg. Annemarie Adlassnig (ÖVP) und Stadträtin Andrea Wulz (Grüne).

LINZ

Im Rahmen der Veranstaltung „talk of fem“ am 5. März 2012 wurde zum ersten Mal der von Frauenstadträtin Eva Schobesberger initiierte Frauenpreis der Stadt Linz übergeben. Das Projekt „FRAGILE Holzwerkstatt – Ausbildungswerkstatt für junge Frauen im handwerklichen Bereich“ wurde einstimmig als Siegerprojekt ausgewählt und mit 3.600 Euro Preisgeld ausgezeichnet.

Vor 25 Jahren wurde auf Eigeninitiative dreier Frauen diese Tischlerei von und für Frauen ins Leben gerufen. Diese Pionierleistung sowie die daraus entstandene „VFQ Gesellschaft für FRAUEN und QUALIFIKATION mbH“ mit weiteren



v.l.: Frauenbeauftragte Mag.^a Jutta Reisinger, Dr.ⁱⁿ Alexandra Gusetti (Gründungsmitglied FRAGILE), Frauenstadträtin Mag.^a Eva Schobesberger, Mag.^a Ulrike Bernauer-Birner (Geschäftsführerin VFQ GmbH) und Jurymitglied Karin Hörzing.

Ausbildungsangeboten im handwerklich-technischen Bereich ist bis heute österreichweit einzigartig. Das Unternehmen setzt sich in vielen Bereichen und Projekten für die berufliche Entwicklung von Frauen und für die Eigenständigkeit im Sinne geschlechtergerechter Teilhabe an der Gesellschaft ein. FRAGILE steht seit Beginn für Berufsausbildung von Frauen in einem nicht traditionellen Bereich und für neues Selbstverständnis von Frauen in Handwerk und Technik.

SALZBURG

Gender in der Medizin und Pflege

Christina Hofer ist die Preisträgerin der Stadt Salzburg des diesjährigen Troll-Borostyáni-Preises, der anlässlich des Interna-



v.l.: Bürgermeister Heinz Schaden, Preisträgerin Christina Hofer, Landeshauptfrau Gabi Burgstaller.

tionalen Frauentags im Salzburg Museum von Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und Bürgermeister Heinz Schaden feierlich verliehen wurde. Der mit 3.000 Euro dotierte Preis war diesmal als Forschungstipendium für Arbeiten aus „Gender in der Medizin und Pflege“ gewidmet. Die Jury hat besonders das innovative Forschungskonzept zum Thema Pfliegerische Präventionsmaßnahmen bei HerzinfarktpatientInnen überzeugt.

Christina Hofer forscht darüber, wie die unterschiedlichen Symptome des Herzinfarkts bei Frauen und Männern in die pflegerische Arbeit einfließen können. Pflegefachkräfte haben meist den unmittelbarsten Kontakt zu PatientInnen und leisten daher einen ganz wichtigen Beitrag zur Prävention. Das Wissen über genderspezifische Unterschiede bei der Sympto-

AUS DEM STÄDTEBUND

matik des Herzinfarkts ist ein wichtiges Basiswissen, damit dann auch das pflegerische Handeln auf diese Unterschiede Rücksicht nimmt. Die Forscherin leistet hier Pionierarbeit, da Gendergesichtspunkte in der Pflege noch keinesfalls Standard sind.

Betreuung in Salzburg

„Die Stadt Salzburg bietet in ihren Seniorenheimen rund 900 Plätze für Betreuung und Pflege. Um einen hohen Betreuungsstandard sichern zu können, braucht es gut ausgebildetes Fachpersonal. Genderfragen sind auch in der Pflege zukunftsweisende Aspekte, die nach und nach in die Pflegepraxis integriert werden sollen. Die Forschungsarbeiten zu diesen Aspekten liefern dafür die notwendigen Inputs“, sagte Bürgermeister Heinz Schaden.

ST. PÖLTEN

Breites Spektrum der Aufmerksamkeit

Von 29. Februar bis 20. März bot die Frauenplattform St. Pölten, der alle frauenspezifischen Einrichtungen St. Pöltens angehören, anlässlich des Internationalen Frauentages ein umfangreiches Programm und machte mit verschiedensten Veranstaltungen auf die aktuelle Situation der Frauen und auf ihre Anliegen aufmerksam – und das nicht nur an einem Tag.

„Besser eine Ehe ohne Liebe als eine Scheidung ohne Geld?“ – Diskussion über aktuelle Herausforderungen im Familienrecht

Dr. Helene Klar ist seit 1977 als Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Familienrecht in Wien tätig. Anlässlich des Internationalen Frauentages veranstaltete die Frauenplattform St. Pölten einen angereg-



Die Veranstalterinnen mit Rechtsanwältin Helene Klar (Mitte sitzend).



Musik von Komponistinnen: Romina Mayer (Klavier) und Angelika Zoder (Gesang).

ten und interessanten Diskussionsabend mit der Juristin und Frauenrechtsspezialistin. Umfassend und anschaulich zeigte Klar die wichtigsten Konfliktpunkte auf, erläuterte gesetzliche Bestimmungen und machte auch darauf aufmerksam, dass es auf gesetzlicher Ebene bereits wieder Rückschritte für Frauen gibt.

„Musik von Komponistinnen“ – ein klassisches Konzert

Viele Komponistinnen waren zu ihrer Zeit sehr bekannt, gerieten jedoch über die Jahre in Vergessenheit und werden in der Aufführungspraxis oft vernachlässigt. Die Pianistin Iris Weingartner, die Sängerinnen Besra Alaca Pummer und Angelika Zoder sowie die Instrumentalpädagogin für Klavier, Quer- und Blockflöte Romina Mayer haben es sich zum Ziel gesetzt, die Musik dieser Komponistinnen zu Gehör zu bringen und präsentierten Werke von Hildegard von Bingen, Maria Theresia Paradis, Fanny Hensel-Mendelssohn und Clara Schumann.

„Frauen erobern die Leinwand“ – Frauenpower im Kino

Mit „Tagaus, tagein“, „Mittendrin“, „We want sex“ und „Shortcut to Justice“ waren Dokumentarfilme zu sehen, die das Leben von Frauen thematisieren.



Der Dokumentarfilm „Tagaus, tagein“ beschreibt den Alltag der Bäuerin und Wirtin Thresl, die mit 98 Jahren alleine einen Hof führt.

In der Frauenplattform St. Pölten sind derzeit vertreten: Club Soroptimist St. Pölten „Allegría“, Gewaltschutzzentrum NÖ, Fachstelle für Ehe und Familie/Diözese St. Pölten, Frauenbüro St. Pölten, Frauenprojekt fairwurzelt, Frauenwohnheim/Emmausgemeinschaft St. Pölten, Frauenzentrum St. Pölten, Haus der Frau – Frauenhaus St. Pölten, KAB-Frauen St. Pölten, KFB–Katholische Frauenbewe-

AUS DEM STÄDTEBUND

gung St. Pölten, Mutter-Kind-Wohnheim/ Caritas St. Pölten, NÖ Frauentelefon/NÖ Hilfswerk, ÖVP-Frauen St. Pölten, SPÖ-Bezirksfrauenkomitee St. Pölten, Südwind NÖ, Zonta-Club St. Pölten–Area. Die Autorin der Beiträge aus St. Pölten ist Martina Eigelseiter, Frauenbeauftragte der Stadt St. Pölten.

ST. VALENTIN

Am 8. März fand die dritte Frauenkonferenz der Stadt St. Valentin statt. Mit der Frauenrechtsspezialistin und Juristin Dr. Helene Klar wurde zum Thema „Kinderbetreuung: eine Angelegenheit nur für Frauen?“ diskutiert.

WIENER NEUSTADT Frauentag 2012 stand im Zeichen von Rollenbildern und Stereotypen!

„Nach wie vor wirken traditionelle Rollenbilder fort. Wir treffen in vielen Bereichen reflexartig die Zuordnung ‚weiblich‘ und ‚männlich‘ und agieren innerhalb bestimmter Muster. Viele Menschen sind sich dessen gar nicht bewusst, wie sehr sie sich dadurch in ihren Handlungsmöglichkeiten einschränken. Genau an diesem Punkt haben wir mit unserer Veranstaltung angesetzt und versucht, Bewusstsein für Geschlechterstereotypen zu schaffen“, fasste Frauen-



10. März 2012 St. Valentin: Frauenkabarett mit den Neobrenndirndl „5 Frauen und eine Kiste“.

Stadträtin Isabella Siedl die Intention des diesjährigen Frauentagevents zusammen. Unter dem Motto „Typisch Frau, typisch Mann“ wurden am 8. März im Stadtmuseum althergebrachte Rollenklischees ebenso thematisiert wie die heutige Lebensrealität von Männern und Frauen.

Bereits von klein auf werden uns geschlechtsspezifische Rollenbilder vermittelt – beginnend bei Farben und Spielen, über charakterliche Eigenschaften bis hin zu geschlechtertypischen Stärken bei den Schulleistungen.

Dies setzt sich dann später bei der Berufswahl, den typischen Karrierewegen und der Aufgabenverteilung zwischen Mann und Frau fort. Geschlechterstereotypen ziehen sich wie ein roter Faden durchs Leben. „Gerade der Internationale Frauentag gibt uns hier Gelegenheit – aus Sicht der Frauenpolitik –, auf Missstände und Defizite hinzuweisen, aber ebenso, damit verbundene Chancen zu erkennen und wahrzunehmen“, betonte die Stadtpolitikerin. Unter der Leitung von Ö3-Moderatorin Birgit Pointner nahmen Gender-Forscherin Petra Unger, Karin Scheele, NÖ-Landesrätin für Gesundheit und Soziale Verwaltung, Christa Bogath, Leiterin Abteilung Frauenpolitik AKNÖ, Johannes Wahala, Sexualforscher und Theologe, sowie Gerhard Pramhas, Geschäftsführer der Fachhochschule Wiener Neustadt, aus ihrer beruflichen Sichtweise Stellung zum Thema und diskutierten angeregt auf dem Podium. Für den humoristischen Schlusspunkt des Events sorgte Kabarettistin Elli Colditz, die ihr zweites Solo-Programm „Dirty Thirty – Hilfe ich bin 30!“ präsentierte.

Hunderte interessierte BesucherInnen – darunter eine eigens aus China ange-reiste Delegation – folgten auch diesmal der Einladung ins Stadtmuseum und genossen ein ebenso anspruchsvolles wie unterhaltsames Programm. Die Stadt Wiener Neustadt setzt damit die Tradition der erfolgreichen Frauentagveranstaltungen der letzten Jahre fort. „Es ist uns ein großes Anliegen, anlässlich des Weltfrauentages in Wiener Neustadt ein Zeichen zu setzen und den Fokus immer wieder auf andere, für Frauen relevante,

AUS DEM STÄDTEBUND

Bereiche zu lenken“, betonte DSA Claudia Auer-Deutsch, Frauenbeauftragte der Stadt Wiener Neustadt.

Ihr Dank gebühre allen Kooperations-

partnerInnen, SponsorInnen (AKNÖ, Fa. Hornbach, Fischapark) und MitarbeiterInnen für ihre großzügige Unterstützung.



Bürgermeister Bernhard Müller konnte beim Frauentag auch eine eigens aus der nordchinesischen Partnerstadt Harbin angereiste Delegation begrüßen.



v.l.n.r.: Mag.ª Isabella Siedl, Frauenstadträtin; Petra Unger, Gender-Forscherin; DSA Claudia Auer-Deutsch, Frauenbeauftragte des Magistrats Wiener Neustadt; Kammerrätin Christa Bogath, Leiterin der Abteilung Frauenpolitik in der AKNÖ; Mag. Johannes Wahala, Sexualforscher und Theologe; Ö3-Moderatorin Birgit Pointner; Landesrätin Mag.ª Karin Scheele; DI Dr. Gerhard Pramhas, Geschäftsführer der Fachhochschule Wiener Neustadt.

WIEN Frauensache

Im letzten Jahr haben wir „100 Jahre Internationaler Frauentag“ gefeiert. Der Kampf um Gleichstellung ist jedoch noch lange nicht gewonnen. So lange die Einkommensschere nicht geschlossen ist, so lange es keine gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit gibt, und so lange die Arbeitslosigkeit der Frauen immer höher steigt als die der Männer, so lange braucht es eine starke Frauenpolitik.

Gerade in Zeiten der Finanzkrise – mit einem gleichzeitigen Erstarken rechter, rassistischer und antidemokratischer Kräfte – müssen wir Frauenpolitik vortreiben. Die Wirtschaftskrise birgt die Gefahr, dass Frauenpolitik zum Schlusslicht der politischen Agenda wird, Frauenförderung unter die Räder kommt und bei Gleichbehandlungsmaßnahmen der Sparstift angesetzt wird. Zeiten der Wirtschaftskrise bringen oft auch eine Rückbesinnung auf traditionelle Familienwerte mit sich. Immer noch erledigen Frauen unbezahlt zahlreiche gesellschaftlich notwendige Arbeiten. Das hat mit strukturell verankerten Geschlechterrollen zu tun. Die Einteilung in „typisch weiblich“ und „typisch männlich“ bestimmt unser Denken mehr, als es uns bewusst ist. Ziel ist es, starre Rollenbilder aufzubrechen, denn nur dann wird uns eine grundlegende Umverteilung der unbezahlten Arbeit gelingen.

Frauenstadträtin Sandra Frauenberger legt ihren frauenpolitischen Schwerpunkt 2012 daher auf die Verteilungsgerechtigkeit. Damit wir ganz genau wissen, wie sich die Lebenssituation und Gleichstellung von Frauen in Wien entwickelt, wird in der Stadt der „Wiener Gleichstellungsmonitor“ geschaffen. Er wird ab 2013 periodisch erscheinen und die Problemlagen der Wienerinnen identifizieren. Dieser Bericht bietet die Basis, um Frauenförderungsmaßnahmen noch effizienter zu planen und umzusetzen.

Mit dem neuen Gleichbehandlungsgesetz und der Gründung der Dienststelle der Gleichbehandlungsbeauftragten wurde ein Turbomotor für Gleichstellung innerhalb der Stadt Wien geschaffen. Insbesondere soll der Frauenanteil

AUS DEM STÄDTEBUND

in Führungspositionen der Stadt sowie in untypischen Berufsfeldern erhöht werden. Das Gleichstellungsprogramm umfasst verbindliche und maßgeschneiderte Zielvorgaben für jede einzelne Dienststelle. Alle Informationen finden Sie unter <https://www.intern.magwien.gv.at/gleichbehandlung>.

Außerdem hat die Werbewatchgroup Wien gegen sexistische Werbung ihre Arbeit aufgenommen. Sie besteht aus ExpertInnen aus den Bereichen Geschlechterforschung und Medienwissenschaft aus der Stadtverwaltung sowie unabhängigen, externen ExpertInnen. Die Umsetzung der Werbewatchgroup Wien ist im rot-grünen Regierungsprogramm festgelegt. Einlangende Beschwerden werden von den Expertinnen und Experten der Werbewatchgroup Wien anhand eines umfangreichen Kriterienkatalogs bewertet und nach einem qualitätsgesicherten Abstimmungsprozess wird die Entscheidung unter www.werbewatchgroup-wien.at online gestellt.

Die Fakten

Laut einem soeben veröffentlichten EU-Kommissionsbericht verdienen in Österreich Frauen immer noch durchschnittlich 25,5 Prozent weniger als Männer. Damit liegt Österreich im EU-Vergleich am vorletzten Platz. Neue Rechtsvorschriften sollen die Lohntransparenz verbessern und das Lohngefälle vermindern.

Was die Anzahl der Frauen in Führungspositionen betrifft, so liegt Österreich mit 11,2 Prozent an 16. Stelle der 27 Mitgliedstaaten. Vor einem Jahr wurden in Österreich Frauenquoten in staatsnahen Betrieben eingeführt.

Der erste Internationale Frauentag fand am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, der Schweiz, in den USA und in Österreich statt. Im Jahr 1921 wurde der Internationale Frauentag auf den 8. März festgelegt, an dem seither weltweit mit Veranstaltungen und Aktionen auf die Anliegen der Frauen aufmerksam gemacht wird. In diesen mehr als 100 Jahren hat sich die Lebenssituation von Frauen entscheidend verbessert, dennoch gilt es nach wie vor, die unerfüllten Grundforderungen weiter zu ver-

folgen und neue frauenpolitische Anliegen zu formulieren.

Der Frauenausschuss des Österreichischen Städtebundes

In diesem Ausschuss sind Politikerinnen und Frauenbeauftragte der Mitgliedstädte vertreten. Ziel der Vernetzung ist es, die Situation der Frauen unmittelbar vor Ort zu verbessern. Erfahrungsaustausch und gemeinsame Aktionen – wie zum Beispiel ein österreichweites Pfeifkonzert gegen Gewalt an Frauen, Aktionen zum „Equal Pay Day“ und gemeinsam erarbeitete Resolutionen – machen den Frauenausschuss zu einer wichtigen Plattform für kommunale Frauenpolitik.

„Städte und Gemeinden tragen entscheidend dazu bei, wie sich das Leben im Alltag für Frauen gestaltet, etwa bei der Stadtplanung, beim öffentlichen Verkehr oder bei der Kinderbetreuung. Kommunalpolitik ist daher immer auch Frauenpolitik“, betonte Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes.

„Vor allem das Interesse der jungen

Frauen verstärkt zu wecken, ist mir ein Anliegen“, so die Ausschussvorsitzende, Stadträtin Sandra Frauenberger: „Auch wenn diese Generation mit einem Selbstverständnis als weitgehend gleichberechtigt aufgewachsen ist, merkt sie spätestens im Berufsleben, dass ihre männlichen Kollegen sich um einiges leichter vorwärts und vor allem aufwärts bewegen. Und sobald dann Kinder da sind, ist für viele Frauen die Karriere auf Eis gelegt, bei vielen für immer. Der Frauenausschuss des Österreichischen Städtebundes wird sich heuer daher vor allem mit der beruflichen Entwicklung und der finanziellen Absicherung von Frauen beschäftigen. Und mit den Rädchen, an denen gedreht werden muss, damit Frauen unabhängig und selbstbestimmt leben können“, so Sandra Frauenberger abschließend.

Einen Überblick der wichtigsten Veranstaltungen finden Sie unter:
<http://www.staedtebund.gv.at>



Stadträtin Sandra Frauenberger unterstützt junge Frauenkarrieren.



Active Innsbruck: auf dem Weg zur „smart city“

Neue Energie für Innsbruck – ein „smarter“ Beitrag zur Energiewende

Mag. Beatrix Frenckell-Insam, Referat für Umwelttechnik und Abfallwirtschaft, Stadt Innsbruck

Klug, intelligent, schlau, clever, pfiffig, raffiniert und schnell – so könnte man das englische Wort „smart“ übersetzen. Übertragen auf eine Stadt verbergen sich in diesem Begriff äußerst ambitionierte Ziele. Im Bereich Energie ist aber eines klar: ohne langfristiges „smarteres“ Umdenken könnte die Zukunft düster werden. Globale Ressourcenknappheit steht steigendem Verbrauch gegenüber, fossile Brennstoffe wie Erdöl und Erdgas werden dementsprechend immer teurer, während die Belastung für die Umwelt unter anderem durch steigenden CO₂-Ausstoß weiter zunimmt.

DI Helmuth Müller, Vorstandsleiter der Innsbrucker Kommunalbetriebe AG: „Es wird in Zukunft nicht ausreichen, die Dinge, die wir tun, nur zu verbessern. Wir müssen darüber nachdenken, ob wir überhaupt die richtigen Dinge tun.“

Der Innsbrucker Energieentwicklungsplan (IEP)

Die Stadt Innsbruck reagierte daher 2009 mit dem Start des Innsbrucker Energieentwicklungsplanes (IEP), um mittel- und langfristig einen nachhaltigen Beitrag zum Umweltschutz und für die Lebensqualität in der Stadt zu leisten. In einer ersten, 2011 abgeschlossenen Projektphase wurden eine Ist-Zustands-Analyse sowie Prognosen erstellt, energetische Potenziale erhoben und Zukunftsszenarien modelliert. Erklärtes

Ziel ist es, bis 2025 den Energieverbrauch (ohne Verkehr) um 24% bei Wärme, um 3% bei Strom und um 44% bei fossilen Energieträgern gegenüber Heute zu senken. Damit soll auch eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 44% einhergehen. Gleichzeitig wird die Verwendung von erneuerbarer Energie forciert – eine Erhöhung des Anteils um 27% ist vorgesehen.

Vom IEP zur „smart city“

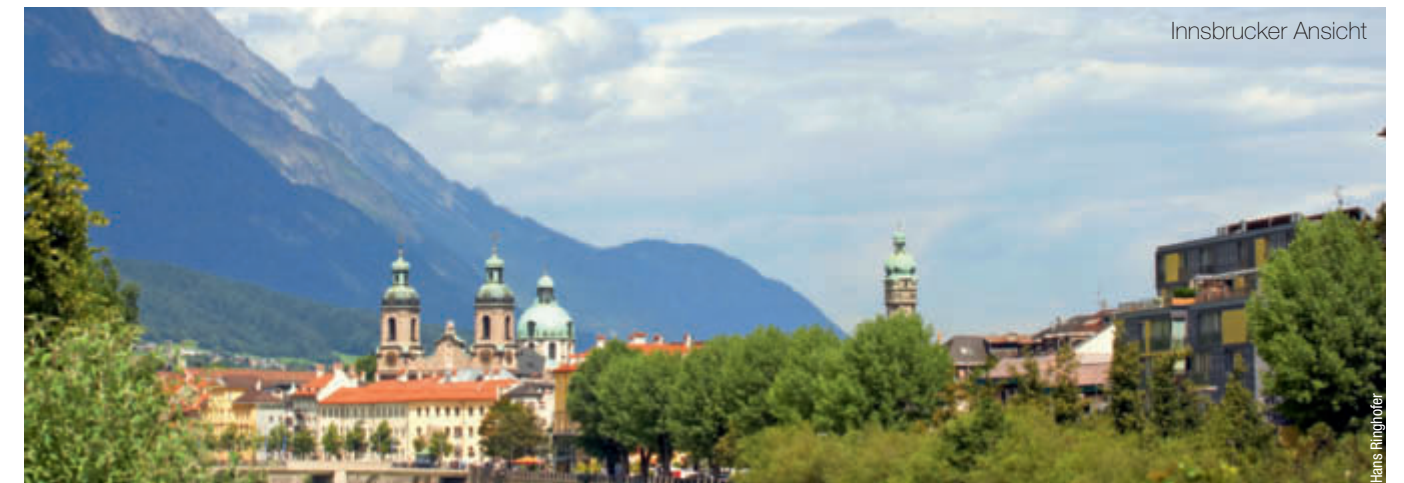
Um die selbstgesteckten Ziele bis 2050 weiterzudenken und schon erste Demonstrationsprojekte zu entwickeln, nahm Innsbruck gemeinsam mit den Partnern „Innsbrucker Kommunalbetriebe AG (IKB AG)“, „Austrian Institute of Technology“ sowie „ATB Becker“ an der Ausschreibung „smart energy Demo – fit4set“ (smart cities) des Klima- und Energiefonds teil. Im Rahmen dieses Projektes wurden eine Vision bis 2050 und ein Aktionsplan für die nächsten Jahre definiert, sowie schon die ersten Demonstrationsprojekte präsentiert. Der etwas sperrige Name dieses Projektes „Active Innsbruck: Aktionsplan für eine holistische Energie-Identität 2050“ deutet an, dass auch die bisher ausgeklammerten Bereiche Verkehr und Stromerzeugung mit betrachtet werden. Dass solch ambitionierte Ziele nur unter Einbin-

dung einer breiten Öffentlichkeit erreicht werden können, war von Anfang an klar. Daher fanden immer wieder Workshops und Foren statt, an denen jeweils zwischen 60 und 90 Personen teilnahmen. Der aktiven Mitarbeit dieser AkteurInnen verdanken wir es, dass beim letzten Forum schon sehr interessante Projekte der stadtnahen Betriebe gezeigt werden konnten.

Innsbrucker Leuchtturmprojekte

Beispiele dafür sind etwa seitens der Innsbrucker Kommunalbetriebe AG die Nutzung von Abwasser und Speiseresten im Klärwerk zur Erzeugung von Strom und Wärme. In Kombination mit einer Photovoltaik-Anlage entwickelt sich das Klärwerk Rossau hin zu einer Energiezentrale. Anteile an dieser Photovoltaik-Anlage können von Innsbrucker BürgerInnen im Rahmen der „Innsbrucker Sonnenscheine“, ein Bürgerbeteiligungsmodell der IKB AG, erworben werden.

Als Austragungsort von bereits drei olympischen Winterspielen ist auch die Energieoptimierung der Olympia-Bobbahn ein wichtiger Meilenstein. Die komplette Anlagentechnik wurde nach energieeffizienten



Kriterien neu geplant. Ein neuer Kühlturm und neue Kältemaschinen, eine automatische Regelungstechnik an der Bahn selbst sowie Temperatur- und Solarfühler, die auf die Wärmeentwicklung und Sonneneinstrahlung reagieren, sind nur einige der Maßnahmen, die an der Bobbahn großes Einsparungspotenzial mit sich bringen. Pro Jahr können so etwas 320.000 kWh Energie eingespart werden. Das reduziert nebenbei nicht nur die Kosten, sondern resultiert auch in einer wesentlich besseren Eisqualität.

Auch die Innsbrucker Immobiliengesellschaft hat mit ihrer Sanierungsoffensive schon einen erheblichen Beitrag zur Energieeffizienz geleistet. Durch die sukzessive Sanierung der insgesamt 1.500 Wohnungen im Olympischen Dorf konnten 9.955.000 kWh Energie (aus Erdgas und

Ernst Pechlaner, Umweltstadtrat: „Von einer engagierten Energiepolitik profitieren unser aller Lebensqualität und die heimische Wirtschaft – außerdem hilft sie, Geld zu sparen.“

Öl) eingespart werden, was für die Mieter insgesamt eine Kostenersparnis von 420.000 Euro jährlich bedeutet. Für die Zukunft möchte die IKB AG Neubauten nur noch in Passiv-Haus-Bauweise errichten. Bezüglich Mobilität präsentierten die Innsbrucker Verkehrsbetriebe das Projekt „Wohnstandortsbezogenes Mobilitätsmanagement“, bei dem Maßnahmen von Bauträgern und Mobilitätsdienstleistern geschnürt werden, um bei BewohnerInnen eine nachhaltige und energieeffiziente Mo-

bilität zu fördern. Maßnahmen inkludieren z.B. Mobilitäts-Beratung bei Übersiedlungen, Forcierung des Fahrrades sowie Car-Sharing. Hier schließt sich ein weiteres Projekt an, das von der Neuen Heimat Tirol gemeinsam mit den IKB AG geplant ist: ein Passivhaus, bei dessen derzeitiger Planung nicht nur Energieversorgung und Dämmung, sondern auch Aspekte wie Baustoffe, NutzerInnenverhalten und Mobilität berücksichtigt werden.

Wie geht es weiter?

Der Innsbrucker Energieentwicklungsplan geht jetzt in die zweite Phase, in der vermehrt Maßnahmen in folgenden Bereichen umgesetzt werden sollen:

- Information und Bewusstseinsbildung
- Förderungen seitens der Stadt (z.B. Anreizförderungen zur Sanierung von Wohngebäuden, aber auch Änderungen bei den Rahmenbedingungen)
- Leuchtturmprojekte, mit denen die Stadt Innsbruck bzw. stadtnahe Unternehmen ihrer Vorbildfunktion gerecht werden.

In allen drei Bereichen werden wieder Stakeholder mit eingebunden. In den Umsetzungsteams sind Land Tirol, Energie Tirol, alpS GmbH sowie Beratung Krismer, die Uni Innsbruck, die gemeinnützigen Wohnbauträger sowie die stadtnahen Betriebe vertreten.

Um die erarbeiteten Maßnahmen auch einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, kommt gerade dem Bereich „Information und Bewusstseinsbildung“ zukünftig eine wichtige Rolle zu. Hier startet man

anfanglich magistratsintern, indem man pfiffige, also eben smarte Schulungen anbietet, die den Angestellten auch in ihrem privaten Umfeld helfen sollen, Energie und somit Kosten zu sparen. Außerdem wird, gemeinsam mit der Innsbrucker Immobiliengesellschaft, für die Verwaltungsgebäude ein Energiemonitoring eingeführt, damit die erzielten Einsparungen auch aufgezeigt werden können. In Folge werden dann alle Innsbrucker BürgerInnen über eine Energie-Homepage zum Mitmachen angeregt. So wird Innsbruck Schritt für Schritt zur „smart city“.

Bobbahn Innsbruck



AUS DEM STÄDTEBUND



Einsatz von Pflanzen: Mit einfachen Mitteln können große Erfolge erzielt werden.

Was ist Gartentherapie?

Die Gartentherapie umfasst den zielgerichteten Einsatz der Natur zur Steigerung des psychischen und physischen Wohlbefindens der Menschen.

Das Wissen um die positive Wirkung vom Umgang mit Pflanzen und der Natur auf den Menschen und seine Befindlichkeit wird im therapeutischen Bereich und auch in der Arbeit mit Menschen in besonderen Lebenssituationen eingesetzt. Dabei ist die Gartentherapie für alle Altersstufen und für die Behandlung vieler Krankheitsbilder geeignet: Kinder mit Entwicklungsdefiziten, psychiatrische Erkrankungen, die Behandlung von Suchtkranken, zur Rehabilitation sowie zur Integration. Besonders in der Geriatrie erzielt diese Therapieform nachweisbar positive Ergebnisse.

Erstaunliche Erfolge

Durch den Einsatz von einfachen Mitteln ist es möglich, große Erfolge zu erzielen. Ein wesentliches Merkmal der Arbeit mit der Gartentherapie ist, dass alle Beteiligten – wie TherapeutInnen, GärtnerInnen, ÄrztInnen, BetreuerInnen, PflegerInnen bis hin zum Hauswart – einer Einrichtung zusammenarbeiten. Das gartentherapeutische

Arbeiten umfasst einerseits den einfachen Einsatz von Pflanzen, wie beispielsweise das Blumenstecken, direkt in der Einrichtung. Erstaunlich sind die Erfolge, wenn alte demenzkranke Menschen nach langer Zeit wieder zu sprechen beginnen, wenn sie Blumen in der Hand halten und Natur in einem umfassenden Sinn so wieder „begreifen“ können. Als weitere Möglichkeit ist das Arbeiten im Inneren wie z.B. in einem Glashaus oder einer geeigneten Werkstätte möglich: Hier können Vorbereitungsarbeiten für den Garten, das Säen bzw. Pflanzen, floristische Tätigkeiten, das Verarbeiten der Ernte aus dem Garten, etc. durchgeführt werden. Und die geschlossenen Räume eröffnen die Möglichkeit, auch im Winter und bei Schlechtwetter tätig zu sein.

Alle Sinne werden angeregt

Aktives Arbeiten im Garten lässt die Menschen den Jahreslauf miterleben. Sie können durch ihre Arbeit das Wachsen und Gedeihen beeinflussen und damit Erfolgserlebnisse direkt erfahren, aber auch die Notwendigkeit ihres regelmäßigen und verlässlichen Arbeitseinsatzes erkennen. Die passive Nutzung eines Gartens in einer therapeutischen Einrichtung, der entsprechend eingerichtet ist, lässt die BewohnerInnen die Natur – auch ohne darin zu arbeiten –

erfahren. Blinde können mit Handläufen zu Duftpflanzen geführt werden, BewohnerInnen einer geriatrischen Einrichtung erinnern sich an frühere Eindrücke und Erlebnisse, etc. Die PatientInnen werden angeregt und sind auch nachweisbar motivierter. Sie legen Strecken zurück, die sie sonst nicht bewältigt hätten, sind allgemein aktiver und lebensfroher, und die Verbesserung der Lebensqualität ist deutlich merkbar.

Was sind die wichtigsten Gestaltungselemente?

Therapiegärten zeichnen sich dadurch aus, dass sie den Bedürfnissen der BenutzerInnen angepasst sind. Ein barrierefreies Begehen oder Befahren der Gartenanlage muss unbedingt gewährleistet sein. Handläufe, möglichst Rampen statt Stufen, entsprechende Wegbreiten, erhöhte Beete, die das Angreifen und Riechen an den Pflanzen ermöglichen, entsprechend gestaltete Sitzplätze, etc. sind unerlässliche Gestaltungselemente. Wenn der Garten auch gärtnerisch genutzt werden soll, sind z.B. Hochbeete – die leicht mit Rollstühlen unterfahren werden können und somit ein Arbeiten für RollstuhlfahrerInnen oder ein Arbeiten im Sitzen ermöglichen – wichtig.

Infos auf: www.garten.or.at



EIN ERHOLSAMER SOMMER

Strandfeeling pur auf der summerstage am Donaukanal und Urlaub auf der Donauinsel. Das alles und noch viel mehr lässt den Sommer zum Top-Ferienerlebnis für die ganze Familie mitten in Wien werden.



Auf der Donauinsel kann man den nahenden Sommer in vollen Zügen genießen. Die einst für den Hochwasserschutz errichtete Insel ist heute ein beliebtes Freizeitareal für alle. Seit 1983 findet jährlich das Donauinselfest statt, das einst klein begann. Mittlerweile zieht das Fest jedoch nicht mehr nur die WienerInnen an. Es gilt heute als das größte Open-Air-Festival Europas. Der Eintritt ist dabei frei. Die WienerInnen haben mit ihrer „In-

sel“ ein Erholungsgebiet zum Baden, Laufen, Radfahren und Flanieren mitten in der Stadt.

URLAUB MITTEN IN WIEN

Die Donauinsel bietet aber nicht nur Urlaubsflair, sondern hat mit der „Sunken City“ einen beliebten Treffpunkt für Sportler, Genießer und Nachtschwärmer. Unterhaltung, kulinarische Vielfalt und Tanzclubs gibt es direkt an der Donau. Der Wasserspielplatz auf der Donauinsel hat aufgrund der frühlingshaften Temperaturen bereits im April seine Pforten geöffnet. Auf 5.000 Quadratmetern gibt es für Kleinkinder einen abgegrenzten Spielbereich mit speziell auf das Alter abgestimmten Wasserspielgeräten in einer Riesensandkiste unter einem schützenden Sonnensegel. Die Größeren können sich als Ingenieure versuchen,

Sanddämme bauen, das Wasser aufstauen oder bei den Bächen spielen.

SPASS AUF DER SUMMERSTAGE

Auch heuer bietet die summerstage wieder ein abwechslungsreiches Kinder-Programm mit Workshops und Schnupperstunden u.a. für Beachvolleyball, Videoclip-Dance und Trampolin-Springen. Ein weiterer Höhepunkt des summerstage-Kindersommers ist wieder das Konzert von Danny & Gerry. An Samstagen und Sonntagen ermöglicht die kostenlose Kinderbetreuung von 17 bis 21 Uhr Müttern und Vätern, sich bei einem erfrischenden Cocktail so richtig zu entspannen. Mit ihrer Lage im Grünen und dem abwechslungsreichen Kinderprogramm eignet sich die summerstage bestens als Treffpunkt für Familien. Und natürlich locken wieder Top-Konzerte bei freiem Eintritt.

Weitere Infos: www.wien.at, www.summerstage.co.at, www.donauinsel.at



Fotos: Wien Tourismus / Karl Thomas (1), summerstage (1)

AUS DEM STÄDTEBUND



Eröffnung der Ausstellung „800 Jahre Stadtrechtsurkunde Enns“ im Museum Lauriacum. V.l.n.r.: Vbgm. Harald Weingartner, Dr. Reinhardt Harreither (Obmann und wissenschaftlicher Leiter des Museumsvereins), Rudolf Fleischanderl (Kurator der Sonderausstellung „Druckgraphiken der Stadt Enns“), Mag. Gerald Amez (Museumverein Enns), Bgm. Franz Stefan Karlinger

Der 800. Geburtstag von Enns

Enns, eine der ältesten Städte Österreichs, feierte am 22. April den 800. Geburtstag. Anlässlich des Jubiläums sind eine Reihe von Veranstaltungen geplant.

Den Beginn machte ein Festakt am Hauptplatz, bei dem auch Bundespräsident Heinz Fischer anwesend war. Das Museum Lauriacum zeigt von 10. Mai bis 4. November 2012 eine Sonderausstellung. Die Ennsrer reklamieren für sich, die älteste Stadt Österreichs zu sein. Das ist aber nicht ganz unumstritten, auch Salzburg oder St. Pölten kommen infrage. Die niederösterreichische Landeshauptstadt feierte 2009 offiziell ihr 850-Jahre-Jubiläum. Jedenfalls dürfte Enns das älteste im Original erhaltene Stadtrecht besitzen. Die am 22. April 1212 ausgestellte Urkunde wird im Museum Lauriacum aufbewahrt und regelt unter anderem strafrechtliche und Erbschaftsangelegenheiten.

Ein umfangreiches Festprogramm

Die Liste der Geburtstagsfeierlichkeiten ist lang. Am 22. April begann um 9.00 Uhr die offizielle Eröffnung am Stadtplatz. Das

Fest dauerte bis zum Abend und gipfelte dann in einer ausverkauften „Carmina Burana“-Darbietung in der Stadthalle. Am 1. Juni ritten die Dragoner ein. Anlässlich ihres 340-Jahre-Jubiläums in Österreich fanden sich rund 3.000 Mitglieder der Traditionsregimenter aus der gesamten ehemaligen Donau-Monarchie, zur Hälfte beritten, ein. Höhepunkt des Spektakels war der große militärische Zapfenstreich am Abend. Am 2. Juni erklangen zwölf eigens für den runden Geburtstag geschriebene „Ennshymnen“ in den Straßen. Ein Großaufgebot an MusikerInnen und Chören, bis hin zu den Florianern und den Wiener Sängerknaben, nahm daran teil. Die Laientheatergruppe „C'est la vie“ verwandelte den Stadtplatz in eine Bühne. Eine internationale Arbeitstagung der Citta-Slow-Bewegung, der Enns seit 2007 angehört, fand ebenfalls am 1. und 2. Juni statt. Ein Mittelalterfest von 3. bis 5. August, ein Folk-Festival am 7. September sowie zahlreiche Begleitveranstaltungen runden das Programm ab. Am 25. Oktober feiert das Theaterspiel „Toll trieben es die alten Ennsrer“ von Herbert Walzl, szenisch dargeboten von „C'est la vie“, die Uraufführung.

Das römische Lauriacum

In der Römerzeit befand sich im heutigen Stadtteil Lorch das Militärlager und die dazugehörige Zivilstadt Lauriacum. Der Name ist keltischen Ursprungs und bedeutet „bei den Leuten des Laurios“. Wo sich diese vorrömische Siedlung genau befunden hat, ist bis heute unklar, sie könnte sich aber direkt unter der heutigen Stadt verbergen. Berühmt ist Enns als Hinrichtungsort des Heiligen Florian, der während der Christenverfolgungen zur Zeit Kaiser Diokletians im Fluss Enns ertränkt wurde.

Enns wurde nach der Zerstörung durch die Hunnen zunächst bayrische, dann karolingische Pfalz. Im 12. Jhd. ließ Herzog Ottokar IV. auf dem Ennsberg einen Markt planen und anlegen, der Ense hieß und rasch zu wirtschaftlicher Blüte kam. Nach dem Tod des Landesherrn 1192 fiel Enns an die Babenberger und wurde somit österreichisch. Am 22. April 1212 erhielt Enns von Herzog Leopold VI. das Stadtrecht. Die Befestigung der Siedlung, die Voraussetzung für das Stadtrecht war, war teilweise mit dem Lösegeld für Richard Löwenherz bezahlt worden.



Xheni, 21
Turner

Lisi, 23
Faustballspielerin

Wien. Die Stadt fürs Leben.

Lisi und Xheni trainieren jede Woche fleißig. Während Lisi sich gemeinsam mit ihren Freundinnen regelmäßig beim Faustball so richtig auspowert, genießt Xheni beim Turnen an den Ringen die Aussicht von oben. Ob Turn- oder Ballsport, in Wien gibt es viele Sportvereine, Sportstätten und 70 anerkannte Sportarten. Aber auch die Menschen, die sich tagtäglich für den Sport engagieren, machen Wien zur Stadt fürs Leben.

www.sport.wien.at

Stadt Wien
Wien ist anders.

AUS DEM STÄDTEBUND

Schüler gestalten die Zukunft Tullns

Am 3. und 4. Mai 2012 erarbeiteten knapp 30 SchülerInnen zwischen 14 und 19 Jahren mit dem Sensitivitäts-Modell konkrete Verbesserungsvorschläge für ein jugendfreundliches Tulln in der Gegenwart und in der Zukunft.

Zum Abschluss des von Malik Management begleiteten Workshops wurden die Vorschläge mit VertreterInnen der Stadtpolitik diskutiert. Angedacht wurde z.B. ein Clubbing-Shuttlebus. 600 SchülerInnen aus fünf Tullner Schulen (HAK, HLW, Haupt- bzw. Neue Mittelschulen) haben in den letzten Monaten mit der Simulation „ecopolicy“ vernetztes Denken gelernt. Die engagiertesten 27 SchülerInnen konnten diese Fähigkeit bereits für die Bearbeitung konkreter jugendrelevanter Fragestellungen im Rahmen des SensiMod-Workshops in der Praxis anwenden: Behandelt wurden u.a. das Freizeitangebot für Jugendliche, die Attraktivität Tullns im Jahr 2022 und die Anforderungen an eine attraktive Schule. „Es hat uns gefreut, dass wir bei so ernstesten Themen mitsprechen durften – das war kein Spiel, sondern Realität“, so Teresa Kugler, Schülerin der HLW Tulln, über das große Engagement der Jugendlichen beim Workshop. Diese Beteiligung der SchülerInnen an Entscheidungen für die Stadt Tulln ist ein Teil der Syntegration, die seit Dezember 2011 in Tulln läuft. „Die Tullner Jugendlichen haben als erste Schüler in ganz Österreich mit diesem Modell gearbeitet. Die entwickelten Vorschläge nehmen wir zu 100 Prozent ernst und prüfen deren Umsetzung. Aber mindestens genauso wichtig ist für mich: Die Jugendlichen haben sich engagiert und dabei ge-

lernt, dass man Herausforderungen nicht mit eindimensionaler Argumentation meistern kann, sondern indem man Zusammenhänge versteht. Das ist eine Fähigkeit, die für ihr gesamtes weiteres Leben von Bedeutung ist“, war Bürgermeister Mag. Peter Eisenschenk stolz auf die Leistungen der Tullner SchülerInnen beim SensiMod-Workshop.

Clubbing-Bus und betreute Sportplätze

Für eine attraktivere Abendgestaltung in Tulln nannten die Jugendlichen ein vielfältiges Angebot als wichtigen Faktor, dazu zählten sie ein größeres Kino, eine leicht erreichbare Diskothek sowie eine Billard- und Bowling-Bar. Bessere Infrastruktur wie Nacht-Züge und ein Clubbing-Bus durch die Stadt und zur Messe Tulln waren für die Jugendlichen ebenfalls wichtig. Für das Jahr 2022 forderten sie in einem Appell an die Politik noch vielfältigere Ausbildungsmöglichkeiten, weiterhin Unterstützung für sozial schwache Familien, kompetente Kinderbetreuung und günstige öffentliche Verkehrsmittel sowie ausreichend Wohnmöglichkeiten.

Ein Wunsch für die Gegenwart betrifft öffentliche Sportplätze: Die Jugendlichen wünschen sich Aufsichtspersonen, die ein Auge auf den Platz haben und bei Problemen einschreiten sowie bessere Qualität der Anlagen. Für die Umsetzung ihrer Vorschläge sind die Jugendlichen bereit, auch selbst einen Beitrag zu leisten: Clubbing-Bus und Betreuungspersonen sollen durch Ticketpreise bzw. freie Spenden bezahlt werden. Auch für die Ordnung und Sauberkeit der Sportplätze möchten die SchülerInnen selbst stärker aktiv werden. Enga-



Möchte man wirklich etwas bewirken, muss man im Team arbeiten und darf das große Ganze nicht aus den Augen verlieren. Im Workshop arbeiteten knapp 30 SchülerInnen verschiedener Altersgruppen und verschiedener Schulen zum Wohle Tullns eng zusammen.

gement war ein wichtiges Stichwort: Auch in der Schule wünschen sich die Jugendlichen mehr Mitsprache und Verantwortung.

Engagiert und vernetzt gedacht

Es ging beim Workshop nicht nur um die Projekte an sich, wie Manuel Kerndler, Schüler der HLW, deutlich machte: „Wir haben gelernt, dass man schwierige Probleme strategisch angehen muss statt einfach irgendwelche Lösungsvorschläge zu machen.“ An den zwei intensiven Workshop-Tagen haben die Jugendlichen in engem Teamwork zunächst relevante Einflussfaktoren definiert, dann deren Zusammenhänge genau evaluiert und erst danach ihre Vorschläge formuliert. Dadurch wurden bei allen Themen Vor- und Nachteile besprochen, positive und negative Begleitwirkungen diskutiert und gerade von Jugendlichen oft vernachlässigte Bereiche, wie die Finanzierung der Projekte, mitgedacht.

In einer Abschlusspräsentation zeigten die SchülerInnen ihre Arbeiten aus zwei Tagen SensiMod-Workshop. Bürgermeister Mag. Peter Eisenschenk (5.v.r.), Vizebürgermeisterin Mag. Susanne Schimek (3.v.r.) und Stadtdirektor Ing. Franz Lasser (4.v.r.) diskutierten nach den Präsentationen der einzelnen Arbeitsgruppen über die konkreten Vorschläge; die ExpertInnen von Malik Management begleiteten die Jugendlichen im Workshop.



Die 1. LED-Region Europas gestartet

Zehn Gemeinden rund um Knittelfeld steigen erstmals als ganze Region auf LED-Straßenbeleuchtungen um. In dieser 1. LED-Region Europas wird man jährlich rund 170.000 Euro einsparen.

Verantwortlich dafür sind Energieeinsparungen von bis zu 87% und kaum Wartungskosten. Das Projekt wird von AUTO-LUX abgewickelt, Österreichs Marktführer bei LED-Straßenbeleuchtungen.

Wie AUTO-LUX-Geschäftsführer Hannes Pirker im Rahmen der Kick-Off-Veranstaltung in Knittelfeld feststellte, führt die Umstellung zu keinen Mehrbelastungen in den Budgets. Im Gegenteil kommen die Einsparungen vielen Gemeinden schon in den ersten Jahren zugute.

Neben der Wirtschaftlichkeit motivierte übrigens auch die Umweltfreundlichkeit der LED-Leuchten zum Umstieg. In der 1. LED-Region Europas rechnet man mit jährlichen Einsparungen bei den CO₂-Emissionen von knapp 210 Tonnen.



Kooperation zahlt sich aus: Die Vertreter aus den zehn Gemeinden der 1. LED-Region Europas zeigten sich im Rahmen der Knittelfelder Kick-Off-Veranstaltung überzeugt vom gemeinsamen Projekt.



LED-Straßenbeleuchtungen von AUTO-LUX sind nicht nur extrem wirtschaftlich, sie sorgen auch für eine bis zu dreifach höhere Lichtqualität.

Infos unter www.LED-Region-Knittelfeld.at

Best of LED

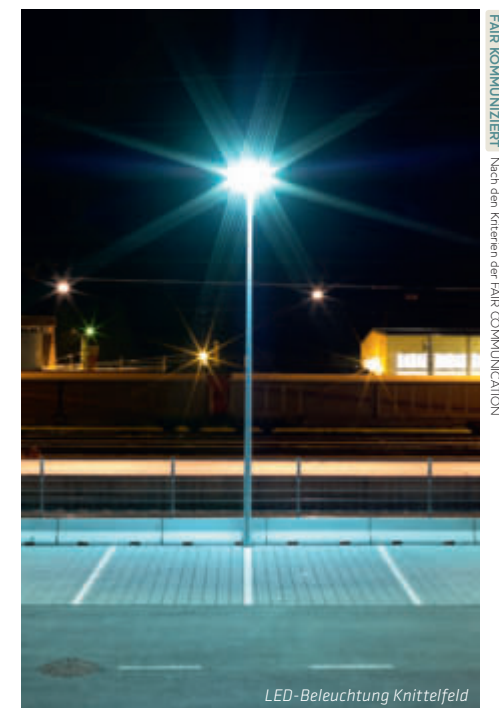
Für Österreichs wirtschaftlichste LED-Straßenbeleuchtung haben sich bereits mehr als 35 Gemeinden entschieden.

Die Vorteile einer LED-Straßenbeleuchtung von AUTO-LUX lassen sich auch in Zahlen ausdrücken:

- ⬆ Bis 87% weniger der Stromkosten
- ⬆ Bis zu dreifach bessere Lichtqualität
- ⬆ 100.000 Stunden Lebensdauer und kaum Wartungskosten
- ⬆ Nachhaltigen Umweltschutz durch enorme CO₂-Einsparungen

AUTOLUX
Vertriebs- und BeratungsgmbH
Poststraße 3, A 8753 Fohnsdorf
Tel: +43 (0) 3573 / 34290, Fax: DW -20
Email: info@auto-lux.at

www.auto-lux.at
www.led-region-knittelfeld.at
www.led-europameister.at



LED-Beleuchtung Knittelfeld

AUTO-LUX®
Das leuchtet ein.

HOHEITSBETRIEBE MIT PRIVATWIRTSCHAFTLICHER TÄTIGKEIT

1. Steuerschuldner

Nach den Rechtsnormen des Kommunalsteuergesetzes ist abgabepflichtiger Steuerschuldner immer der Unternehmer; das Unternehmen selbst umfasst die gesamte gewerbliche oder berufliche Tätigkeit des Unternehmers und damit jede nachhaltige, selbständige Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen, auch wenn die Gewinnabsicht fehlt.

Körperschaften des öffentlichen Rechts, wie Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) oder Personalkörperschaften (Kammern, Sozialversicherungsträger) sind gemäß § 3 Abs.3 KommStG 1993 im Rahmen ihrer Betriebe gewerblicher Art und

ihrer land- und forstwirtschaftlichen Betriebe gewerblich oder beruflich und damit unternehmerisch tätig.

Der Kommunalsteuergesetzgeber führt expressis verbis Betriebe von Körperschaften des öffentlichen Rechts an, welche kraft gesetzlicher Fiktion als Betriebe gewerblicher Art gelten, wie etwa Wasserwerke, Anstalten zur Müllbeseitigung und zur Abfuhr von Spülwässern und Abfällen sowie die Vermietung und Verpachtung ihrer Grundstücke. Diese Einrichtungen (Tätigkeiten) gelten kraft Gesetzes als Be-

wicht der Tätigkeit (Einnahmen von über € 2.900,--),

- nachhaltige Tätigkeit (Vornahme mehrerer aufeinanderfolgender gleichartiger Handlungen oder Vornahme einmaliger Handlungen mit Wiederholungsabsicht),
- privatwirtschaftliche Tätigkeit (keine Ausübung öffentlicher Gewalt, bei Mischbetrieben (siehe VwGH-Erkenntnis v. 30.10.2003, Zl. 99/15/0186) ist Überwiegensprüfung erforderlich),
- gewerbliche oder (konträr zu § 2 KStG 1988) land- und forstwirtschaftliche Tätigkeit,
- Einnahmenerzielung (keine Gewinnerzielungsabsicht wie bei einem Gewerbebetrieb).

3. Hoheitsbetriebe – Privatwirtschaftsverwaltung

Anhand von Bauhöfen hatte das Höchstgericht mit Erkenntnis vom 22.12.2011, Zl. 2010/15/0192, beispielhaft eine Abgrenzung zwischen Hoheitsbetrieben und Privatwirtschaftsverwaltung getroffen. Obwohl Bauhöfe vielfach als sogenannte Mischbetriebe anzusehen sind, wobei hier eine großteils hoheitliche Tätigkeit, wie etwa Straßenerrichtung, Straßenerhaltung oder Straßenreinigung (Schneeräumung), durchgeführt wird, wird im Bereich der Bauhöfe mitunter auch privatwirtschaftliche Tätigkeit verrichtet. Im konkreten Beschwerdefall gelangte das Höchstgericht zur Rechtsauffassung, dass die vom jeweiligen Straßenerhalter (z.B. Gemeinde, Land) geführten Bauhöfe bzw. Straßenmeistereien primär Tätigkeiten im Rahmen der öffentlichen Straßenverwaltung und damit hoheitliche Aufgaben erfüllen, dass jedoch konkret nicht immer auf das Überwiegen einzugehen ist, wenn eine personelle, räumliche oder vor allem sachliche oder buchhaltungsmäßige Abgrenzung möglich ist (siehe auch VwGH-Erkenntnis vom 17.10.2001, Zl. 99/13/0002). Mit dem Hinweis auf das VwGH-Erkenntnis vom 25.11.2010, Zl. 2007/15/0101, verwies er beispielsweise auf einen länger andauernden vertragsbedingten, spezifischen Verrechnungskreis und Kostenersatz. Im konkreten Beschwerdeverfahren hatte das Land Niederösterreich aufgrund eines Vertrages mit der ASFINAG entgeltlich die Straßenver-

triebe gewerblicher Art, selbst wenn sie nach den Normen des Körperschaftsteuergesetzes als Hoheitsbetriebe gelten.

2. Betriebe gewerblicher Art

Abgesehen von den gesetzlich genannten, kommunalsteuerepflichtigen Betrieben ist im Einzelfall zu prüfen, ob eine kommunale Einrichtung die Kriterien eines Betriebes gewerblicher Art nach § 2 KStG 1988 erfüllt. In Analogie dazu sind für das Vorliegen eines kommunalsteuerepflichtigen Betriebes gewerblicher Art folgende Kriterien erforderlich:

- wirtschaftlich selbständige Einrichtung (besondere Leitung, Ausstattung, Bedienstete, eigener rechnerischer Buchungskreis, wobei nicht alle Kriterien vorliegen müssen),
- wirtschaftliches Ge-

waltung im Bereich der Bundesstraßen übernommen und damit eine vertragliche, nicht gesetzliche Aufgabe im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung erfüllt; nachdem diese privatwirtschaftliche Tätigkeit von der grundsätzlichen Hoheitsverwaltung abgrenzbar war, lag ein kommunalsteuerpflichtiger Betrieb gewerblicher Art vor.

4. Verfahrensspezifika

Verfahrensrechtlich ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, dass

- Steuersubjekt der Kommunalsteuer die Körperschaft öffentlichen Rechts selbst ist und keinesfalls die einzelnen Betriebe

(VwGH-Beschluss vom 22.12.2011, Zl. 2010/15/0060),

- ein GPLA-Prüfer zwar als Organ der Gemeinde tätig wird, jedoch ausschließlich die tatsächlich der Gemeinde übermittelten Prüfungsergebnisse entscheidungsrelevant sein können (VwGH-Erkenntnis vom 22.12.2011, Zl. 2010/15/0192).

Zusammenfassung

Abgesehen von den typischen Betrieben gewerblicher Art, wie Musikschulen, Kunstmuseen, sowie gesetzlich als Betrieb gewerblicher Art fingierten Versorgungsbetrieben, wie Kanal-, Wasser- oder Müllbetriebe, können auch typische Hoheits-

betriebe, wie etwa Bauhöfe (Straßenmeistereien), z.B. aufgrund vertraglicher Verpflichtungen gegenüber privaten Rechtsträgern oder anderen Gebietskörperschaften, teilweise zu Betrieben gewerblicher Art werden. Im Zusammenhang mit Körperschaften öffentl. Rechts, wie Gebietskörperschaften, ist darauf zu achten, dass die Kommunalsteuer für sämtliche unternehmerische Tätigkeiten des Rechtsträgers (nicht lediglich einzelne Betriebe) geprüft und bescheidmäßig vorgeschrieben wird, wobei der Rechtsträger und nicht die einzelnen Betriebe Steuersubjekt ist.

Dr. Peter Mühlberger, Leiter Finanzrecht und Rechtsmittelverfahren, Magistrat Linz

DER KATASTER WURDE IN DIE NEUE GRUNDSTÜCKSDATENBANK UMGESCHRIEBEN

Das BEV-Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen und das Bundesministerium für Justiz (BMJ) haben am 7. Mai 2012 die neue Grundstücksdatenbank in Betrieb genommen. Mit dieser Inbetriebnahme erfolgte eine vollständige Übertragung bzw. Umschreibung aller bestehenden Daten der rund elf Millionen Grundstücke in die neue Datenbank. Von diesen elf Millionen Grundstücken sind rund eine Million Grundstücke in einer besonderen Form rechtlich gesichert. Sie sind im Grenzkataster einverleibt. Diese Einverleibung wird mit der Kennzeichnung „G“ neben der Grundstücksnummer im Grundstücksverzeichnis nachgewiesen. Bei Grundstücken ohne diesen erhöhten Rechtsschutz (Grundstücke des Grundsteuerkatasters) fehlt die Kennzeichnung „G“.

In § 57 Abs. 9 Vermessungsgesetz wird die angeführte Umschreibung wie folgt festgelegt:

Mit erfolgter Umschreibung des Grundbuches gemäß § 2a Abs. 1 GUG sind je Katastralgemeinde alle umgeschriebenen Grundstücke im Amtsblatt für das Vermessungswesen kundzumachen. Innerhalb von sechs Monaten nach dieser Kundmachung können die betroffenen Eigentümer Rechtsmittel oder Rechtsbehelfe hinsicht-

lich der Richtigkeit der Grenzkatastereigenschaft der umgeschriebenen Grundstücke beim Vermessungsamt erheben. Nach Ablauf von sechs Monaten nach Kundmachung im Amtsblatt für das Vermessungswesen können keine Rechtsmittel oder Rechtsbehelfe mehr gegen die Einverleibung eines Grundstückes in den Grenzkataster mehr erhoben werden.

Um sicherzustellen, dass die fehlerfreie und lückenlose Umschreibung aller Grundstücke in die neue Grundstücksdatenbank (GDB) von den Grundstückseigentümern überprüft werden kann, werden diese Grundstücke daher am 1. Juni 2012 im Amtsblatt für das Vermessungswesen kundgemacht. Die Kundmachung enthält die Grundstücksnummer und den Indikator „G“ für jedes umgeschriebene Grenzkatastergrundstück je Katastralgemeinde.

Das Amtsblatt für das Vermessungswesen wird auf der Homepage des BEV unter www.bev.gv.at veröffentlicht. Bürgerinnen und Bürger können die richtige Umschreibung anhand dieser Veröffentlichung überprüfen. Darüber hinaus kann in dieses Amtsblatt auch im Vermessungsamt Einsicht genommen werden.

Das BEV ersucht die Städte und Gemeinden im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger um zusätzliche Unterstützung bei der Information zu dieser Umstellung. Städte und Gemeinden mögen die Grundstückseigentümer mit dem abgebildeten Schreiben des BEV informieren.

Die Städte und Gemeinden werden die hier angeführten Informationen über Kommunal-Net digital erhalten, um sie einerseits in ortsüblicher Weise auszuhängen, andererseits nach Möglichkeit in den Gemeindemedien zu veröffentlichen. Gebietskörperschaften und andere Liegenschaftsverwaltungen können ihre Grundstücke auch automationsunterstützt überprüfen. Dazu werden alle Grundstücke in einer CSV-Datei auf der Homepage des BEV veröffentlicht.



Bildbox



Shutterstock

Ertragsanteilsvorschüsse für Mai 2012 (Beträge in 1.000 Euro)

a) Berechnungsbasis für die Vorschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA)				
	Ertrag für 05/2012 ¹⁾	Veränderung ggü. 05/2011	Ertrag für 01-05/2012	Veränderung ggü. 01-05/2011
	in 1.000 Euro	in %	in 1.000 Euro	in %
GBA mit einheitlichem Schlüssel	4.338.584	2,7%	28.514.691	5,0%
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	-407.225		1.067.199	-10,5%
Lohnsteuer	1.690.959	16,4%	9.347.189	8,2%
Körperschaftsteuer	-112.699		2.258.084	6,5%
Umsatzsteuer	1.831.637	2,5%	10.227.567	3,1%
Mineralölsteuer	340.065	-21,3%	1.731.889	2,5%
GBA mit speziellen Schlüsseln	148.313	7,5%	770.667	9,1%
davon:				
Bodenwertabgabe	168	76,7%	2.691	3,0%
Werbeabgabe	7.132	-1,8%	50.041	-2,2%
Grunderwerbsteuer	73.224	11,2%	358.071	16,7%
GBA gesamt	4.486.897	2,9%	29.285.358	5,1%

¹⁾ i.d.R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweitvorangegangenen Monats

b) Gemeindeertragsanteile				
	Vorschuss für 05/2012	Veränderung ggü. 05/2011 ²⁾	Vorschuss für 01-05/2012	Veränderung ggü. 01-05/2011 ²⁾
	in 1.000 Euro	in %	in 1.000 Euro	in %
Burgenland	13.605	-1,9%	89.365	2,7%
Kärnten	33.122	-2,6%	218.373	4,0%
Niederösterreich	85.126	-4,2%	566.044	2,6%
Oberösterreich	84.228	2,0%	547.830	4,2%
Salzburg	36.996	1,3%	237.894	2,6%
Steiermark	66.301	-1,7%	440.392	3,3%
Tirol	47.192	-2,5%	303.475	5,2%
Vorarlberg	24.807	-1,2%	160.880	4,2%
Wien	139.651	4,5%	912.335	6,7%
Summe	531.028	0,1%	3.476.589	4,4%

²⁾ der Vergleich mit den Vorjahreswerten ist nur bedingt gegeben, da ab 2012 von den Gemeindeertragsanteilen ein Vorwegabzug für den Gemeindeanteil am Pflegegeld einbehalten wird



Öffentliche Plätze sind Lebensräume mit einem hohen Anspruch an architektonische Schönheit und dauerhafte Belastbarkeit. Beton schultert das spielerisch leicht und ermöglicht außerdem unbegrenzte Gestaltungsmöglichkeiten. Für ein abwechslungsreiches Leben!

www.platz-gestalten.at



DAS TUT DIE KOMMUNALKREDIT FÜR ÖSTERREICH.

Infrastruktur ist die Basis für eine erfolgreiche Zukunft. Aus diesem Grund legt die Kommunalcredit ihren strategischen Fokus auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. **Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Energieversorgung, Anlagen der Wasserwirtschaft** sowie **der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs** sind für die Allgemeinheit unerlässlich. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind bedeutendes Kapital für **Städte und Gemeinden**, damit sie ihre Vorhaben erfolgreich umsetzen können. Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft.

WASSERKRAFT
als sauberer Stromlieferant



MODERNE GESUNDHEITSCENTREN
für Bürgerinnen und Bürger



SOZIALE INFRASTRUKTUR
für eine funktionierende Gesellschaft



NACHHALTIGE ENERGIE
ohne Umweltbelastung



KADERSCHMIEDEN
für unsere Jugend



VERKEHRSWEGE
für rasche und sichere Verbindungen



ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR
INFRA BANKING EXPERTS
www.kommunalkredit.at

KOMMUNAL
KREDIT